

In diesem Heft

Editorial 4

Essay

JENS LANGER
Kulturen in der Krise. Die neuen Länder
in der alten Bundesrepublik Deutschland 5

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

ERNEST MANDEL
Materielle, soziale und ideologische
Voraussetzungen des Nazi-Genozids 10

MICHAEL WOLF
Systemtransformation und Wandel des
Reproduktionsystems der Arbeitskraft 16

Transformation in Bulgarien

ROSSIZA CHOBANOWA
Die Neustrukturierung der bulgarischen Wirtschaft
im Kontext der künftigen europäischen Integration 25

KATJA WLADIMIROWA
Die Frauen Bulgariens unter den
neuen sozio-ökonomischen Verhältnissen 31

Dmitri Schostakowitsch (1906-1975)

LIESEL MARKOWSKI
Dmitri Schostakowitsch –
»Ich habe keine einzige Note geschrieben, die falsch ist.« 37

Standorte

KARL MORGENSTERN
Umbau in Wirtschaft und Gesellschaft.
Grundlagen ganzheitlicher Lösungsansätze 44

BRUNO ORTMANN	
Plädoyer für eine neue Welt(un)ordnung – Zur Diskussion einer kreativen Utopie	53
PETER KRATZ	
Neokonservatismus in der SPD	58

Das Interview

ROSEMARIE HEIN	
Halbzeit in Magdeburg	69

Konferenzen & Veranstaltungen

RONALD LÖTZSCH	
Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte	76

Bücher & Zeitschriften

Sor Juana Inés de la Cruz: Die Antwort an Schwester Philotea, aus dem Spanischen von Hildegard Heredia, mit einem Essay von Angelo Morino, Verlag Neue Kritik Frankfurt/M. 1991	
Sor Juana Inés de la Cruz: Der Traum.Spanisch-Deutsch, Hrsg. und übersetzt von Alberto Perez-Amador und Stephan Nowotnick, Verlag Neue Kritik Frankfurt/M. 1992 (CRISTINA FISCHER)	80
Konrad H. Jarausch: Die unverhoffte Einheit 1989-1990, edition suhrkamp es 1877. Neue Folge Bd. 877, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1995 (STEFAN BOLLINGER)	83
Nathan Steinberger: Berlin-Moskau-Kolyma und zurück. Ein biographisches Gespräch über Stalinismus und Antisemitismus mit Barbara Broggin. Mit einem Vorwort von Jakob Moneta, Edition ID-Archiv, Berlin-Amsterdam 1996 (ULLA PLENER)	85
Peter Bender: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, Deutscher Taschenbuchverlag 1996 (JÖRG ROESLER)	86

Marie Lavigne: The Economics of Transition. From Socialist Economy to Market Economy, Macmillan Press Ltd., Houndmills, Basingstoke, Hamshire and London 1995 (ARNDT HOPFMANN)	88
Waltraud Schelkle, Manfred Nitsch (Hrsg.): Rätsel Geld. Annäherungen aus ökonomischer, soziologischer und historischer Sicht, Metropolis-Verlag Marburg 1995 (ULRICH BUSCH)	90
Ingo Hasselbach: Die Bedrohung. Mein Leben nach dem Ausstieg aus der rechten Terrorszene, Aufbau-Verlag Berlin 1996 (MARTINA DIETRICH)	92
WIDERSPRUCH 31 (ARNDT HOPFMANN)	94
Wladislaw Hedeler, Mario Keßler, Gert Schäfer (Hrsg.): Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert. Die Politik der internationalen Arbeiterbewegung von 1900 bis 2000, Festschrift für Theodor Bergmann, VSA-Verlag Hamburg 1996 (JÖRN SCHÜTRUMPF)	95
Hinweise an unsere Autorinnen und Autoren Impressum	96

Editorial

Sechs Jahre nach dem »Beitritt« der DDR zur Alt-BRD gilt der Transformationsprozeß als weitgehend abgeschlossen, nur der soziale und kulturelle Wandel will in »Neufünfland« offenbar nicht so recht vorankommen. Beide Wahrnehmungen erweisen sich bei näherem Hinsehen allerdings als Trugschlüsse. Sozial und kulturell soll sich nämlich dasselbe vollziehen, was via Währungsunion und Treuhandanstalt in der Wirtschaft schnell geschafft wurde – die Vereinheitlichung von Ost und West. Die sich immer mehr verfestigende »Ost-Identität« wird als Bedrohung empfunden. Das sich gemeinhin so pluralistisch gebende offizielle Deutschland kann erstaunlicherweise mit Unterschieden in den Wahrnehmungsweisen und Erfahrungsmustern nicht umgehen. Die Aufhebung von geistig-mentaler Vielfalt gilt als Ausweis der tatsächlich vollzogenen »Bekehrung« zu Markt und Demokratie und muß um jeden Preis erreicht werden. Das vereinte Deutschland soll so sein wie die Alt-BRD – und kann es doch nicht werden. Denn in jeder Hinsicht ist die Alt-BRD längst im Untergang begriffen. Der gute alte Sozialstaat – dem vermeintlich beigetreten wurde – hat dem Ansturm von Transferleistungsempfängern einerseits und neuen Weltmarktkonkurrenten andererseits nicht standgehalten. Die konservative Erstarrung in Politik und Wirtschaft gebiert nur Hilflosigkeit im Umgang mit neuen Herausforderungen. Die überkommene Gesellschaft gerät mit jedem Sparakt und jedem Gesetz »zur Standort-sicherung« weiter aus den Fugen. Überall mehren sich die Zeichen dafür, daß Standortpanik und Spartrauma nicht zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft führen. Chronischer Lehrstellenmangel, ein krankreformiertes Gesundheitssystem, ein Heer von Sozialhilfeempfängern, kriminelle Praktiken in Wirtschaft und Verwaltung sowie das völlige Versagen bei der Umsetzung von umweltpolitischen Selbstverpflichtungen paaren sich mit einer visionslosen, desperaten Politik. Der Transformationsprozeß von der gemüthlichen »Bonner Republik des Systemwettbewerbs« zur »Berliner Republik des Standortwettbewerbs« ist in vollem Gange und verheißt nichts Gutes. Denn »der »Systemwettbewerb« wurde tatsächlich mit attraktiven Lebensstandards geführt, und dazu gehörten an vorderer Linie die sozialstaatlichen Standards. Der Standortwettbewerb in der Geoökonomie hingegen wird nur noch mit Kosten und Preisen geführt... Soziale Standards sind also nicht mehr vorzeigbar, sie werden als belastende Kosten gerechnet« (Altwater/Mahnkopf).

ARNDT HOPFMANN

JENS LANGER

Kulturen in der Krise. Die neuen Länder in der alten Bundesrepublik Deutschland*

Erstens: Seinen ausführlichen Brief aus Oxford vom April 1990 an einen »Gentlemen in Warschau« beendete Sir Ralf Dahrendorf mit den Worten: »Freiheit vor allem, das ist es, woran ich glaube. Das Ziel mag offenbar sein, aber der Weg dahin hat viele Fallgruben. Wir können dabei helfen, manche davon zu überwinden, aber in erster Linie sind Ihre Energie und Zielstrebigkeit herausgefordert. Der Rest ist Glück. Ich drücke Ihnen den Daumen und hoffe das Beste. Das tue ich mit ganzem Herzen.«¹

Diese Sätze habe ich an mich, viel weiter im Westen angesiedelt als jener Gentleman, gerichtet empfunden, wohl wissend, daß der geographische Unterschied auch erhebliche politische und wirtschaftliche Vorzüge bedeutete.

Mich irritierte dennoch vor allem die Lücke zwischen Wollen und Vollbringen, die Dahrendorf konstatierte: »Der Rest ist Glück.«

Dazu kommt außerdem die Erfahrung von immer mehr Menschen, daß vor Glück, vielleicht auch mit ihm, noch etwas anderes kommt. Ein Teil des Dahrendorfschen »Restes« stellt nämlich noch ein anderes Phänomen dar. Es heißt »Kulturschock«.²

Kultur umfaßt die Fülle der menschlichen Beziehungen, deren Gestaltungen und Bewertungen. »Kulturen sind das bewußt gewordene Soziale; sie sind die signifikanten Wissensbestände der alltäglichen Erfahrungswelt, die sich individuell wie kollektiv zu Lebenswelten, in eine Ordnung von Bedeutungen verdichten. Kulturelle Deutungssysteme enthalten kognitive Verarbeitungen der Umwelt und ihre Interpretation. Diese lassen sich nicht beliebig löschen. Fragen nach dem kulturellen Wandeln sind dann vor allem und zuerst Fragen nach den Wandlungen in den verfügbaren symbolischen Ordnungen. Folgen wir in diesem Zusammenhang entwicklungspsychologischen Erkenntnissen, dann werden auf die DDR bezogene Deutungsmuster erst verschwunden sein, wenn über die DDR nur noch Märchen, Sagen und Geschichten erzählt werden sollten, also wenn die letzten Menschen gestorben sind, die noch an Bilder aus der DDR sich erinnern können, weil ihre kulturelle Sozialisation sich in dieser Gesellschaft vollzog.«³

Zweitens: Was immer man der Gesellschaft im Osten zwischen 1945 und 1990 zuschreiben mag – Reglementierung, Starre, Kommandowirtschaft, eine unrealistische Selbsteinschätzung u.a. – so war sie *vor allem* durch Überschaubarkeit gekennzeichnet. Freund und Feind waren einander bekannt. Alle diese Kennzeichen lassen sich meines Erachtens zurückführen auf den großangelegten

Jens Langer – Jg.1939; studierte Theologie in Leipzig, Jena und Rostock; 1964-85 Pastoralaufgaben; 1969 Promotion, 1988 Habilitation; 1989 Dozent für praktische Theologie, 1990-92 Akademischer Senat; Mitglied der letzten Konferenz Evangelischer Kirchenleitungen in der DDR bis zur Fusion mit der EKD 1991; Pastor an St. Marien in Rostock.

* Dieser Beitrag wurde auf dem Seminar des Ökumenischen Rates der Kirchen in Chàmbesy »Theological Education for Witness and Service Today« (28. Mai - 6. Juni 1996) gehalten.

1 R. Dahrendorf: Betrachtungen über die Revolution in Europa, Stuttgart 1991, S. 155.

2 Vgl. G. Kracht: Rekonstruktion des Verschwunde-

nen und Projektion des Gegenwärtigen. Kulturtheoretische Überlegungen zum kulturellen Wandel in Ostdeutschland, in: Mitteilungen aus der Kulturwissenschaftlichen Forschung 18., Heft 35, Berlin 1995, S. 279-307; J. Langer: Das verschwundene Christentum im Schoß der Katastrophe. Die jüdisch-christliche Tradition als Bestandteil und Überwindung historischer Spätzeit, in: UTOPIE kreativ, H. 45/46, S. 115-122.

3 G. Kracht, a.a.O., S. 303.

4 Vgl. J. Langer: Evangelium und Kultur in der DDR, I-II, Berlin 1990.

Versuch, eine Antimoderne zu installieren. Ich meine damit die Strenge, mit der eine Ausdifferenzierung der Gesellschaft in immer neue Teilsysteme verhindert werden sollte. Dieser antisäkularistische Zug diente dazu, einen weltanschaulichen Monolithen zu schaffen, in dem Staat und Gesellschaft gleichgesetzt wurden. Die Bewegung der europäischen Gesellschaften seit der Aufklärungsepoche sollte gleichsam gestoppt werden. Diese Strategie wurde seit 1945 mit wechselnden Taktiken durchgesetzt. Sie nützte übrigens der Kirche durchaus, weil sie diesem Prozeß sozusagen gegenüberstand – als Subjekt oder Objekt oder Gegner – und an ihrer Identität kein Zweifel blieb. Sie war die einzige in dieses System nicht administrativ integrierte Institution.⁴ Die Eindeutigkeit und Überschaubarkeit dieses Projekts wird am einfachsten – sicherlich nicht am besten – wiedergegeben mit der bekannten Aussage des Liedes: »Die Partei, die Partei die hat immer recht.«

Dem gegenüber stand das von der Demokratie und hoher Ausdifferenzierung geprägte westliche System, an dessen Kompetenz und Effektivität es praktisch keine authentischen Zweifel gab. Eine erste Verwunderung ereignete sich, als die Vereinigung der beiden Staaten nicht in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs über eine neue, gemeinsame Verfassung laut Grundgesetz § 146 erstrebt wurde, sondern durch den Beitritt zum Geltungsgebiet der Bundesrepublik (§ 23). Die Bewohner der neuen Bundesländer wurden »Beitrittsbürger«, ihr einstiges Territorium »Beitrittsgebiet«.

Die im Fernsehen so reizvoll zu betrachtende Farbigeit erwies sich bei hautnaher und ständiger Ansicht als Gleichzeitigkeit von Wichtigem und Unwichtigem, und zwar bis zur nervenaufreibenden Ermüdung. Das sogenannte Christliche der Bundesrepublik stellte sich z.B. als ein mehr oder weniger interessantes Ornament im Supermarkt des Religiösen und Irreligiösen heraus.

Existenzbedrohend verschärft wird dieser Kulturschock durch die Feststellung, daß das hocheffizient westliche System in der Wirtschaft und in manchen Bereichen der Politik an die Grenzen seiner Kompetenz gekommen zu sein scheint. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit trotz steigender Produktion liefert die lähmende Anschauung.

Drittens: Bereits 1981 hat Wensierski die Vermutung ausgesprochen, daß der Marxismus in der DDR drohe, »zu einer Art kantianischen Morallehre« zu werden. »Darum ist die Säkularisierung für Staat und Kirche ein Problem, vielleicht sogar noch mehr für den Staat.«⁵

Der Beobachtung Wensierskis liegt ein umfassendes Verständnis von Säkularisation zugrunde, das aus seinen westlichen Zusammenhängen von einem gnadenlos sich vollziehenden Differenzierungsprozeß und einer dumpfen Komplexitätszunahme bestimmt ist und weder Individuen, Kirche noch Parteien, sondern nur noch Gesellschaft kennt. Dieser Prozeß der unaufhaltsamen Modernisierung überrollt Ost und West und kann von den Protagonisten der Modernisierung um den Preis ihrer Existenz nicht gesteuert werden. Denn sie leben von den Früchten der Krise, die sie organisieren.

Das Resultat dieser Ausdifferenzierung der Gesellschaft läßt sich

5 P. Wensierski: Thesen zur Rolle der Kirche in der DDR, in: Kirche im Sozialismus. Materialien zur Entwicklung in der DDR, Nr. 5/1981, S. 27.

mit zwei Phänomenen benennen. Einmal ist die Gesellschaft von einer *Vergeldung* aller ihrer Lebensäußerung zwischen Liebe und Wirtschaft bestimmt, die die Rolle des Geldes als meßbares Tauschmittel längst ersetzt hat durch dessen Funktion als Gewaltmedium. Das wird festgelegt dadurch, daß das Geld *praktisch* eine metaphysische Rolle von seinen Verwaltern und Mehrern zugewiesen erhält. Dadurch ist der Kapitalismus zur herrschenden Religion der Gegenwart geworden mit einem Kultus, der nicht von der Sünde freispricht, sondern die Teilnehmer vielmehr verschuldet. Darauf hat Walter Benjamin bereits 1921 hingewiesen.⁶ Zum anderen prägt eine sich immer stärker ausbreitende *McDonaldisierung* das zeitgenössische Leben, und zwar von der Gastronomie bis zur Kunst.⁷ Das Serielle engt mit seiner Effizienz und Berechenbarkeit, Vorhersagbarkeit und Kontrollmöglichkeit Spontaneität und Kreativität mehr und mehr ein.

Der Engländer Gunton hat diese Situation m. E. am stärksten theologisch und am ehesten im Interesse einer prospektiven, d.h. auf Innovation gerichteten Inkulturation beschrieben, wenn er die kulturelle Entwicklung kritisiert: »(...) a Coca Cola advertisement in every village throughout the world.«⁸ Aber die Spannung zwischen der Kontrolle durch die bewahrenden und kreativen Kräfte und den destruktiven Mächten gerät bei Gunton zur theologischen Herausforderung, nicht zur Frustration.

Gunton beschreibt als eine entschiedene Tendenz der Menschheitsgeschichte, daß die *vielen* durch heteronome Herrschaft von *einzelnen* versklavt werden. Immanente Kräfte entfremden Menschen voneinander – mehr als dieses eine angenommene heteronome Gottheit tut. Das Anderssein des Mitmenschen darf nicht allein als Bedrohung durch dasselbe oder im Falle seiner Unterdrückung als Beherrschung eines Objektes interpretiert werden, vielmehr macht das Gegenüber Menschen überhaupt erst zu dem, was sie sind. Anderssein ist lebenswichtig für das Leben. Mit anderen Worten: Wenn Gott als Anderer aus der Öffentlichkeit wird, so lautet das Ergebnis nicht Freiheit, sondern dämonische Verdrängung.

In der Tat – folgert Gunton – trennt das zeitgenössische Zeitverständnis in eminenter Weise Menschen voneinander. Zwar hat sogenannte christliche Praxis im Laufe der Geschichte derartige individualistische Tendenzen entwickelt, aber in der Substanz geht es in der biblischen Tradition gerade darum, daß Menschen Freiheit nicht gegen andere, als Freiheit voneinander, sondern in Relation zu Gott und zu den Mitgeschöpfen gewinnen.

Aus der Perspektive wendet sich Gunton in orientierter Offenheit gegen einen Kult der Offenheit für alles und jegliches ohne Unterscheidungsvermögen, gegen einen Pluralismus der Indifferenz, der Intoleranz produziert gegen jede Position, die Wahrheit auch nur anzudeuten sich bemüht. Darum plädiert der Verfasser für eine Theologie, die die Fragmentationen in Theologie und Kultur durch Bezogensein aufeinander – wie im trinitarischen Prozeß – überwindet. Auch in Schmidbauers Konsumkritik sind noch theologische Spurenelemente zu finden.⁹ Die Reformulierung der protestantischen Kulturelemente »Disziplin« und »Verzicht« sollte angesichts des (McDonaldisierten) »Komfortschritts«¹⁰ theologisch

6 Vgl. R. Thiessen: Kapitalismus als Religion, in: Prokla, 24 1994/3, S. 400-418.

7 Vgl. G. Ritzer: Die McDonalddiasieung der Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1995.

8 C. E. Gunton: The One, the Three and the Many. God, Creation and the Culture of Modernity, Cambridge 1993, S. 13.

9 W. Schmidbauer: Jetzt haben, später zahlen. Die seelischen Folgen der Konsumgesellschaft, Reinbek 1995, S. 134ff.

10 Vgl. Schmidbauer, a.a.O., S. 57, 155ff., 208ff.

nicht übersehen werden. Die kontingente, geschichtlich geortete Botschaft der Bibel beider Testamente stößt mit ihren Signaturen von Anfang und Ende, Einmaligkeit und Begeisterung auf die Endloskette der Wiederholbarkeit, Reproduktionswilligkeit ad libitum und Flippigkeit des Fun-Fun-Syndroms.

Viertens: Wenn der tragende Menschentyp der dominanten Kultur der hedonistisch-materialistische Charakter genannt wird (HEDOMAT), so ist sein Gegentyp der zwischen dem Proton der Schöpfung und dem Eschaton der erfüllten Geschichte agierende Mensch, der aus der jüdisch-christlichen Überlieferung lebt und sich daran orientiert. Der PROTESCHAT, wie ich ihn nennen möchte, wird nach der Überwindung des Kulturschocks in den kulturellen Ungehorsam eintreten müssen, weil er nach lebbarem Leben hungert, von dem er aus seiner Tradition eine eigene Vorstellung besitzt.

Dieser Ungehorsam ist der Anfang von etwas, das sich alternativ zu einer Dominanz verhält, die nicht von Austausch und Kommunikation, Einmaligkeit, Verweilen und Verlangsamten belebt wird, sondern nur Beschleunigung als Atemspende, Zuwendung als Terror und Ausgrenzung bei Verweigerung kennt, auf Endlosreproduktion, Dauerwiederholbarkeit and allovertheworldpresence steht – und zwar darübersteht, dominant Geld anrufend und reproduzierend wie großartige Fälscher Bilder alter Meister. »Gegenkultur heißt ein Fragezeichen hinter eine Kultur zu setzen, die gegenwärtig allzu oft nur Ausrufungszeichen hinter sich macht.«¹¹

Die Kulturen in Ost und West befinden sich in der Krise. Der Unterschied besteht darin, daß die alten Bundesbürger ihre Kultur verinnerlicht haben, während die neuen Bundesbürger sich diese Kultur noch nicht einverleiben, sondern nur äußerlich überstreifen konnten. »Begonnen hat ein mühseliger, komplizierter und vor allem langwieriger Lernprozeß, eine Form der kulturellen Alphabetisierung der Ostdeutschen, verdeckt und verzerrt nur durch die Tatsache, daß anscheinend das Alphabet schon bekannt [ist] und beherrscht wird.«¹² G. Kracht, der dieses Fazit zieht, übersieht meines Erachtens die Möglichkeiten von Widerspruch, Ungehorsam, Verwerfungen und Ablehnungen.

Wie tragisch gefahrvoll die Krise der Kulturen ist, beschreibt der junge Dichter Stefan Kalhorn unter der Überschrift »Standort Deutschland«: »Musikalisch werden Sie heute abend begleitet von unserer Bordkapelle auf dem Zwischendeck. Alle Maschinen arbeiten einwandfrei.«¹³ Die wundersamen Melodien mit ihren harmonischen Bögen und das kraftvolle Pochen der Maschinen läßt den ahnungslosen Hörer am Standort Deutschland vergessen, was eine Kultur in der Krise ist – so wie die Passagiere der »Titanic« einst der Ansage eines Stewards vertrauten.

Dem Kulturschock aufgrund der Tatsache, daß das westliche System an die Grenzen seiner Kompetenz stößt, muß um der Zukunft willen langfristig eine Alternative entgegengesetzt werden. Dazu ist zuerst die einfache Zustandsbeschreibung zu überwinden. Das hat jüngst Ulrich Beck getan, als er eine Antwort auf die Frage »Was hält hochindividualisierte Gesellschaften zusammen?«¹⁴ zu geben versuchte. Religion zählt für Beck nicht mehr als eine mög-

11 B. Rootmensen: Vierzig Worte in der Wüste, Düsseldorf 1991, S. 171.

12 G. Kracht, a.a.O. (Anm. 2), S. 305f.

13 St. Kalhorn: Standort Deutschland, in: Wiecker Bote, Greifswald 1995/1-3, S. 34.

14 U. Beck: Was hält hochindividualisierte Gesellschaften zusammen? In: Mittelweg, 36 1996/1, S. 33-48.
15 Ebenda, S. 48.

liche Antwort, politische Blutopfer stellen keine anzustrebende Lösungsmöglichkeit dar. Die bisherige Interpretation durch Erwerbsamkeit und Wohlstand zerfällt gerade auch im Westen, meint Beck. Sein Angebot lautet seit kurzem, individuelle Freiheit unter den Bedingungen des Rechts- und Sozialstaates sei die Integrationsmacht am Ende des 20. Jahrhunderts. Er setzt sie ab von der Atomisierung des Individuums, die durch den Neoliberalismus bewirkt wird. »Die Moderne, die Freiheit ins Zentrum stellt, ist also gerade kein Auflösungszeitalter, sondern auch ein Wert-Zeitalter, in dem an die Stelle der hierarchischen Gewißheit der Verschiedenartigkeiten die schöpferische Ungewißheit der Freiheit tritt, einschließlich des Kampfes darum, was ›Freiheit‹ bedeutet?«¹⁵ Einschließlich des Fragezeichens am Schluß dieser These eine Herausforderung nicht zuletzt an den PROTESCHAT.

Auf einem Seminar, das nicht um Witness and Service today bemüht, ist es gewiß von Bedeutung, Fragen an die Selbstgewißheiten eines hocheffizienten Systems zu stellen. Nicht die einfache Übernahme des bisherigen Alphabets stellt das eigentliche Thema dar, sondern die kritische Frage, ob die Welt richtig buchstabiert wird. Zum Kulturschock gehört auch die Erfahrung, daß es kaum noch ernsthafte Fragen an die Kirche gibt: »Es ist nicht bloß so, daß die Antworten der Kirche nicht akzeptiert werden – es verschwindet die Frage.«¹⁶ Die Kirche sollte also im Ringen um ein lebenswertes Verständnis von Freiheit präzise Fragen an die sie umgebende Gesellschaft stellen. Dabei wird es darauf ankommen, »ein weltweites ökumenisches Bündnis wider die Kolonisierungsgewalt der funktionellen Rationalität«¹⁷ zu fördern und aufgrund von Schlüsselerzählungen der Bibel die Perspektive der einen Menschheit zu entwickeln¹⁸. Christliche »Offensive« oder religiöse Anpassung ist nicht in der Lage, die immer mehr ausgedünnte Zivilreligion zu überwinden, die westliche Demokratien zu ihrer Legitimation benötigen¹⁹, die gleichwohl lediglich einen bläßlichen Schatten der jüdisch-christlichen Tradition zwischen Proton und Eschaton darstellt.

16 M. Siemons: Der geteilte Himmel. Was hat das Christentum mit der deutschen Einheit zu tun?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Februar 1996, S. 31.

17 B. Hoedemaker: Säkularisation – eine Erkundung, in: Säkularisierung in Ost und West (Schriftenreihe des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung Heft 1), Berlin 1995, S. 13-20, hier S. 19.

18 Ebenda.

19 Das Phänomen ist jüngst beschrieben worden von H. Kleger, A. Müller: Nationale und europäische Bürgerreligion. Ein Beitrag zur unvollendeten Säkularisierung, in: H. Münkler (Hg.): Bürgerreligion und Bürgertugend. Debatten über die vorpolitischen Grundlagen politischer Ordnung, Baden-Baden 1996, S. 1-22.

ERNEST MANDEL

Materielle, soziale und ideologische Voraussetzungen des Nazi-Genozids

Erstens: Möglich gemacht hat den Holocaust – dieses einzigartige Ereignis in der bisherigen Geschichte – in erster Linie die hyper-rassistische Ideologie in ihrer biologischen Variante (die extreme Form des Sozial-Darwinismus). Gemäß dieser Doktrin müßte es »untermenschliche Rassen« (*Untermenschen* – im Original dt.) geben, deren Vernichtung gerechtfertigt, ja sogar unumgänglich wäre. Für die Anhänger dieser Ideologie waren die Juden »Ungeziefer, das vernichtet werden muß«, die Schwarzen sind »Affen«, die »einzig guten Indianer sind die toten Indianer« etc.

Die Doktrin des extremen biologischen Rassismus fällt nicht vom Himmel. Sie hat ihre materielle Basis in sozio-ökonomischen Praxen und einer Politik, die Gruppen von bestimmten Menschen in derart inhumaner Weise behandeln, daß das Bedürfnis nach einer ideologischen Rechtfertigung – der Ideologie der Entmenschlichung (*déshumanisation*) – und einer »Neutralisierung« des schlechten Gewissens und des Gefühls individueller Schuld (vgl. die Rede Himmlers vom 6. Oktober 1943) auf beinahe imperative Weise entsteht.

Zweitens: Die systematische Entmenschlichung der Juden in den Augen der Nazis ist kein in der Geschichte isoliertes Phänomen. Analoge Phänomene gab es in bezug auf Sklaven in der Antike, auf Frauen (»Hexen«) im 14. und 17. Jahrhundert, in bezug auf Indianer Amerikas, auf Schwarze, die dem Sklavenhandel unterworfen wurden, etc. Ihre Opfer zählen nach Millionen, Frauen und Kinder eingeschlossen. Wenn der systematische und umfassende Charakter der Massaker in keinem dieser Fälle den des Holocaust erreicht, dann nicht deswegen, weil diese Mörder »menschlicher« oder nachsichtiger waren als die Nazis. Der Grund liegt darin, daß ihre Mittel und ihre sozio-ökonomischen und politischen Absichten begrenzter waren.

Drittens: Es ist nicht wahr, daß sich die Vernichtungsprojekte der Nazis ausschließlich gegen Juden richteten. Die Zigeuner mußten eine Vernichtungsquote hinnehmen, die mit der der Juden vergleichbar ist. Langfristig wollten die Nazis 100 Millionen Personen in Zentral- und Osteuropa vernichten, vor allem Slawen. Wenn die Vernichtung mit den Juden begann, so ist dies dem wahnsinnigen Glauben Hitlers und einiger seiner Statthalter an die »Weltverschönerung der Juden«, aber auch teilweise einem praktischeren Grund geschuldet. vor der Vernichtung sollten die Sklaven arbeiten (vgl. den »Justiz«minister Thierack: »*Tod durch Arbeit*« (im Ori-

Ernest Mandel – 1923 - 1995.

War seit 1970 Professor an der Freien Universität Brüssel, 1971/72 Gastprofessur an der Freien Universität Berlin; nach seiner Berufung zum Ordentlichen Professor durch die FU Erteilung eines Einreiseverbots in die BRD durch den damaligen Innenminister Genscher. Führungsmitglied der auf Initiative Leo Trotzki's gegründeten IV. Internationale. Er prägte neben Herbert Marcuse und Wolfgang Abendrot wesentlich diejenigen jungen Menschen der »68er«, welche sich als revolutionär und als anti-stalinistisch verstanden.

Quelle:

Actes du Colloque International organisé à l'initiative de la Fondation Auschwitz, 3-4-5 novembre 1988, Institut de sociologie, Uni-

ginal dt.). Denn die Nazis glaubten zu Recht oder zu Unrecht, daß die Juden weniger fügsam, weniger leicht auf die Versklavung völlig resignierter Analphabeten zurückgeführt werden könnten als die anderen »minderwertigen Rassen«. Von daher ergab sich in ihren Augen, sie im Innern der Lager zu Tode zu bringen (eingeschlossen durch Arbeit) und nicht in Dörfern oder Städten, die noch teilweise »offen« waren (ein Schicksal, das man für die schrittweise Vernichtung der Russen, der Polen, der Ruthenen, der Urkainer etc. vorgesehen hatte).

Viertens: Die Doktrin der rassischen Minderwertigkeit (die »Entmenschtheit« – la »déshumanité«) ist bei den fanatischsten zeitgenössischen Antisemiten mit dem Mythos von der »internationalen Verschwörung des Judentums« verbunden, das die Macht im Weltmaßstab erringen und »das Blut« aller Völker »aussaugen« will. Die vereinten Instrumente dieser Verschwörung wären das spekulative Großkapital (Banken); der marxistische Sozialismus (später der Bolschewismus); die Freimaurerei, ja sogar ... die Jesuiten.

Dieser Mythos ist nicht deutschen, sondern russischen Ursprungs (die berühmten Protokolle des Weisen von Zion, ein Machwerk der zaristischen Ochrana), dessen Echos im eigentlichen Sinne am Ende des 19. Jahrhunderts in Frankreich, Großbritannien, Österreich, Ungarn und Polen stärker waren als in Deutschland. Der ukrainische Anführer Petljura, verantwortlich für Pogrome, in denen in kurzer Zeit mehr als 100.000 Juden getötet wurden, war ein fanatischer Bekenner dieses Mythos. Für uns gibt es nicht den geringsten Zweifel, daß er fähig gewesen wäre, den Holocaust zu konzipieren und zu praktizieren, wenn er die materiellen und technischen Mittel gehabt hätte.

Fünftens: Die Doktrin des biologischen Rassismus fügt sich in einen großen Rahmen, den des Aufstiegs antihumanistischer, anti-fortschrittlicher, antiegalitärer, antiemanzipatorischer Doktrinen, die die extremste und am meisten systematische Gewalt gegen bedeutende Gruppen von Menschen (den »Feind«) verherrlichen und die sich am Ende des 19. Jahrhunderts verbreiten. Es erscheint uns unmöglich zu bestreiten, daß die Auslösung (und in geringerem Maß die Vorbereitung) des Ersten Weltkrieges in dieser Hinsicht die entscheidende Wende darstellen. Ohne den Ersten Weltkrieg wären Hitler und der Nazismus, soweit er ein Massenphänomen ist, unbegreifbar. Ohne die Auslösung des Zweiten Weltkrieges war Auschwitz unmöglich.

Nun kann die Krise des Humanismus und der Zivilisation, die der Erste Weltkrieg markiert, schwer vom Phänomen der Krise des Imperialismus getrennt werden, dessen Vorläufer im Kolonialismus eben mit dem Entstehen biologisch-rassistischer Doktrinen bei einem Teil der Kolonisatoren verbunden ist (vgl. die Anschläge: »Verboten für Hunde und Eingeborene«).

Sechstens: Der Holocaust hatte nicht nur ideologische Wurzeln. Er war unmöglich ohne ein Bündel materieller und technischer Mittel. Es handelte sich um ein industrielles Unternehmen und nicht um Vernichtung als Handwerk. Genau dort liegt der ganze Unterschied zu den traditionellen Pogromen. Dieses Unternehmen

versité libre de Bruxelles.
 »Aufruf der Gauleitung des NSDAP-Gaus Baden, bet. den Boykott am 1. April 1933 ...
 Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!
 Meidet die mit dem Boykottzeichen gekennzeichneten Häuser!
 Zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze!
 Boykottiert alle jüdischen Geschäfte!
 Kauft nicht in jüdischen Warenhäusern!
 Geht nicht zu jüdischen Rechtsanwälten!
 Meidet jüdische Ärzte!
 Die Juden sind unser Unglück!
 Kommt zu den Massenversammlungen!«
 Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942, hrsg. von Kurt Pätzold, Leipzig 1983, S.50.

»Schnellbrief des Reichswirtschaftsministers an die Landesregierungen vom 18. November 1938 ... Durch die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938 scheiden die Juden vom 1. Januar 1939 ab als Unternehmer aus dem Einzelhandel, dem Handwerk und dem Marktverkehr endgültig aus. Soweit jüdische Einzelhandelsgeschäfte und Handwerksbetriebe infolge der Ereignisse am 8., 9. und 10. November geschlossen worden sind, sollen sie als jüdische Gewerbebetriebe grundsätzlich nicht wieder eröffnet werden. Ich ersuche dies schon aus polizeilichen Gründen zur Verhütung weiterer Ausschreitungen zu verhindern. Eine Wiederöffnung soll nur erfolgen, wenn die Überführung in nichtjüdische Hand gesichert ist.«
Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942, hrsg. von Kurt Pätzold, Leipzig 1983, S. 187.

erforderte die Massenproduktion des Gases Zyklon B, von Gaskammern, von Rohrnetzen, von Krematorienöfen, von Baracken, von massivem Eingriff in den Eisenbahnverkehr – in einem Ausmaß, das im 18. Jahrhundert und im größeren Teil des 19. Jahrhunderts nicht zu verwirklichen war, ganz zu schweigen von früheren Epochen (nicht von Perioden, die sich über Dezennien dehnen, sondern über mehrere Jahrhunderte). In diesem Sinn ist auch der Holocaust (nicht nur, sondern auch) ein Produkt der modernen Industrie, die mehr und mehr der Kontrolle der menschlichen und der humanistischen Vernunft entgleitet, d. h. der modernen kapitalistischen Industrie, die – vorangetrieben durch äußerste Konkurrenz – unkontrollierbar wird. Er ist das bisher extremste Beispiel einer typischen Kombination von perfektionierter Teilrationalität und globaler Irrationalität, bis ans Ende vorangetrieben, eine Kombination, die die bürgerliche Gesellschaft charakterisiert.

Siebertens: Neben den ideologischen und materiellen/technischen Vorbedingungen des Holocaust muß man seine sozio-politischen Vorbedingungen sichtbar machen. Die Verwirklichung des Holocaust erforderte ohne jeden Zweifel die Beteiligung – in verschiedenen Abstufungen von aktivem und passivem Komplizentum – von mehreren Millionen Personen: in erster Linie von Henkern, Organisatoren und Bewachern der Lager; aber auch von Beamten, von Bankiers, Industriellen, hohen Funktionären, von höheren Offizieren, Diplomaten, Juristen, Professoren, Ärzten und ebenso von Fußvolk: kleinen Funktionären, Polizisten, Bewachern der »normalen Gefängnisse«, von Eisenbahnern etc.

Eine genau Prüfung dieser Masse von mehreren Millionen Komplizen aufgeteilt nach Nationalitäten ergibt, daß die Deutschen im eigentlichen Sinn ohne Zweifel nicht mehr als 50 bis 60 Prozent der Gesamtzahl ausmachen. Sie ergibt auch – berechnet nach ihrem Grad an Irrationalität, den Psychopathen und Fanatikern –, daß diese eine gewisse substantielle Minorität ausmachen. Aber die Mehrheit handelte aus Gehorsam, aus Routine oder aus Berechnung (das Schweigen der Kirchenhierarchien fällt in diese letzte Kategorie), wenn nicht aus Feigheit (die individuellen Risiken des Ungehorsams wurden über die Risiken, Komplize inhumaner Taten zu sein, gestellt).

Einer der Gründe, die den Holocaust zugelassen haben, ist folglich ethischer Natur oder, wenn man will, geht auf die Motivation von Handlungsweisen zurück. Der Holocaust ist auch – auf der Ebene der Mentalitäten – ein weiteres Resultat der Verherrlichung, der Akzeptanz oder sogar des Kultes massiver Gewalt, der Akzeptanz der Doktrin, daß der Staat das Recht hat, Individuen Handlungen aufzuzwingen, die jene ablehnen müßten, und die sie im Grunde, vom Standpunkt fundamentaler Regeln der Ethik, ablehnen.

Gemäß dieser Doktrin soll es besser sein, sich dieser Macht des Staates zu unterwerfen als etwa die »politische Autorität zu untergraben«. Die extremen Konsequenzen dieser Doktrin haben die Absurdität der klassischen These von Konservativen (Aristoteles und Goethe eingeschlossen) erwiesen: Die »Unordnung«, die durch die Rebellion gegen die Ungerechtigkeit hervorgerufen werde, führe stets zu noch mehr Ungerechtigkeit. Es kann kaum mehr

Ungerechtigkeit als in Auschwitz geben. Angesichts massiver Ungerechtigkeit sind Widerstand und Revolte, eingeschlossen die individuelle, aber vor allem die kollektive, nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht und müssen jeder Staatsräson vorgehen. Das ist die prinzipielle Lektion des Holocaust.

Achtens: Minderheiten mit fanatisch extremistischen und inhumanen Auffassungen, d. h. pathologische Minderheiten und Individuen, haben existiert und existieren in praktisch allen Ländern im 19. und 20. Jahrhundert, ohne von früheren Jahrhunderten zu sprechen. Aber sie stellen ein marginales Phänomen von geringem politischen Gewicht dar. So verhielt es sich in Deutschland in der Periode 1848-1914.

Damit solche Individuen ein Echo von Millionen Menschen finden können, bedarf es einer tiefen sozialen Krise (als Marxisten würden wir sagen: einer tiefen sozio-ökonomischen Krise, einer tiefen Krise der Produktionsweise und einer tiefen Krise der Machtstrukturen). Damit solche Individuen unmittelbare Anwärtler auf die Macht sein, ja sogar die Macht übernehmen können, muß es eine Korrelation sozialer Kräfte geben, die das gestattet: Schwächung der Arbeiterbewegung (und, in geringerem Maß, des bürgerlichen Liberalismus); Stärkung der aggressivsten Schichten der besitzenden Klassen; Hoffnungslosigkeit der mittleren Klassen; bedeutendes Wachstum der Anzahl Deklassierter, etc. Die Krise der Weimarer Republik und die wirtschaftliche Krise von 1929-1934 haben offensichtlich diese Bedingungen im Deutschland von 1932-33 geschaffen.

Neuntens: Die Besonderheiten der deutschen Geschichte; die spezifische Natur des »Herrschaftsblocks« nach der deutschen Vereinigung von 1871; das besondere Gewicht der preußischen Junker und ihrer militaristischen Tradition im Innern dieses Blocks; die relative Schwäche der liberal-humanistischen Tradition im Vergleich zu der anderer Länder (geschuldet der Niederlage der Revolution von 1848); die offenkundige Disproportion zwischen dem Aufstieg der deutschen Industrie und des deutschen Finanzkapitals auf der einen Seite und ihrem Anteil bei der Neuaufteilung der Einflußsphären im Weltmaßstab auf der anderen Seite: All dies machte den deutschen Imperialismus in der Periode von 1890-1945 aggressiver als seine prinzipiellen Rivalen. Der Kampf um die Weltherrschaft vollzog sich in den Augen eines großen Teils der deutschen »Eliten« auf dem Weg des Krieges und des Militarismus. Das Imperium, das es zu erobern galt – das Äquivalent zum »Indischen Kaiserreich« –, befand sich in Zentral- und Osteuropa (vor der Ausdehnung – von dieser Basis ausgehend – in den Mittleren Orient, nach Afrika, nach Süd-Amerika etc.). Das erklärt, warum ein großer Teil der herrschenden deutschen Klassen bereit war, Hitler zu akzeptieren, ohne sich völlige Rechenschaft darüber abzulegen, wohin er sie führen würde (aber seit dem 30. Juni 1934 war für jeden, der nicht blind war, klar, daß dieser Mann bereit war, die elementarsten Regeln des Staates, des Rechts und der Moral zu überschreiten, daß er ein Mörder ohne jede Hemmung war.

Die beiden Tendenzen, die liberal-humanistische und die konservativ-militaristische, sind in allen bürgerlichen Klassen Europas

»Protokoll der Besprechung Reinhard Heydrichs mit Vertretern Oberster Reichsbehörden und Offizieren der Sicherheitspolizei und des SD am 20. Januar 1942 (»Wannseekonferenz«), betr. die »Endlösung der Judenfrage« (Auszug) ...
Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht, die sich wie folgt auf die einzelnen Länder verteilen:

A.	
Altreich	131.000
Ostmark	43.700
Ostgebiete	420.000
Generalgouvernement	2.284.000
Bialystok	400.000
Protektorat Böhmen und Mähren	74.000
Estland judenfrei	
Lettland	3.500
Litauen	34.000
Belgien	43.000
Dänemark	5.600
Frankreich	
– besetztes Gebiet	165.000
– unbesetztes Gebiet	700.000
Griechenland	69.000
Niederlande	160.800
Norwegen	1.300

B.	
Bulgarien	48.000
England	330.000
Finnland	

2.300
 Irland
 4.000
 Italien, einschl. Sardinien
 58.000
 Albanien
 200
 Kroatien
 40.000
 Portugal
 3.000
 Rumänien, einschl.
 Bessarabien
 342.000
 Schweden
 8.000
 Schweiz
 18.000
 Serbien
 10.000
 Slowakei
 88.000
 Spanien
 6.000
 Türkei (europ. Teil)
 55.500
 Ungarn
 742.800
 UdSSR
 5.000.000
 Ukraine
 2.994.684
 Weißrußland ausschl.
 Bialystok
 446.484
 zusammen:
 über 11.000.000.«
 Verfolgung, Vertreibung, Ver-
 nichtung. Dokumente des
 faschistischen Antisemitis-
 mus 1933 bis 1942, hrsg.
 von Kurt Pätzold, Leipzig
 1983, S. 338f.

und in denen der USA und Japans nach 1885-1890 vorhanden. Der Unterschied ist, daß die zweite in Frankreich und in Großbritannien in der Minderheit blieb und daß sie in Deutschland und Japan (in den USA sind sie seit 1940 im Gleichgewicht) die Mehrheit errang. Dieser Unterschied erklärt sich nicht aus ethnischen Gründen, sondern aus historischen Besonderheiten.

Zehntens: Wenn man den Holocaust als bisher äußersten Ausdruck von destruktiven Tendenzen in der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet, dessen Wurzeln im Kolonialismus und Imperialismus verborgen sind, kann man Tendenzen vermerken, die im selben Sinn voranschreiten, namentlich in erster Linie in der Entwicklung des Wettrüstens (Nuklearkrieg, biologischer/chemischer Krieg, Waffen, die klassisch genannt werden und die die Wirkung der Bomben haben, die auf Hiroshima und Nagasaki geworfen wurden, etc.). Ein Nuklearkrieg, sogar ein »konventioneller« Weltkrieg ohne vorhergehende Abschaltung der Atomkraftwerke, wäre schlimmer als der Holocaust. Die globale Irrationalität von Vorbereitungen, die in diese Richtung gehen, kommt schon auf der Ebene der Sprache zum Ausdruck. Wenn man davon spricht, die »Kosten« des Nuklearkrieges »zu reduzieren«, kommt dies der Suche nach einem Selbstmord und einer Zerstörung der menschlichen Gattung »zu niedrigeren Kosten« gleich. Wer hat die »Kosten« des Selbstmordes zu prüfen?

Elftens: Diese Deutung des Holocaust hat keinesfalls die Funktion, die Nazi-Verbrechen gegen die Menschheit zu relativieren, die die schlimmsten Verbrechen der Geschichte sind, obwohl die Geschichte reich an Greuelthaten ist. Diese Interpretation hat einen eigenen wissenschaftlichen Wert. Wenn man sie zurückweist, muß man nachweisen, daß sie vom Standpunkt der Tatsachen, deren Korrelation, deren Verkettung, irrt. Das ist eine Debatte zwischen Historikern, Soziologen, Ökonomen, Politologen und Moralisten. Man kann eine wissenschaftliche These (Hypothese) nur mit wissenschaftlichen Argumenten konfrontieren, nicht mit außerwissenschaftlichen Argumenten.

Aber, obwohl sie weit von irgendeiner Art von Konzession an Nazis oder an deutsche Militaristen entfernt ist, um nicht zu sagen, es handele sich um eine Konzession an deutsche »Eliten«, hat diese Deutung auch eine subjektive Funktion. Sie erlaubt es, den intellektuellen und moralischen Risiken zu entgehen, die der entgegengesetzten These innewohnen, wonach der Holocaust sich jeder rationalen Erklärung entzöge, unbegreifbar sei. Diese obskure These stellt in einem breiten Maß einen posthumen Triumph der Nazi-Doktrin dar. Denn wenn es wahr ist, daß ein Teilstück der Geschichte irrational und völlig unbegreifbar ist, dann heißt das, daß die Menschheit selbst irrational und unbegreifbar wäre. Also wäre das Reich des Bösen »in uns«. Es ist eine Art indirekter Strafe, wenn nicht Heuchelei, zu sagen, daß die Verantwortung nicht bei Hitler liegt, nicht bei den Nazis, nicht bei denen, die ihnen gestattet haben, die Macht zu erobern und sie auszuüben, sondern daß sie bei jedermann liege, d. h. bei jedem einzelnen.

Wir ziehen vor – soweit es uns betrifft – festzustellen, was der historischen Wahrheit entspricht: Weit davon entfernt, daß »alle

schuldig« sind, haben sich die Männer und Frauen generell, einschließlich in Deutschland, in zwei Lager gruppiert. Die Verbrecher und ihre Komplizen haben sich anders verhalten als Widerstandskämpfer. Die Arbeiter von Amsterdam, die in Streik traten, um gegen die ersten anti-jüdischen Erlasse zu protestieren, gleichen nicht der SS. Der dänische Widerstand, der praktisch alle Juden dieses Landes gerettet hat, gleicht nicht Quisling. Die Mehrheit des italienischen Volkes (eine »Bande von ehrlosen Lügner« wie Eichmann mit einem Zynismus sagte, der das Groteske streift), die der großen Masse der italienischen Juden zur Rettung verhalf, gleicht nicht der Ustascha. Die Soldaten der Roten Armee, die Auschwitz befreit haben, sind nicht jenen gleich, die die Gaskammern geschaffen haben. Zwischen diesen beiden Lagern gab es mit Sicherheit vermittelnde Situationen und Verhaltensweisen. Aber die beiden Lager sind empirisch nachweisbar. Bei der Erklärung des Holocaust auf rationale Weise erklärt man zugleich den Unterschied zwischen diesen Verhaltensweisen.

Zwölftens: Unsere Deutung des Holocaust hat auch eine praktische politische Funktion. Sie gestattet es, der praktischen Ohnmacht und dem Gefühl von Ohnmacht vor den Risiken einer Wiederholung des Phänomens zu entgehen. Wir sprechen mit Absicht davon, daß der Holocaust bis jetzt der Gipfel der Verbrechen gegen die Menschheit war. Aber es gibt keinerlei Garantie, daß dieser Gipfel nicht wieder erreicht oder zukünftig sogar übertroffen wird. Das *a priori* zu leugnen, scheint uns irrational und politisch unverantwortlich. Brecht sagte: »Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.«

Um den Neofaschismus und den heutigen biologischen Rassismus besser bekämpfen zu können, muß die Natur des Faschismus von gestern begriffen werden. Die wissenschaftliche Erkenntnis ist auch eine Waffe im Kampf für das Überleben der Menschheit, nicht eine rein akademische Übung. Die Benutzung dieser Waffe abzulehnen, bedeutet, das Heraufkommen neuer Nachfolger der Massenmörder zu erleichtern. Die Ursachen des Faschismus und des Holocaust erklären, bedeutet, das Potential der Zurückweisung, der Empörung, der Feindschaft, der totalen und unversöhnlichen Opposition, von Widerstand und Revolte gegen den Wiederaufstieg von Doktrinen und Praxen der Entmenschung zu stärken. Das ist eine Aufgabe politischer Gesundheit und elementarer und unumgänglicher Moral.

ÜBERSETZUNG AUS DEM FRANZÖSISCHEN VON ARNOLD SCHÖLZEL

MICHAEL WOLF

Systemtransformation und Wandel des Reproduktionssystems der Arbeitskraft¹

Michael Wolf – Sozialwissenschaftler, Berlin.

1 Es handelt sich um die geringfügig überarbeitete Fassung meines Beitrages zur Internationalen Konferenz »Finanzmarktrefor-men und Sozialpolitik an der Peripherie: Lateinamerika und Osteuropa«, Latein-amerika-Institut, Freie Universität Berlin, 26. - 28.10. 1995.

Das Papier entstand als Nebenprodukt im Rahmen der Vorarbeiten für ein empirisch-analytisches Forschungsvorhaben, das sich mit der Entstehung und Entwicklung der Arbeitslosensicherungssysteme in den ehemaligen real-sozialistischen Ländern Polen, Tschechien, Ungarn und den neuen Bundesländern befassen soll. Sein damaliger Charakter als Diskussionspapier ist im wesentlichen beibehalten worden. Die Erweiterung und notwendige Präzisierung des Textes muß einer späteren Publikation vorbehalten bleiben.

2 Ausnahmen sind etwa die Arbeiten von Offe (1994) sowie von Schulz-Nieswandt (1994).

3 Vgl. hierzu etwa die Beiträge in Maydell/Hohnerlein (1993).

Meine Überlegungen verstehen sich als Versuch, einen, wie ich meine, bislang vernachlässigten Gesichtspunkt in die aktuelle Transformationsdebatte einzubringen. Noch immer dominieren Arbeiten zum ökonomischen Problemfeld »Transformations of Economic Systems from Plan to Market« sowie Arbeiten zum politischen Problemfeld »Transitions to Democracy« die Diskussion. Eine Auseinandersetzung mit der Frage nach dem Verhältnis von Systemtransformation und Sozialpolitik oder, allgemeiner gesprochen, sozialer Wohlfahrt findet hingegen so gut wie nicht statt.² Gewiß, es gibt Arbeiten, die sich mit der politisch-institutionellen Neukonstituierung der sozialstaatlichen Sicherungssysteme in den Transformationsgesellschaften befassen.³ Doch die Arbeiten sind, ohne ihre Bedeutung damit schmälern zu wollen, durchweg empirisch; explizit theoretisch angeleitete Arbeiten muß man suchen. Zudem zeichnen sie sich durch eine verengte Perspektive aus. Denn sie stellen lediglich die staatlichen institutionellen Arrangements zur Sicherung der Reproduktion der Arbeitskraft ins Zentrum ihrer Analyse. Eine solche Perspektive einzunehmen, ist durchaus legitim und angesichts der vorhandenen Wissenslücken auch erforderlich. Doch dies ändert nichts an dem Sachverhalt, daß man damit hinter den bereits gewonnenen Erkenntnisstand zurückfällt. Die Herstellung und Sicherung sozialer Wohlfahrt erfolgt in modernen Gesellschaften nämlich generell »gemischt«, das heißt im Zusammenspiel von Markt-, Staats- und Eigenversorgung.⁴

Das Konzept, das ich vorstellen möchte, knüpft an den Befund von der gemischten sozialen Wohlfahrtsproduktion an. Es nimmt zugleich aber auch Bezug auf Arbeiten aus einer Reihe anderer Diskussionskontexte. Erwähnen möchte ich insbesondere die entwicklungssoziologischen und wirtschaftsethnologischen Arbeiten zum Verhältnis von Warenökonomie und Subsistenzproduktion⁵; ferner die vor allem von der Frauenbewegung stimulierte Debatte über Hausarbeit, Haushaltsproduktion und geschlechtliche Arbeitsteilung⁶. Des weiteren ist zu verweisen auf die in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre einsetzende Diskussion über die Bedeutung und Entwicklung der Schattenwirtschaft in Arbeitsgesellschaften⁷. Außerdem sind die Arbeiten zu nennen, die sich mit jenen Organisationsformen befassen, deren Handlungslogik sich weder dem Markt- und Staatssektor auf der einen Seite noch dem Gemeinschaftssektor (Haushalt, Familie) auf der anderen Seite eindeutig zuordnen lassen und deswegen unter dem Rubrum

»Dritter Sektor« geführt werden.⁸ Und zu guter Letzt ist zu erinnern an die sozialwissenschaftliche Debatte der letzten Jahre über die Entstehungsbedingungen, Problemlösungspotentiale und Entwicklungsperspektiven von sozialpolitischen Selbsthilfeinitiativen.⁹

Die von mir gesichteten thematisch relevanten Arbeiten weisen einen doppelten Mangel auf: Erstens, sie bedenken nicht systematisch die unterschiedlichen institutionellen Kontexte sozialer Wohlfahrtsproduktion und deren Verhältnis zueinander. Zweitens, sie operieren nicht mit einem analytischen Kategoriensystem, das es erlauben würde, die Struktur und Entwicklung des Verflechtungszusammenhangs sozialer Wohlfahrtsproduktion theoriegeleitet zu untersuchen.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist die These, daß in einer nach dem Prinzip kapitalistischer Warenproduktion organisierten Ökonomie Sozialpolitik eine institutionalisierte Reaktion auf Gefährdungen der Reproduktion der Arbeitskraft ist.¹⁰ Unterstellt man, daß die Arbeitskraft eine Ware ist, genauer: daß sie wie eine Ware behandelt wird, so lassen sich, wenn man die jeder Ware innewohnende Differenz von Tausch- und Gebrauchswert zugrunde legt, fünf analytisch zu trennende Ursachen für Reproduktionsprobleme identifizieren: defiziente Tauschwertrealisierung (Niedrigentlohnung), blockierte Tauschwertrealisierung (Arbeitslosigkeit), temporäre Gebrauchswertdefekte (Krankheit), perpetuelle Gebrauchswertdefekte (Invalidität) sowie inadäquate Gebrauchswertattribute (Qualifikationsdefizite) der Ware Arbeitskraft. In dieser Perspektive erscheint der »Wert der Arbeitskraft« als zentrale analytische Kategorie für die Reproduktion der Lohnarbeiter als Individuum wie als soziale Klasse.

Es ist mir bewußt, daß ich mir mit der Entscheidung für einen arbeitswerttheoretisch inspirierten Ansatz Probleme und Kritik einhandele, denn Marxens Werttheorie stellt bekanntlich ein umstrittenes Unternehmen dar.¹¹ Gleichwohl vertrete ich die These, daß der Begriff »Arbeitskraft« einen brauchbaren Ansatzpunkt für das anvisierte Konzept bietet. Das Konzept zielt darauf, die Beziehungen zwischen all denjenigen Aktivitäten zu erfassen, die zur Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft beitragen. Diese Aktivitäten gehen nicht allein von den um die Reproduktion ihrer Arbeitskraft besorgten Individuen aus. Sie spielen sich vielmehr in den voneinander verschiedenen institutionellen Kontexten von Markt, Staat, Haushalten sowie intermediären sozialpolitischen Organisationen ab. Die Brauchbarkeit des Begriffes »Arbeitskraft« besteht darin, daß er die diversen Aktivitäten der an der sozialen Wohlfahrtsproduktion beteiligten institutionellen Kontexte theoretisch zu verknüpfen erlaubt und in diesen Kontexten auch operationalisierbar ist.¹²

Im folgenden beschreibe ich, ausgehend vom Theorem des Werts der Arbeitskraft, zunächst die verschiedenen Grundtypen der Arbeitskraftreproduktion, die zusammen das Reproduktionssystem bilden. Hierfür waren eigens Kategorien zu entwickeln, die trennscharf sind, sich in ein theoretisches System integrieren lassen und den Bezug auf empirische Daten erlauben.¹³ Daran anschließen

4 In vormodernen Gesellschaften hing individuelle Wohlfahrt in der Regel von einem einzigen sozialen Kontext ab, dem oikos, heute hingegen resultiert sie aus der Teilhabe an mehreren sozialen Kontexten (Markt, Staat, Gemeinschaft, Assoziationen), die sich vor allem durch unterschiedliche leitende Prinzipien der Koordination von Handlungen (Konkurrenz, Hierarchie, Solidarität, Verhandlung) voneinander abheben. – Zum Konzept der »gemischten« Wohlfahrtsproduktion vgl. insbesondere Evers (1990), ferner Bauer (1990); einen ähnlichen Ansatz verfolgen auch Rein/Rainwater (1985).

5 Vgl. die fast schon »klassisch« zu nennende Arbeit von Meillassoux (1983), ferner Elwert (1980), Elwert et al. (1983), Jacobi/Nieß (1980).

6 Vgl., um nur einige zu nennen, Beer (1984), Glatzer (1986), Ostner (1978; 1984).

7 Zur Thematik vgl. statt anderer Gretschmann/Mettelsiefen (1984).

8 Für eine erste Orientierung vgl. den Abriß von Zimmer/Scholz (1992).

9 Einen informativen Überblick bietet die Bilanzierung der Debatte durch Franz (1987).

10 Wenn hier eine funktionale Betrachtungsweise von Sozialpolitik eingenommen wird, dann gründet dies auf der Erkenntnis, daß politisch-institutionellen wie normativen Theorieansätzen von Sozialpolitik die Chance verstellt ist, die Angemes-

senheit und historische Variabilität der Grenzziehung dessen, was der Sozialpolitik zuzurechnen ist und was nicht, zum Gegenstand ihrer Analyse zu machen. Damit ist ihnen zugleich versagt, die komplexen Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Bereichen der sozialen Wohlfahrtsproduktion in theoretischer wie empirischer Hinsicht zu erfassen.

11 Kritik wird nicht nur von neoklassischer oder von neoricardianischer Seite vorgebracht, auch marxistisch orientierte Ökonomen vertreten die Ansicht, daß wegen der Schwierigkeiten bei der Verwandlung der Warenwerte in Produktionspreise am Wertbegriff nicht festgehalten werden könne. Gewiß, die Marxsche Arbeitswerttheorie ist nicht frei von Problemen, doch mit dem Aufweis, daß die quantitative Bestimmung der Wert-Preis-Relation fehlerhaft ist, ist die Wertformanalyse noch nicht ad acta gelegt. Dieser Punkt ist hier jedoch nicht weiter zu vertiefen. Es mag der Hinweis genügen, daß ich im Rahmen meiner Überlegungen nicht auf die preistheoretische Funktion der Werttheorie abstelle, sondern auf deren Funktion als methodisches Instrument zur Analyse des sozialen Gehalts von ökonomischen Erscheinungen.

12 Eine vergleichbare Position vertritt Kaufmann (1994) mit Rekurs auf Krüselbergs (1977) Versuch, den Begriff des Humanvermögens für eine Theorie der Sozialpolitik fruchtbar zu machen.

13 Ich hätte auch auf vorhandene Kategorien wie

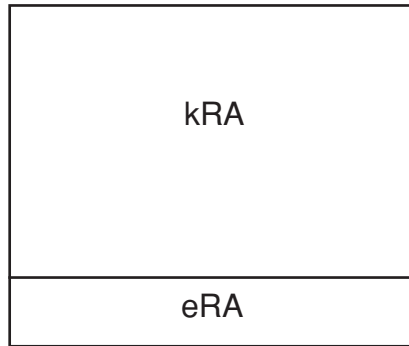
werde ich einige Bemerkungen über die Wechselbeziehung der verschiedenen Reproduktionsformen zueinander und zum Reproduktionssystem insgesamt. Schließen möchte ich mit ein paar Folgerungen für die Untersuchung der sozialstaatlichen Sicherungssysteme in den Transformationsgesellschaften. Ich bin mir darüber im klaren, daß das Konzept nur ein erster Schritt sein kann. Es beansprucht vorerst nur Plausibilität.

Mit Marx (1977) bestimmt sich der Wert der Ware Arbeitskraft wie der Wert anderer Waren auch, nämlich durch die in seine Produktion und Reproduktion eingegangene notwendige Arbeitszeit. Polanyi (1978) hat mit seiner Unterscheidung zwischen »genuinen« und »fiktiven« Waren deutlich gemacht, daß die Arbeitskraft jedoch nicht eine Ware wie andere ist. Ihre Besonderheit besteht unter anderem darin, daß sie nicht von der »Leiblichkeit« ihres Eigentümers zu trennen ist, es sei denn, man macht diesen selbst zur Ware, also versklavt ihn. Darum ist sie auch nicht durch Dritte als Ware produzierbar. Dies kann nur geschehen durch ihren Eigentümer selbst und durch Menschen, die mit ihm nicht primär in Austauschbeziehungen stehen. Um ein Individuum arbeitsfähig zu machen und zu erhalten, ist Arbeit an sich selbst und an den Seinen notwendig. Diese Arbeit kann durch käufliche bzw. »freie« Güter und Dienstleistungen ersetzt werden – allerdings nicht völlig. Übrig bleibt jener Teil der Arbeit, der zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig ist und den kein anderer als der Arbeitskraftbesitzer selbst zu erbringen vermag.¹⁴ Diesen Teil der Arbeit nenne ich »elementare Reproduktionsarbeit« (eRA).

Wenn die Ware Arbeitskraft wegen des hier beschriebenen Sachverhalts niemals vollständig mittels anderer Waren produziert werden kann, dann folgt daraus, daß sich auch ihr Wert nicht so wie der der übrigen Waren bestimmt. Das heißt: Es besteht eine Differenz zwischen der zur Produktion und Reproduktion der Ware Arbeitskraft notwendigen Arbeitszeit und jener Arbeitszeit, die zur Produktion der »notwendigen Lebensmittel« aufgebracht werden muß. Anders formuliert: Der Reproduktionsaufwand zum Erhalt der Arbeitskraft ist höher als er sich in den Reproduktionskosten ausdrückt.

In allen Gesellschaften ist ein »doppeltes Allokationsproblem« (Berger/Offe 1982) zu lösen. Zum einen muß das an die Person gebundene Arbeitsvermögen auf Arbeitsaufgaben und -plätze verteilt werden; zum anderen ist der Ertrag dieser Arbeit an die Arbeitenden und an die zu verteilen, die legitimerweise nicht arbeiten. In kapitalistischen Marktwirtschaften gilt allgemein der Arbeitsmarkt als Institution zur Lösung des doppelten Allokationsproblems. Ist das Lohnarbeitsverhältnis als »Normalmodus« der Reproduktion der Arbeitskraft einmal etabliert, ist der Arbeitskraftbesitzer¹⁵ gezwungen, »kommodifizierte Reproduktionsarbeit« (kRA) zu leisten. Mit anderen Worten: Er muß seine Arbeitskraft zum Verkauf anbieten, um mit dem zu erzielenden Arbeitseinkommen die für seine Reproduktion notwendigen Lebensmittel kaufen zu können. Abstrahieren wir einstweilen davon, daß Reproduktionsprobleme auftreten können und daß es staatlich vermittelte

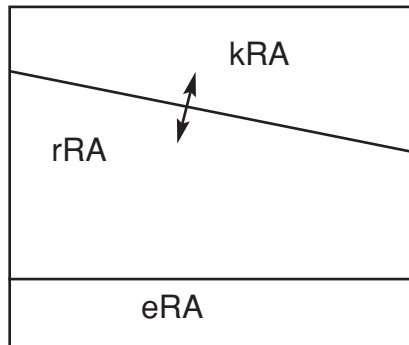
Schaubild 1



Maßnahmen zur Reproduktionssicherung gibt, dann läßt sich sagen: Der Reproduktionsaufwand setzt sich zusammen aus (marktvermittelter) Lohnarbeit, hier »kommodifizierte Reproduktionsarbeit« genannt, und elementarer Reproduktionsarbeit (siehe Schaubild 1)¹⁶.

Nehmen wir nun den hypothetischen Fall, daß die Kosten für die notwendigen Lebensmittel wegen unzureichender Austauschbarkeit (Niedrigentlohnung) oder Nichtverwertbarkeit (Arbeitslosigkeit) der Ware Arbeitskraft allenfalls partiell qua Marktteilnahme gedeckt werden können und daß keine sozialstaatlichen Sicherungssysteme existieren. Der Arbeitskraftbesitzer ist dann auf alternativ zum Lohnarbeitsverhältnis infragekommende Formen der Reproduktionsarbeit angewiesen.¹⁷ Diese möchte ich mit dem Begriff »residuale Reproduktionsarbeit« (rRA) zusammenfassen.

Schaubild 2



Also gilt für diesen Fall: Die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Arbeit wird durch kommodifizierte, residuale und elementare Reproduktionsarbeit gebildet (siehe Schaubild 2).

In entwickelten kapitalistischen Gesellschaften wird der Konnex von Markt, Arbeit, Einkommen und Reproduktionssicherung durch die politische Vermittlung des Sozialstaats gebrochen. Hier erfolgt bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen eine Reproduktionssicherung auch dann, wenn kommodifizierte Reproduktionsarbeit nicht bzw. nicht in ausreichendem Umfange geleistet werden kann. Ich möchte für diesen sozialstaatlichen Ersatz¹⁸) die Kategorie

bspw. Schattenwirtschaft, informelle Ökonomie, autonomer Sektor etc. (zu den jeweiligen Bedeutungen vgl. Huber 1983) zurückgreifen können, allerdings um den Preis, daß diese, auch wenn sie sich auf den gleichen Gegenstandsbereich beziehen mögen, spezifische inhaltliche Begrenzungen reflektieren und nicht, oder nur über Behelfskonstruktionen, »anschlußfähig« sind, sowohl untereinander als auch in bezug auf das zugrunde gelegte theoretische Referenzsystem. Zudem begünstigen sie nicht die Vermittlung der Mikro- mit der Makroperspektive, wie es dem Begriff der Arbeitskraft eigen ist, der den Aspekt der individuellen Kompetenz ebenso umfaßt wie den des Ressourcenbestandes.

14 Es ist nicht üblich, die hier erwähnten Aktivitäten als »Arbeit« zu klassifizieren, insbesondere nicht in der ökonomischen Theorie, da dieser nur die wirtschaftliche Tätigkeit als Arbeit gilt. Die von mir gewählte Begriffsstrategie ließe sich relativ problemlos u.a. damit legitimieren, daß sich für nahezu jegliche Aktivität der privaten Haushalte ein Äquivalent im Erwerbssystem finden bzw., wenn nicht vorhanden, entwickeln läßt. Eine Unterscheidung zwischen erwerbswirtschaftlich organisierter Arbeit und anderen Formen der Arbeit ist zwar notwendig, doch darf die Differenzierung nicht dazu führen, daß diejenigen Formen der Verausgabung von Arbeitskraft, die nicht der Erwerbssphäre zugehören, ihres Arbeitscharakters beraubt werden.

15 Um Mißverständnissen

vorzubeugen: Es ist hier und im weiteren selbstverständlich nur von produktionsmittellosen Arbeitskraftbesitzern die Rede.

16 Das Schaubild bedarf einer kurzen Erläuterung. Es symbolisiert das Verhältnis der verschiedenen Formen der Reproduktionsarbeit zueinander und dessen Veränderung im zeitlichen Verlauf. Auf der x-Achse ist die historische Zeit und auf der y-Achse sind die kumulierten Prozentwerte der in Zeit- oder Geldeinheiten ausgedrückten Reproduktionsarbeit abgetragen. Referenzgröße soll hier die Gesamtgesellschaft (Makrodimension) sein. Es wäre selbstverständlich auch möglich, Personen bzw. Einzelhaushalte (Mikrodimension) oder Personenkategorien (Meso-dimension) als Referenzgröße zu wählen.

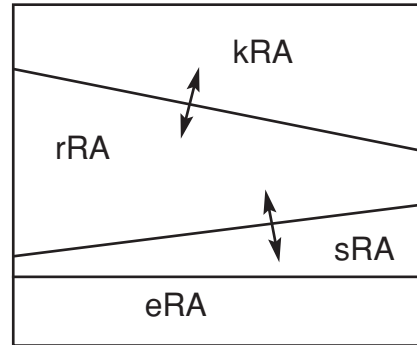
17 Hierzu gehören, um nur einige zu nennen, legale Aktivitäten wie das auf die Senkung der Reproduktionskosten abzielende do-it-yourself (z.B. Garten-, Renovierungs- und Reparaturarbeiten) oder der Naturaltausch, aber auch illegale Aktivitäten wie Betteln, Diebstahl, Prostitution, Zuhälterei, Schwarzarbeit.

18 Dieser variiert selbstverständlich in Form und Ausmaß von Land zu Land, und zwar in Abhängigkeit von den jeweiligen nationalen Rahmenbedingungen.

19 Eine ähnliche Position vertritt bspw. Matzner (1979) für die Entwicklung des »autonomen Sektors«.

»substituierende Reproduktionsarbeit« (sRA) einführen. Der Reproduktionsaufwand wird jetzt beschreibbar als Summe von substituierender, kommodifizierter, residualer und elementarer Reproduktionsarbeit. (siehe Schaubild 3).

Schaubild 3



Staatliche Sozialpolitik überformt mithin das gesellschaftliche Komplementaritätsverhältnis der verschiedenen privaten Formen der Reproduktionsarbeit.

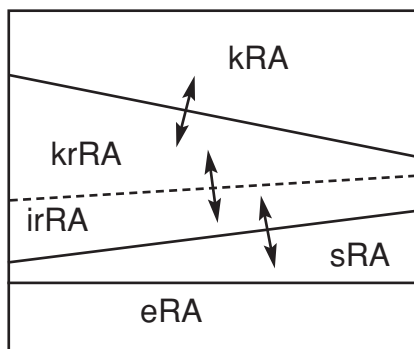
Ich komme nochmals zurück zum Begriff »residuale Reproduktionsarbeit«. Die Kategorie erscheint mir sinnvoll, weil sich mit ihr einerseits jene Tätigkeiten umschreiben lassen, die nicht die mit der kommodifizierten und substituierenden Reproduktionsarbeit verbundene Reproduktionssicherung betreffen, die aber dennoch zur Reproduktionssicherung notwendig sind. Andererseits ist diese Form der Reproduktionsarbeit eine Restgröße, die wesentlich bestimmt wird durch die Funktionsdefizite und Komplementaritätserfordernisse der kommodifizierten und substituierenden Reproduktionssicherung.¹⁹ Residuale Reproduktionsarbeit indiziert demnach Marktversagen, aber auch Staatsversagen, sofern staatliche Interventionen die Defizite des Marktes nur unzureichend kompensieren. Sie ist Produkt der herrschenden Form der Vergesellschaftung und ihrer Widersprüche. Aus diesem Grunde ist ihre Entstehung und Veränderung stets unter den Aspekten der sozialen Lage der Betroffenen im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß sowie der Interessenlage der herrschenden Kräfte der Gesellschaft ihnen gegenüber zu betrachten.

Solange Arbeitskraftbesitzer, egal ob individuell oder kollektiv, Leistungen für jene Teile ihrer Reproduktion aufbringen müssen, die weder über kommodifizierte noch über substituierende Reproduktionsarbeit abgedeckt werden, liegt eine bestimmte Form residualer Reproduktionsarbeit vor. Ausgangspunkt für die Bestimmung der Formen residualer Reproduktionsarbeit sind das Niveau des Arbeitseinkommens und das Niveau der staatlichen Leistungen. Sind die kommodifizierten (Lohn) und substituierenden Reproduktionsleistungen (Transfers) relativ hoch, braucht residuale Reproduktionsarbeit kaum bzw. nicht praktiziert zu werden. Sind die Leistungen relativ gering, kann residuale Reproduktionsarbeit aber nur in bestimmter Art realisiert werden.

Gemeinsames Merkmal für kollektive wie individuelle residuale

Reproduktionsarbeit ist: Es sind Eigenbeiträge in Form von Einkommens-, Vermögens- und Arbeitsleistungen zu erbringen. Der Umfang der Mittel, die durch kollektive residuale Reproduktionsarbeit²⁰ erbracht werden, bestimmt sich a) nach der Mitgliederzahl der Sicherungsgemeinschaft, b) nach der Höhe ihrer eingebrachten Eigenbeiträge in Form von Teilen des laufenden Einkommens, des Vermögens und von unentgeltlichen Arbeitsleistungen sowie c) nach der Struktur und Dynamik der abzuwehrenden »Risiken«. Die kollektiv aufgebrauchten Mittel ersetzen jedoch nicht notwendigerweise sämtliche im Sicherungsfalle entstehenden Kosten.

Schaubild 4



Dies hat zur Folge, daß die Mitglieder zusätzlich auf individuelle residuale Reproduktionsarbeit angewiesen sind, wenn sie nicht der Gefahr unterliegen wollen, sozial deklassiert zu werden. Kollektive und individuelle residuale Reproduktionsarbeit stehen also zueinander in bestimmter Relation: Wächst der Reproduktionsfonds der kollektiven (kRA), so verringert sich – ceteris paribus – die Notwendigkeit, zusätzliche individuelle residuale Reproduktionsarbeit (irRA) zu erbringen (siehe Schaubild 4).

Ich komme nun zur Frage nach den Bedingungen, die Struktur, Umfang und Entwicklung des Reproduktionssystems der Arbeitskraft insgesamt wie auch die seiner Teile zueinander beeinflussen. Es sind vor allem die ökonomische Situation, die politisch-administrative Verfaßtheit, die sozialen Kräfteverhältnisse sowie kulturelle und territoriale Besonderheiten, die eine bedeutende Rolle spielen und zur Herausbildung eines je spezifischen nationalen »institutionellen Designs« führen.²¹ Trotz der von Land zu Land bestehenden Unterschiede gibt es ein gemeinsames Merkmal: Die Entwicklung der jeweiligen nationalen Reproduktionssysteme verläuft nicht linear, sondern zyklisch. In stilisierender Sicht kann davon ausgegangen werden, daß die verschiedenen Formen der Reproduktionsarbeit sich zueinander nach einer Art Nullsummenspiel verhalten: Bedeutungsverluste einer Form gehen einher mit Bedeutungszuwächsen bei anderen Formen. Dieser Zusammenhang dürfte vor allem zutreffen für die Beziehung zwischen kommodifizierter und substituierender Reproduktionsarbeit auf der

20 Der kollektiven residuellen Reproduktionsarbeit lassen sich u.a. solche bedarfswirtschaftlichen Aktivitäten subsumieren wie die selbstorganisierte Bildung von Kinderbetreuungsgruppen, car-pools, Einkaufs- und Bestellgemeinschaften.

21 Vgl. hierzu etwa die Illustration bei Bauer (1987).

22 Vgl. stellvertretend für andere Meillassoux (1983: 128) über die »temporäre und rotierende Arbeitsmigration« zwischen dem hauswirtschaftlichen und dem erwerbswirtschaftlichen Sektor.

23 Zur Erläuterung: Ausdruck von Externalisierung ist die sogenannte Konsumarbeit. Joerges (1981) versteht hierunter die Übernahme von produktiven und distributiven Leistungen (z.B. Montage, Transport, Weiterverarbeitung), die als nötig erachtet werden oder gekoppelt sind an die Beschaffung und Nutzung notwendiger Güter, die aber von Marktorganisationen etwa aus Rentabilitätsgründen nicht (oder nicht mehr oder noch nicht oder zu teuer) erbracht werden. Der Begriff »Konsumarbeit« reflektiert, daß in zunehmendem Maße für viele Konsum weder vorwiegend Wiederherstellung der Arbeitskraft noch vorwiegend Freizeit ist, sondern Arbeit, die auf die Erhöhung oder Sicherung von Realeinkommen abzielt.

24 Die staatlichen Strategien zur Rückverlagerung von bezahlten, betrieblich verfaßten (insbesondere sozialpflegerischen) Tätigkeiten in unbezahlte Hausarbeit zeugen hiervon eben-

so wie die Strategien zur Mobilisierung von privater, unentgeltlicher Arbeit durch Propagierung und verstärkte Nutzung der Leistungspotentiale von Selbsthilfe und des sozialen Ehrenamtes.

25 Um die Entwicklung der verschiedenen Formen der Reproduktionsarbeit einzuschätzen, bieten sich grundsätzlich zwei Möglichkeiten an: Zum einen kann man die für sie verausgabte Zeit erfassen, zum anderen kann man versuchen, die von ihr produzierten Leistungen zu bewerten, d.h. in monetären Größen auszudrücken. Zur Bewertung bedient man sich zweier Methoden: a) der Opportunitätskostenmethode (hier wird der sonst erzielbare Lohn als Bewertungsgröße angesetzt) und b) der Marktpreismethode (bei dieser werden die Kosten der Arbeitsleistung auf dem Markt zugrunde gelegt).

26 Der Begriff umfaßt hier zwei Dimensionen: eine ökonomische (Arbeitsmarkt) und eine politische (Sozialstaat); er wird insofern weiter als bei Luhmann verwandt, der ihn nur auf die Ebene der Politik bezieht.

27 Es wird hier dem herrschenden Sprachgebrauch gefolgt, wonach in sozialistisch verfaßten Ökonomien der »Plan« als Koordinationsmechanismus dominiert. Treffender charakterisiert wären die hier in Rede stehenden Wirtschaftssysteme allerdings eher mit dem Terminus »Kommandowirtschaft«.

28 In den ehemaligen realsozialistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas spielte die Schattenwirtschaft zum Teil eine nicht nur beachtli-

einen Seite und residualer auf der anderen Seite. Empirische Untersuchungen bieten hierfür Anhaltspunkte. Sie legen die Vermutung nahe, daß zum Beispiel der informelle Sektor antizyklisch auf Veränderungen des formellen Sektors reagiert.²² Dies läßt sich damit begründen, daß der Bereich der residualen Reproduktionsarbeit in gewissem Sinne ein »Auffangbecken« ist, das sich für Externalisierungen der Ökonomie²³ ebenso eignet wie für die Entlastung sozialstaatlicher Sicherungssysteme.²⁴

Es stellt sich hier die Frage, wie die Zunahme von residualer Reproduktionsarbeit zu interpretieren ist: als Ausdruck einer ökonomisch-rationalen Ausweichstrategie oder als Ausdruck von Zwang. Ich tendiere, von bestimmten Personen oder Personenkategorien abgesehen, zu letzterem. Höchstwahrscheinlich ist der materielle Druck ausschlaggebend, dem die Arbeitskraftbesitzer ausgesetzt sind und der sich insbesondere in ökonomischen Krisen verschärft, weil Markt und Staat eine quantitativ und qualitativ befriedigende Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen zur Reproduktionssicherung nicht oder nicht mehr gewährleisten.

Welche Folgerungen lassen sich vor dem Hintergrund des bisher Gesagten für die Untersuchung der Transformationsgesellschaften ziehen? Ich unterstelle einmal, die Schwierigkeiten zur Umsetzung des Konzeptes sind bewältigbar, entsprechende Daten stehen zur Verfügung oder können zumindest erhoben werden.²⁵ Die Bedeutung des Konzeptes bestünde dann zunächst darin, daß es einen dreifachen Vergleich erlauben würde, der für die Einschätzung der gegenwärtigen Situation und die Erarbeitung von Szenarien der möglichen Entwicklungen eine wichtige Grundlage bietet. Möglich wird erstens ein historischer Vergleich, zweitens ein Vergleich der Transformationsgesellschaften mit jenen entwickelten kapitalistischen Ökonomien, die ihnen als Modell dienen, und drittens ein Vergleich mit Ländern der Dritten Welt.

Der Einschluß potentiell aller Gesellschaftsmitglieder in den Arbeitsmarkt und die sozialstaatlichen Sicherungssysteme läßt sich im Anschluß an Luhmann (1981) als »Inklusion« bezeichnen.²⁶ Akzeptiert man die Prämisse, daß Inklusion das Charakteristikum moderner Sozialstaaten darstellt, so hat man ein Kriterium, mit dem geprüft werden kann, welche Länder zu Recht für sich in Anspruch nehmen können, dem Inklusionsprinzip zu folgen, also Sozialstaat zu sein. Auch bezogen auf diesen Punkt ist das Konzept von Nutzen, weil mit seiner Hilfe das Mischungsverhältnis der verschiedenen Reproduktionsarbeiten ins Zentrum der Analyse gerät. Auf diese Weise werden nicht nur die sozialstaatlich inkludierten, sondern auch die Exkludierten und die damit verbundenen cleavages systematisch erfaßt.

Mit dem Wechsel von der Plan- zur Marktwirtschaft²⁷ unterliegt in den Transformationsgesellschaften nun auch die Erwerbsarbeit marktwirtschaftlichen Prinzipien. Wie allgemein bekannt, funktioniert dort der Arbeitsmarkt allerdings noch nicht als flächendeckender Allokationsmechanismus. Anders als im Westen kann dieses Defizit auch nicht durch sozialstaatliche Politik kompensiert werden, weil ein Rückgriff auf entsprechende Sicherungssysteme

mit etablierten Routinen und Praktiken noch nicht möglich ist. Für die politischen Akteure besteht folglich das äußerst schwierige Problem, den Abbau von Arbeitslosigkeit und den Aufbau der hierfür erforderlichen Institutionen gleichzeitig bewältigen zu müssen. Angesichts dieser Konstellation stellt sich unweigerlich die Frage, welche Bedeutung der residualen Reproduktionsarbeit in den Transformationsgesellschaften für die Reproduktionssicherung zukommt.²⁸ Ich vermute, daß einerseits den Betroffenen der Rückgriff auf Selbstversorgungsstrategien nicht in dem Maße versagt ist, wie es für den Westen wegen des Verlustes an kulturellen und motivationalen Grundlagen konstatiert wird. Andererseits besteht aber auch Anlaß zu der Vermutung, daß mit der Etablierung der Warenökonomie die Bedeutung von Hilfe durch Verwandtschafts-, Gemeinschafts-, Allianz- und Freundschaftsbeziehungen zurückgeht.²⁹ Ein Vergleich von Struktur und Entwicklung der reproduktionssichernden Aktivitäten in den Transformationsgesellschaften mit denen in den Ländern der Dritten Welt könnte uns speziell hierüber genauere Auskünfte liefern.

Literatur

- Bauer (1987) – Rudolph Bauer: Intermediäre Hilfesysteme personenbezogener Dienstleistungen in zehn Ländern. Eine Einführung, in: ders./Thranhardt, A.-M. (Hrsg.), *Verbandliche Wohlfahrtspflege im internationalen Vergleich*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 9-30.
- Bauer (1990) – Rudolph Bauer: Emanzipation oder Stabilisierung von Herrschaft? Das intermediäre Hilfe- und Dienstleistungssystem, in: Trojan, A./Hildebrandt, H. (Hrsg.), *Brücken zwischen Bürgern und Behörden. Innovative Strukturen für Gesundheitsförderung*, Sankt Augustin: Asgard, S. 41-53.
- Beer (1984a) – Ursula Beer: *Theorien geschlechtlicher Arbeitsteilung*, Frankfurt/New York: Campus.
- Berger/Offe (1982) – Johannes Berger/Claus Offe: Die Zukunft des Arbeitsmarktes. Zur Ergänzungsbedürftigkeit eines versagenden Allokationsprinzips, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, H 24, S. 348-371.
- Elwert (1980) – Georg Elwert: Überleben in Krisen, kapitalistische Entwicklung und traditionelle Solidarität. Zur Ökonomie und Sozialstruktur eines westafrikanischen Bauerndorfes, in: *Zeitschrift für Soziologie*, H. 4, S. 343-365.
- Elwert et al. (1983) – Georg Elwert/Hans-Dieter Evers/Werner Wilkens: Die Suche nach Sicherheit: Kombinierte Produktionsformen im sogenannten Informellen Sektor, in: *Zeitschrift für Soziologie*, H. 4, S. 281-296.
- Evers (1990) – Adalbert Evers: Im intermediären Bereich – Soziale Träger und Projekte zwischen Haushalt, Staat und Markt, in: *Journal für Sozialforschung*, H. 2, S. 189-210.
- Franz (1987) – Hans-Jürgen Franz: Selbsthilfe zwischen sozialer Bewegung und spezifischer Organisationsform sozialpolitischer Leistungserbringung, in: Kaufmann, F.-X. (Hrsg.), *Staat, intermediäre Instanzen und Selbsthilfe. Bedingungsanalysen sozialpolitischer Intervention*, München: Oldenbourg, S. 307-342.
- Glatzer (1986) – Wolfgang Glatzer: Haushaltsproduktion, wirtschaftliche Stagnation und sozialer Wandel, in: ders./Berger-Schmidt, R. (Hrsg.), *Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe. Die alltäglichen Leistungen der Haushalte und Familien*, Frankfurt/New York: Campus, S. 9-50.
- Gretschmann/Mettelsiefen (1984) – Klaus Gretschmann/Bernd Mettelsiefen: Die Schattenwirtschaftsdebatte – eine Retrospektive, in: Gretschmann, K. et al. (Hrsg.), *Schattenwirtschaft. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Aspekte, internationale Erfahrungen*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 11-42.
- Gross (1988) – Peter Gross: Zur gesellschaftlichen Bedeutung und Bewertung der Schattenwirtschaft, in: ders./Friedrich, P. (Hrsg.), *Positive Wirkungen der Schattenwirtschaft?*, Baden-Baden: Nomos, S. 9-49.
- Huber (1983) – Joseph Huber: *Konzepte der Dualwirtschaft – eine begriffliche Anstrengung*, Berlin (BRD): WZB IIM/LMP 83-28.
- Jacobi/Nieß (1980) – Carola Jacobi/Thomaß Nieß: Hausfrauen, Bauern, Marginalisierte: Überlebensproduktion in »Dritter« und »Erster« Welt, Saarbrücken/Fort Lauderdale: Breitenbach.
- Joerges (1981) – Bernward Joerges: Berufsarbeit, Konsumarbeit, Freizeit. Zur Sozial- und Umweltverträglichkeit einiger struktureller Veränderungen in Produktion und Konsum, in: *Soziale Welt*, H. 2, S. 168-195.
- Kaufmann (1994) – Franz-Xaver Kaufmann: Staat und Wohlfahrtsproduktion, in: Derlien, H.-U. et al. (Hrsg.), *Systemrationalität und Partialinteresse. Festschrift für Renate Mayntz*, Baden-Baden: Nomos, S. 357-380.

che, sondern sogar unentbehrliche Rolle. Für die Sowjetunion bspw. wurde allein der Anteil der Untergrundwirtschaft (legale und illegale versteckte erwerbswirtschaftliche Aktivitäten privater Haushalte und Unternehmen) auf 40 Prozent am Bruttosozialprodukt geschätzt. Gross (1988: 38) erklärt diesen Sachverhalt wie folgt: »Es ist ein altes volkswirtschaftliches Gesetz, daß Planwirtschaft die Schattenwirtschaft zur Folge hat.« Vor dem Hintergrund dieser Interpretation, vorausgesetzt, sie trifft zu, müßte es eigentlich infolge des Wechsels von der Plan- zur Marktwirtschaft zu einem Rückgang der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten kommen.

29 Hinweise hierfür liefern zumindest wirtschaftsethnologische Untersuchungen; vgl. hierzu etwa Elwert (1980: 355).

- Krüsselberg (1977) – Hans-Günter Krüsselberg: Die vermögensrechtliche Dimension in der Theorie der Sozialpolitik. Ein Kooperationsfeld für Soziologie und Ökonomie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, SH 19, S. 232-259.
- Luhmann (1981) – Niklas Luhmann: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München: Olzog
- Marx (1977) – Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, 1. Band, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, 12. Aufl., Berlin (DDR): Dietz.
- Matzner (1979) – Egon Matzner: Zur Entwicklung des autonomen Sektors, Berlin (BRD): WZB IIM/dp 79-89.
- Maydell/Hohnerlein (1993) – Bernd von Maydell/Eva-Maria Hohnerlein (Hrsg.): Die Umgestaltung der Systeme sozialer Sicherheit in den Staaten Mittel- und Osteuropas. Fragen und Lösungsansätze. Colloquium des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Sozialrecht, München, in Tutzing vom 9. bis 12. Februar 1993, Berlin: Duncker & Humblot
- Meillassoux (1983) – Claude Meillassoux: »Die wilden Früchte der Frau«. Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Offe (1994) – Claus Offe: Wohlfahrtsstaatliche Politik in nachkommunistischen Gesellschaften. Ausgangsbedingungen, Akteure und Agenda der Reform, in: ders.: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Frankfurt/ New York: Campus, S. 95-134.
- Ostner (1978) – Ilona Ostner: Beruf und Hausarbeit. Die Arbeit der Frau in unserer Gesellschaft, Frankfurt/New York: Campus.
- Ostner (1984) – Ilona Ostner: Haushaltsproduktion heute, Implikationen eines Konzepts und seine Realisierung, in: Fürstenberg, F. et al. (Hrsg.), Selbsthilfe als ordnungspolitische Aufgabe, Baden-Baden: Nomos, S. 143-177.
- Polanyi (1978) – Karl Polanyi: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Rein/Rainwater (1985) – Martin Rein/Lee Rainwater: Die Interdependenz öffentlicher und privater Systeme der sozialen Sicherung, in: Naschold, F. (Hrsg.): Arbeit und Politik. Gesellschaftliche Regulierung der Arbeit und der sozialen Sicherung, Frankfurt/New York: Campus, S. 405-432.
- Schulz-Nieswandt (1994) – Frank Schulz-Nieswandt: Transformation, Modernisierung und Untereentwicklung. Zur Grundlegung einer Problemsichtweise, Weiden/Regensburg: eurotrans-Verlag.
- Zimmer/Scholz (1992) – Annette Zimmer/Martina Scholz: Ökonomische und politologische Theorieansätze. Der Dritte Sektor zwischen Markt und Staat, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, H. 4, S. 21-39.

ROSSIZA CHOBANOWA

Die Neustrukturierung der bulgarischen Wirtschaft im Kontext der künftigen europäischen Integration

Eine der Hauptfragen der bulgarischen Entwicklung ist eine Neustrukturierung der Wirtschaft in dem Sinne, daß auf der Basis der Modernisierung und der damit verbundenen Erreichung wettbewerbsfähiger technologischer und wirtschaftlicher Effektivität die Einbindung in die westeuropäische Wirtschaftsunion möglich wird. Aber die Transformation hat ohne theoretisches Konzept und ohne wirkliche Wirtschaftsstrategie begonnen. Als 1993 der westeuropäische Markt Gestalt annahm, war die Isolation Osteuropas, das kulturell und geographisch einen Teil Europas darstellt, tiefer als zuvor. Die westlichen Gesellschaften befinden sich aber auch in einer Transition. Und weder der Osten noch der Westen verfügt über ein Konzept für eine gemeinsame Zukunft. Darum muß man wohl pragmatisch an das Problem der Neustrukturierung der bulgarischen Wirtschaft herangehen.

Zunächst kommt es darauf an, daß man sich ein breiteres Verständnis davon, was Neustrukturierung der Wirtschaft im Kontext der sozialen Veränderungen eigentlich bedeutet, zu eigen macht. Zwei Hauptgruppen von Problemen müssen in den Ländern Ost- und Mitteleuropas gleichzeitig gelöst werden. Die eine besteht in den globalen Herausforderungen: Ökonomie und Gesellschaft müssen darauf vorbereitet werden, sich diesen technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen stellen zu können. Die zweite ist eng mit der ersten verbunden und hat den Prozeß der Assoziierung mit der Europäischen Union zum Inhalt. Die Einleitung dieses Assoziierungsprozesses sollte verstanden werden sowohl als Prozeß der Vereinheitlichung der mittel- und osteuropäischen Gesellschaftsstrukturen als auch als gemeinsamer Weg aller hin zur Informationsgesellschaft.¹ Die Transition muß daher unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, inwieweit sie neue technologische Möglichkeiten zu erschließen in der Lage ist.

Erstens: Die Veränderungen der technologischen Leistungsfähigkeit der bulgarischen Ökonomie in der Transformation

Die Veränderungen der technologischen Leistungsfähigkeit werden untersucht als Veränderungen der materiellen Vermögenswerte – nach Branchen und Altersstruktur – und als Trends in der Entwicklung der menschlichen Arbeitskraft. Die materiellen Vermögenswerte sind in Bulgarien wie folgt verteilt: 58,8 Prozent befinden sich in der Industrie, 17,7 Prozent im Transportwesen, 11,9 Prozent in der Landwirtschaft, 4,6 Prozent im Handel und 4,3 Prozent im

Rossiza Chobanowa – Dr. phil, Mitarbeiterin am Institut für Wirtschaft der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften.

Dieser Beitrag wurde auf der Konferenz »Wohin geht Europa im Osten«, die vom 3. - 5. Mai 1996 in Montreuil stattfand, gehalten. Siehe dazu auch UTOPIE kreativ Heft 68 (Juni) und Heft 71 (September) 1996.

1 Vgl. ECISPO-Report, Introduction to the Information Society: The European Way (1995); Martin Bergmann: Europe and the Global Information Society – Recommendation to the European Council (1994); Th. Kirat: Restructurations du secteur public et de la privatisation dans les PED: quels enjeux pour la coordination économique et la maîtrise de la technologie?, Colloque de l'IEDES: Restructurations du secteur public dans les PED, IIAP, Paris, 26-27 avril, 1990; P. Hanson and K. Pavitt: The Comparative Economics and Research, Development and Innovation in East and West, Harwood 1987.

Bauwesen. In den Jahren seit 1990 ist eine leichte Tendenz des Wachstums des Anteils von Handel und Bauwesen zu erkennen. Insgesamt dominiert jedoch klar die Industrie, und in ihr liegt eigentlich auch das größte Potential für technologische Entwicklung und Erneuerung. Die dominierende Rolle der Industrie ist das Resultat einer bis 1990 andauernden Politik der Industrialisierung und der Förderung moderner Technologien, zu der ein Regierungsprogramm der komplexen Automatisierung in der Industrie, Programme für die Entwicklung der Mikroelektronik und andere gehört hatten.

Die Altersstruktur der materiellen Vermögenswerte ist durch eine Dreiteilung gekennzeichnet: Etwa ein Drittel von ihnen ist zwischen fünf und zehn Jahre alt, ein weiteres zwischen zehn und zwanzig, und ein knappes Drittel ist älter als zwanzig Jahre. Nur ein kleiner Anteil ist jünger als fünf Jahre. Der physische Verschleiß hängt mit einem sinkenden Innovationskoeffizienten zusammen. 1990 betrug dieser Koeffizient durchschnittlich 5,12 Prozent und überstieg in keiner Branche 9,5 Prozent. Im Zeitraum von 1980 bis 1990 gab es einen höheren Innovationskoeffizienten in den Industriezweigen Maschinenbau, elektrische und elektronische Industrie, Nichteisenmetallurgie, Textilindustrie und Nahrungsmittelindustrie. Da aber der Nutzungsgrad der Maschinen und Anlagen auch in diesen relativ modernen Industriezweigen in den letzten Jahren gering gewesen ist, haben wir es mit einem relativ geringen physischen Verschleiß und gleichzeitig einer nur langsamen Amortisation zu tun.

Stark jedoch ist der moralische Verschleiß. Viele Maschinen und Anlagen sind zwar physisch nicht verschlissen, waren aber bereits bei ihrer Einführung in die Produktion in den achtziger Jahren moralisch gealtert. Damals war das den Beschränkungen des COCOM-Systems und den geschlossenen Strukturen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) geschuldet. Aber seit 1990 gibt es weder COCOM noch COMECON, und dennoch gibt nur wenige Investitionen insgesamt und insbesondere nur wenige Investitionen des Auslands. Damit wächst der Anteil moralisch und physisch alter Produktionsmittel rasch an. Die Kredite, die die Weltbank und der Internationale Währungsfonds bisher Bulgarien zur Verfügung gestellt haben, sind nicht zur technologischen Erneuerung genutzt worden².

Die Entwertung der materiellen Vermögenswerte ist das Resultat einer Politik, die sich nicht an den tatsächlichen Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung orientiert. Die neuen Normative verpflichten die Unternehmen nicht zu innovativen Investitionen.

Werfen wir einen Blick auf die Struktur der materiellen Vermögenswerte. Insgesamt gesehen machen die Gebäude und Einrichtungen rund 62 Prozent dieser Werte aus, die Maschinen und Ausrüstungen rund 38 Prozent. Für die einzelnen Branchen stellt sich dieses Bild wie folgt dar: in der Industrie 45,2 Prozent zu 54,8 Prozent; in der Bauwirtschaft 20 Prozent zu 80 Prozent; in der Landwirtschaft 62,4 Prozent zu 28,6 Prozent; im Transportwesen 60,3 Prozent zu 39,7 Prozent; im Verkehrswesen 54,1 Prozent zu 45,9 Prozent; im Handel 70,3 Prozent zu 29,7 Prozent. Daraus läßt

2 Einer sehr optimistischen Einschätzung zufolge sind lediglich 5-6 Prozent der Devisenkäufe auf dem internationalen Währungsmarkt zum Kauf von Maschinen und Ausrüstungen verwendet worden. Aber diese Maschinen sind, wie Nachforschungen ergaben, alles andere als modern.

sich deutlich erkennen, das es notwendig ist, die Organisation der Produktion zu effektivieren und die Gebäude und Einrichtungen weitaus effektiver zu nutzen.

Zusammengefaßt ist zu folgern, daß die Politik die Innovation und Effektivierung zur Bedingung jedweder Privatisierung und Restrukturierung der staatlichen Betriebe machen müßte.

Was die menschliche Arbeitskraft als Element der Technologieentwicklung betrifft, so besitzt Bulgarien ein gutes Potential an hochgebildeten Arbeitskräften. 1992 verfügten 10,2 Prozent aller Bulgaren über einen Hoch- oder Fachschulabschluß und 31,1 Prozent über einen Oberschulabschluß. Allerdings: Es gibt eine wachsende Diskrepanz zwischen dem Bildungs- und Berufsausbildungsstand und der Nachfrage nach Personal, das in der Lage ist, sich in einem rasch sich verändernden wirtschaftlichen und sozialen Umfeld zu behaupten. Die Reform im Bildungssystem ist nicht mit den wirtschaftlichen Reformen koordiniert, das Umschulungssystem ist begrenzt und uneffektiv. Die Transition bringt eine große Zahl hochgebildeter Arbeitsloser hervor. 20 Prozent der Arbeitslosen haben einen Universitätsabschluß. In absoluten Zahlen heißt das: 121.000 Hochschulabsolventen sind arbeitslos. 26,8 Prozent der Arbeitslosen haben eine Berufsausbildung, 20,3 Prozent sind hochqualifizierte Spezialisten, 51,1 Prozent haben keine Berufsausbildung. Zwei Drittel der Bulgaren leben gegenwärtig unterhalb der Armutsgrenze.

Die alles hat zur Folge, daß die hochqualifizierten Menschen es vorziehen auszuwandern. Mehr als 500.000 Menschen haben Bulgarien in den letzten Jahren verlassen – davon 80 Prozent im arbeitsfähigen Alter, zumeist hochgebildet und mit hohem beruflichen Spezialwissen. Für die im Lande bleibende Bevölkerung gibt es nur die Möglichkeit, in niedrigerer Qualifikation zu arbeiten³ oder das Unternehmen zu wechseln.

Der niedrige Preis der Arbeitskraft und die hohe Arbeitslosigkeit könnten Faktoren sein, die Investoren anziehen. Aber das ist nicht der Fall. Man muß klar erkennen: Die Transformation hat in Bulgarien bisher keine positive Wirkung für die Entwicklung der technologischen Leistungskraft gehabt. Sie hat im Gegenteil einen außerordentlich negativen Effekt für die Entwicklung des Potentials an menschlicher Arbeitskraft.

Was für Entwicklungen zur Gegensteuerung sind denkbar? Die Bulgarische Akademie der Wissenschaften hat in 50 Unternehmen – 25 bulgarischen und 25 in Bulgarien tätigen ausländischen – eine Umfrage zur Bewertung des Arbeitskräftepotentials durchgeführt. Dabei gab es folgende Ergebnisse: Als am besten ausgeprägten Faktor für die Einführung neuer Technologien bezeichneten die Unternehmen übereinstimmend das Qualifikationsniveau der Bulgaren. Für weniger gut ausgeprägt hielten sie die Faktoren »technischer Ausrüstungsstand der Unternehmen« und »Logistik«. Als schlecht bewerteten sie die Faktoren »Infrastruktur« und »Unternehmensloyalität«. Die ausländischen Unternehmen bewerteten außerdem als schlecht die Faktoren »Qualitätskontrolle« und »Management«.

3 Bulgarien ist bekannt für seine qualifizierten Programmierspezialisten. Da aber 70 Prozent der elektronischen Industrie vernichtet worden sind, ist der größte Teil von ihnen ohne Arbeit. Eine Form des hilflosen Protestes war, daß ein Teil dieser Spezialisten Computerviren entwickelt hat. Einer Studie des Wiener Instituts für vergleichende Studien aus dem Jahre 1992 zufolge sind 120 der 230 gefährlichsten Computerviren von bulgarischen Spezialisten entwickelt worden. Jetzt allerdings ist der Anteil der Bulgaren an diesem nicht sehr populären Geschäft nur noch unbedeutend. Die hochqualifizierten Programmierer sind auch auf diesem Gebiet in den Dienst der führenden Unternehmen getreten.

Zweitens: Der Wirkung des Westens für die Modernisierung der bulgarischen Wirtschaft

Das erste wichtige Instrument der westlichen Einflußnahme ist das PHARE-Programm. Dessen Umfang beträgt 1996 für Bulgarien 62.000.000 ECU. Dieses Programm jedoch als bedeutsam für die technologische Innovation zu bewerten, wäre eine starke Übertreibung. Nur 15 Prozent der bisher im PHARE-Programm an Bulgarien gegangenen Gelder sind tatsächlich an bulgarische Unternehmen gegangen – 85 Prozent hingegen an ausländische Investoren. Aus der Tschechischen Republik ist bekannt, daß dort das Verhältnis 30 Prozent für die tschechischen und 70 Prozent für die ausländischen Unternehmen beträgt. Die Regeln des Programms schreiben aber eigentlich ein Verhältnis von 50 zu 50 vor!

Ein ähnlich ungutes Verhältnis ist bei der direkten finanziellen Hilfe für die Länder Mittel- und Osteuropas zu registrieren. Einer Studie des UN-Wirtschaftsausschusses für Europa zufolge geht nur ein geringer Teil der bisher gewährten 24 Milliarden US-Dollar als Direktkredite an diese Länder. Der größere Teil geht als normaler Kredit oder in Form von Beratungsgeldern an die großen Banken und Unternehmen des Westens. In der gleichen Studie ist auch nachzulesen, daß die Länder Ost- und Mitteleuropas trotz ihrer nachdrücklichen Bitte, nicht so sehr in Hilfsprogrammen berücksichtigt, sondern vielmehr fair am internationalen Handel mit dem Westen beteiligt zu werden, auf denjenigen Sektoren, auf denen sie wettbewerbsfähig sind, von diesem Handel ausgeschlossen bleiben.⁴ In jedem Falle sollten zumindest die dem Land gewährten Hilfen zielgerichtet für die technologische Innovation eingesetzt werden.⁵

Daraus folgt nichts anderes, als daß die Prioritäten im Ost-West-Verhältnis geändert und die Mechanismen seiner Regulierung verbessert werden müssen. So benötigt die Reform in Bulgarien vor allem Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur. Das PHARE-Programm sieht aber lediglich 25 Prozent seiner Mittel für die Infrastruktur vor. Mindestens 50 Prozent der PHARE-Mittel müßten in die Infrastrukturreform fließen, wenn überhaupt ein Effekt in der Infrastruktur erzielt werden soll.

Welche Rolle spielen ausländische Maschinen und Ausrüstungen für die Modernisierung der bulgarischen Wirtschaft? Im Jahre 1989 hatten ausländische Maschinen und Ausrüstungen an den entsprechenden Investitionen insgesamt einen Anteil von 29,4 Prozent, im Jahre 1990 von 29,1 Prozent, dann 1991 von 36,8 Prozent, 1992 von 22,9 Prozent und 1993 von 41 Prozent. Dabei sind die Importe 1989 und 1990 noch solche aus der Sowjetunion und den RGW-Ländern gewesen. Seit 1991 stammen die Importe aus Deutschland, Italien, Japan, den USA, der Schweiz, Spanien und Ungarn.⁶ Der Anteil der EU-Länder am bulgarischen Gesamtimport ist von 21 Prozent im Jahre 1991 auf 34 Prozent 1994 und 44 Prozent 1995 gestiegen. Größter Exporteur nach Bulgarien war und ist Deutschland. Aber der Anteil der Maschinenbau-, elektrotechnischen und elektronischen Industrie am bulgarischen Gesamtimport ist gering – was zeigt, wie wenig die technologische Innovation bei diesen Importen eine Rolle spielt. Im Zeitraum von 1991 bis 1994

4 International Herald Tribune, 19.4.1994.

5 The Economist, 7.5.1994.

6 Rossiza Chobanova, Technologische Veränderungen in Bulgarien; Studie des Nationalen Fonds für wissenschaftliche Forschungen No. 430/1994.

machte der Maschinenbau nur 15 Prozent aller bulgarischen Importe aus, und Elektrotechnik und Elektronik weisen zwar eine steigende Tendenz aus, ihr Anteil ist aber dennoch unzulänglich: 1991 betrug er 2,9 Prozent, 1994 9,2 Prozent.

Die zweite Strecke des ausländischen Einflusses geschieht über ausländische Direktinvestitionen. Von Anfang 1990 bis zum 31. März 1996 betrug die Summe dieser Mittel 578 Mio. US-Dollar. Im ersten Quartal 1996 wurde eine Summe von 59,9 Mio. US-Dollar erreicht – das ist zweimal mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres und die größte Steigerung seit dem Beginn der Transition.⁷ Die ausländischen Direktinvestitionen gehen zum Teil in die Produktion, zum Teil in den Finanzsektor. Es kann angenommen werden, daß im der Produktion zugeleiteten Teil der Direktinvestitionen auch Mittel für technologische Innovation stecken, denn diese Mittel kommen von Firmen, die auf dem bulgarischen Markt starke Positionen erobert haben (z.B. »Clarina Holding«, »Delta«, »Zaramil«). Die ausländischen Direktinvestitionen im Finanzsektor nehmen deutlich zu. Neuerdings beteiligt sich auch Rußland an solchen Investitionen (z.B. über die Bank für Außenwirtschaft, aber auch über das Finanzhaus »Cora«).

Kein Zweifel: Die ausländischen Direktinvestitionen stellen eigentlich den besten Kanal für eine westliche Beteiligung an der technologischen Innovation Bulgariens dar. Bei genauerer Betrachtung wird aber deutlich, daß dieser Kanal westlicherseits so gut wie nicht genutzt wird. Es gibt heute praktisch keinen Export von Spitzentechnologien nach Bulgarien. Und bei weitem nicht alle nach Bulgarien gelieferten Maschinen und Anlagen sind neu oder enthalten Elemente neuer Technologien. Ein Beispiel: Einer der größten Investoren – der Pkw-Hersteller Rover – verläßt das Land wieder. Rover wollte die technologische Linie zur Herstellung seines alten Modells »Maestro« aus dem Jahre 1982 nach Bulgarien transferieren. Weil das Modell zu alt und der Preis zu hoch ist, ist der bulgarische Partner Daru Car abgesprungen. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hat sich geweigert, das Rover-Projekt in Bulgarien zu unterstützen. Nun hat die bulgarische Regierung erklärt, daß sie das Projekt unterstützen wird, wenn Rover wirklich eine High-Tech-Linie in Bulgarien zu errichten bereit ist.

Ein hemmender Faktor für ausländische Direktinvestitionen war bisher auch der Krieg in Bosnien-Herzegowina, der Bulgarien in eine unsichere Situation brachte. Nun ist der Krieg vorbei, und die bulgarische Regierung rechnet damit, daß bei konsequenter Privatisierungspolitik bis zum Jahresende die Gesamtsumme ausländischer Direktinvestitionen 1 Mrd. Dollar erreichen könnte (geplante Privatisierungen betreffen zum Beispiel die bulgarische Telekommunikation). Andere Prognosen sehen das Erreichen der 2-Mrd.-Marke im Jahre 2000 voraus.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Wirkung des Westens für eine technologische Erneuerung Bulgariens gering ist. Die technologische Leistungsfähigkeit Bulgariens ist in der bisherigen Transition nicht gewachsen, sondern gesunken. Die Träume von der raschen Modernisierung des Landes sind unerfüllt

7 Bulgarisches Ministerium für Wirtschaftsentwicklung, April 1996.

geblieben. Das durchaus vorhandene Potential für technologische Erneuerung ist ungenutzt geblieben. Nach sechs Jahren der Transformation zeigt sich nur allzu deutlich: Es braucht ein Konzept der Langzeitkooperation zwischen West- und Osteuropa, basierend auf als gemeinsam erkannten Langzeitinteressen, um zu einer Modernisierung Osteuropas zu gelangen. Das Langzeitinteresse Bulgariens besteht darin, modernste Technologien zu importieren, um dem Abwandern seiner hochqualifizierten Bevölkerung entgegenwirken und den Markt im Osten, auf dem Bulgarien über vielfältige Erfahrungen verfügt, wiedergewinnen zu können. Bulgarien liegt günstig zwischen West und Ost. Seine hochqualifizierte Bevölkerung, seine technologischen Möglichkeiten und der entschiedene Privatisierungsprozeß bilden beste Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit dem Westen.

ÜBERSETZUNG AUS DEM ENGLISCHEN VON WOLFRAM ADOLPHI

KATJA WLADIMIROWA

Die Frauen Bulgariens unter den neuen sozio-ökonomischen Verhältnissen

Im Verlauf des zu Ende gehenden Jahrhunderts hat die Lage der Frauen in Bulgarien radikale Veränderungen durchlaufen. Setzt man Kriterien wie die politische Situation und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, das Niveau der Bildung und der beruflichen Qualifizierung der Frauen, weiter die demographische Entwicklung wie schließlich auch die Gesamtheit der Werte- und Moralvorstellungen in der Familie, so lassen sich im großen und ganzen drei deutlich von einander unterschiedene Phasen ausmachen: die erste Phase vom Beginn des Jahrhunderts bis zum Ende der vierziger Jahre; die zweite vom Ende der vierziger Jahre bis 1989; die dritte seit 1989.

In der ersten Phase – also in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, die bis zum Beginn der Periode des Sozialismus reichte – war die Lage der Frauen durch folgende Charakteristika geprägt: eine relativ hohe Fruchtbarkeit; eine beträchtliche Beschäftigungsrate bei Arbeiten in den kleinen Landwirtschaftsbetrieben (eine Beschäftigung, die meist Teilzeitarbeit und zudem schlecht bezahlt war); ein in den meisten Fällen niedriger Qualifikationsgrad; fast keinerlei Teilnahme an irgendwelchen Leitungs- und Führungsprozessen, auf welcher Ebene auch immer; eine starke ökonomische Abhängigkeit vom Ehemann oder von den Eltern; eine sehr hohe Verantwortlichkeit für die Erziehung der Kinder und die Haushaltspflichten. In der Zeit von 1934 bis 1946 hatten – zum Beispiel – nur 2,5 bzw. 4,3 Prozent aller Frauen im Alter von mehr als fünfzehn Jahren mehr als die Grundschulbildung, aber 43 bzw. 32 Prozent aller Frauen waren Analphabeten.

Während der Jahre des Sozialismus (1946-1989) wandelte sich diese Situation grundlegend. Dies gründete sich wesentlich auf die in sehr intensiver Weise durchgeführte Industrialisierung und die Schaffung anderer nicht-landwirtschaftlicher Sektoren der Wirtschaft, in deren Verlauf viele neue Arbeitsplätze entstanden, die auch den Frauen zugänglich gemacht wurden. Die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze überstieg – vor allem in den siebziger Jahren – die Zahl der aktiv im Arbeitsprozeß Stehenden deutlich. Mit der Verfassung des Landes und dem Arbeitsgesetzbuch wurde den Frauen das Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf Teilnahme an den Wahlen und auf Teilnahme an den Führungsprozessen der Gesellschaft garantiert. So wurden diese letzten Jahrzehnte zu Jahrzehnten einer sehr aktiven Teilnahme der Frauen am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes.

Katja Wladimirowa –
Dr., Generalsekretärin des
Ministeriums für Arbeit und
soziale Angelegenheiten der
Republik Bulgarien;
Dozentin am Sofioter Institut
für Nationalökonomie und
Weltwirtschaft.

Dieser Beitrag wurde auf
der Konferenz »Wohin geht
Europa im Osten«, die vom
3. - 5. Mai 1996 in Montreuil
stattfand, gehalten. Siehe
dazu auch UTOPIE kreativ
Heft 68 (Juni) und Heft 71
(September) 1996.

Die soziale Lage der bulgarischen Frauen bis 1989 war charakterisiert durch Arbeitsplatzgarantie, Einkommenssicherheit, soziale Sicherheit, ein höheres Bildungsniveau, einen breiten Zugang zu Bildung und Berufsausbildung, einen beträchtlichen Anteil an der Verantwortung für die Familie und die Erziehung der Kinder sowie durch relativ niedrige Löhne, aus denen ein ökonomischer Zwang zur Erwerbsbeschäftigung erwuchs. Die Teilnahme der Frauen an der Leitung der Gesellschaft war relativ hoch und wurde durch Frauenquoten, die noch einmal für die verschiedenen sozialen Gruppen der Frauen untergliedert waren, gesichert. Diese Quotensetzung galt bis 1991. In den siebziger Jahren führte sie zu einem Anteil der Frauen an den Parlamentssitzen von 17 Prozent und an den Sitzen in den Städte- und Gemeindevertretungen von 26 Prozent. In den achtziger Jahren wuchsen diese Anteile auf 18 bzw. 33 Prozent. Die Frauen verknüpften ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Aktivität sowohl mit ihrer natürlichen Bestimmung des Kinderkriegens als auch mit der Tradition der Übernahme des größten Teils der familiären Verpflichtungen, der Hausarbeit und der Anstrengungen für die Erziehung der Kinder. Die Zahl der Geburten ging fast proportional zum Anwachsen der nicht-landwirtschaftlichen Beschäftigung, des Bildungsniveaus und der beruflichen Qualifikation zurück.

Das Beschäftigungsniveau der Frauen wuchs von 1946 bis 1989 beträchtlich. Im Jahre 1985 erreichte die Erwerbsbeschäftigung der Frauen ihren Höhepunkt: 49,5 Prozent der gesamten weiblichen Bevölkerung waren berufstätig, 55,3 Prozent der männlichen. Bei den Frauen im aktivsten Alter – zwischen 25 und 49 – überstieg der Anteil der Erwerbstätigen 95 Prozent. (Bei den Frauen zwischen 30 und 39 betrug der Anteil 96,7 Prozent – bei den Männern der gleichen Altersgruppe 98,2 Prozent.) Zwei Drittel der berufstätigen Frauen entfielen auf die Altersgruppe zwischen 25 und 49, hatten also meist gleichzeitig einen Haushalt mit Kindern zu versorgen. Das dritte Drittel entfiel fast vollständig auf die Altersgruppe zwischen 16 und 25. Jenseits der 50 Jahre arbeiteten nur wenige Frauen.

Die bulgarischen Frauen haben ihr traditionelles Wertesystem, das der Sorge für die Familie und die Kinder im Verhältnis zur Bedeutung des Arbeitsplatzes einen herausragenden Platz einräumt, immer aufrechterhalten. Ihre bis 1990 hohe ökonomische Aktivität zeugt davon, daß viele von ihnen wahrscheinlich aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen waren zu arbeiten, denn es war unmöglich, eine Familie vom Einkommen nur eines Ehepartners zu ernähren – trotz des entwickelten Systems von geburten- und familienfördernden finanziellen Beihilfen. Die Bevölkerungspolitik schloß einen bezahlten und nichtbezahlten Schwangerschaftsurlaub ein, der bis zu drei Jahren dauern konnte; ferner die Sicherung des Arbeitsplatzes der Mutter, ein niedriges Preisniveau bei Kinderernährung und -bekleidung, kostenlose Bildung, kostenlose medizinische Betreuung u.a.m.

Bildung und Berufsausbildung waren ein weiterer wichtiger Faktor für die hohe wirtschaftliche Aktivität der Frauen. Der Anteil der Frauen, die höhere Studien abgeschlossen hatten, stieg von

0,4 Prozent im Jahre 1946 auf 5,3 Prozent im Jahre 1985 und 7 Prozent Ende der achtziger Jahre. Der Anteil der Frauen mit mittlerer weiterführender Bildung wuchs im gleichen Zeitraum von 3,9 auf 35 Prozent. So bildete sich eine große Gruppe von aktiven, gebildeten Frauen heraus, die über eine hohe Motivation für ihre berufliche und ihre Persönlichkeitsbildung verfügen.

Die Phase der Transition in die Marktwirtschaft hat komplexen Charakter. Die tiefe und dauerhafte ökonomische und soziale Krise hat den Platz der Frauen in der Gesellschaft erneut verändert, übt auf ihren Zugang zur Teilnahme an der Leitung der Gesellschaft, auf ihre Wahl des Arbeitsplatzes und auf ihre Rolle in der Familie einen nachhaltigen Einfluß aus.

Zu konstatieren ist zunächst ein Rückzug der Frauen aus dem politischen Leben. Die Zahl der berufstätigen Frauen ist beträchtlich gesunken. Es gibt eine hohe Frauenarbeitslosigkeit. Das sind für diese Generationen der Frauen völlig neue Phänomene: die Arbeitslosigkeit, die ökonomische Abhängigkeit vom Ehepartner oder von Sozialleistungen, der Mangel an sozialer Sicherheit, die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, die Unmöglichkeit, nach der Entlassung in die Arbeitslosigkeit einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Dazu kommen Ängste angesichts steigender Kriminalität und allgemeine Zukunftsängste. Die Geburtenrate und die Zahl der Eheschließungen sind in den vergangenen Jahren seit 1990 entscheidend zurückgegangen. Die Zahl der Abtreibungen hingegen hat zugenommen.

Die politischen Veränderungen in Bulgarien seit 1990 haben zu einem Abbau jener Mechanismen geführt, die eine Beteiligung der Frauen an der politischen Leitung des Landes garantiert haben. Im Resultat dessen hat die Zahl der Frauen in der Legislative deutlich abgenommen. In der 1990 gewählten Nationalversammlung, die eine neue Verfassung verabschiedet hat, waren von den 400 Abgeordneten nur 8,5 Prozent Frauen. Jetzt ist die Zahl zwar mit 13 Prozent wieder etwas höher, aber dennoch viel zu niedrig. Auf der lokalen Ebene ist der Frauenanteil etwas höher, aber keineswegs zufriedenstellend. Unter den 1991 gewählten Bürgermeistern befanden sich 15 Prozent Frauen. Faßt man Bürgermeister, stellvertretende Bürgermeister und Gemeindefunktionäre zusammen, haben die Frauen einen Anteil von 21 Prozent. Im Resultat der Kommunalwahlen vom Oktober-November 1995 repräsentieren die Frauen 8,2 Prozent der Bürgermeister von Städten, 15 Prozent der Bürgermeister von Gemeinden, fast 19 Prozent der Vorsitzenden der Stadtparlamente, 20,7 Prozent der Stadträte und 41,6 Prozent der Sekretäre der Stadtverwaltungen. An den ausführenden und Verwaltungsarbeiten auf lokaler Ebene haben die Frauen hingegen mit über 60 Prozent eine klare Mehrheit.

Keine einzige der heute existierenden Parteien hat die Frage nach der Sicherung der Beteiligung der Frauen an der Machtausübung durch Quotenregelungen auf die Tagesordnung gesetzt. Dies wirkt sich umso nachhaltiger negativ auf den Frauenanteil aus, als es ohnehin nur sehr wenige Frauen gibt, die über Erfahrungen im politischen und Wahlkampf unter den neuen Bedingungen verfügen.

Nicht zu übersehen ist weiter, daß es auch inhaltliche Gründe

gibt, die Frauen veranlassen, sich von der Politik abzuwenden: zum Beispiel das Klima des Negativismus, das sich im politischen Leben breitgemacht hat und das für viele Frauen einfach nicht akzeptabel ist. Frauenfragen sind ganz in den Hintergrund getreten. Das Ungleichgewicht in der Teilnahme der Männer einerseits und der Frauen andererseits an der politischen Leitung der Gesellschaft spiegelt sich in den angenommenen Gesetzen ebenso wie in der Hierarchie der Maßnahmen, die zu ihrer Realisierung in Angriff genommen werden. Frauen sorgen sich in sehr umfassender Weise für das Wohl der Gesellschaft – und haben dabei einen Blick auch für die unterprivilegierten Gruppen –, während die Männer auf die Konkurrenz und die Individualrechte setzen. Ein Gleichgewicht in der politischen Führung könnte entstehen, wenn beide Herangehensweisen miteinander verbunden würden – was natürlich eine gleiche Beteiligung von Frauen und Männern an der politischen Leitung zur Voraussetzung hat.

Eine der gewichtigsten Veränderungen hat auf dem Gebiet der Erwerbsarbeit stattgefunden. Frauen brauchen Lohn und Gehalt aus ökonomischen Gründen, aber sie brauchen auch die Erwerbsarbeit selbst und bringen das mit ihrem freiwilligen Wunsch nach Arbeit zum Ausdruck. Die Zahl der berufstätigen Frauen ist stark zurückgegangen. Die Frauen bilden die Mehrheit der Arbeitslosen – und zwar insbesondere unter den jungen Arbeitslosen, den Langzeitarbeitslosen und den Arbeitslosen mit Hochschulabschluß.

Obwohl es seit 1990 viele die Suche nach Erwerbsarbeit stimulierende Faktoren gibt – Verarmung der Familien; wachsende Arbeitslosenzahl; mehr Möglichkeiten für die Männer, ihre Arbeitszeit flexibel zu gestalten; neue Beschäftigungsformen –, hat die tiefe Wirtschaftskrise zusammen mit der beständig hohen Arbeitslosenzahl zum Rückgang der ökonomischen Aktivität der Frauen geführt.

Allerdings ist das Bild differenziert. Die Baisse der Frauenbeschäftigung ist eng verbunden mit einer generellen Reform der landwirtschaftlichen Produktion. Die Entwicklung privater Landwirtschaftsbetriebe geht einher mit einer Zunahme niedrig bezahlter Tätigkeiten (die insbesondere von Frauen ausgeübt werden) wie auch mit einer Zunahme von Zeit- und Saisonarbeit.

Es gibt immer noch ein relativ hohes Niveau der Frauenbeschäftigung, das mit den Familieneinkommen und mit dem Familienstand der Frauen zusammenhängt. Unter den geschiedenen Frauen sind 62,4 Prozent berufstätig, während unter den verheirateten Frauen weniger als 40 Prozent berufstätig sind. Bei den Frauen unter 25 Jahren ist die Beschäftigungsrate besonders niedrig. Sie liegt bei 24,6 Prozent, weil viele der jungen Mädchen ihr Universitätsstudium oder ihre Weiterbildung fortsetzen. Gleichzeitig ist bei ihnen aber auch die Arbeitslosigkeit besonders hoch – 29,2 Prozent im Vergleich zu 15 Prozent Frauenarbeitslosigkeit allgemein. Die jungen Mädchen werden von den Unternehmern nur ungern eingestellt – zum einen, weil es ihnen an beruflicher Erfahrung mangelt, noch öfter aber, weil die Unternehmer einen baldigen Schwangerschaftsurlaub und sich anschließende längere Abwesenheiten von der Arbeit fürchten. Wenn man trotzdem viele junge Mädchen bei

der Arbeit trifft, so liegt das daran, daß es viele ungesetzliche Arbeitsverhältnisse gibt – ohne Arbeitsvertrag, ohne Sozialversicherung usw.

Daß ein höheres Bildungsniveau die Chancen für ökonomische Aktivität und Teilnahme an der politischen Leitung der Gesellschaft verbessert, wird durch die Statistik bestätigt. Im Oktober 1995 betrug die Beschäftigungsrate bei Frauen insgesamt 40 Prozent, bei Frauen mit akademischer Bildung 75,7 Prozent, bei Frauen mit Universitätsabschluß 70,3 Prozent, bei Frauen mit Fachschulbildung 64,2 Prozent und bei Frauen mit Oberschulbildung 50 Prozent. Frauen mit Grundschulabschluß oder nicht erreichtem Grundschulabschluß hatten nur eine Beschäftigungsrate von 19,1 Prozent.

Zu den Charakteristiken jetziger ökonomischer Aktivität der Frauen gehört, daß sie nicht mehr nur als Lohn- oder Gehaltsempfänger im öffentlichen Sektor oder in privaten Unternehmen beschäftigt sind. Man findet Frauen auch unter den Unternehmern, unter den Freiberuflern und in Familienbetrieben. Allerdings bilden die Lohn- und Gehaltsempfängerinnen mit 91,2 Prozent (Oktober 1995) die weitaus größte Gruppe. Unternehmerinnen und Freiberuflerinnen sind 6,8 Prozent der ökonomisch aktiven Frauen, was einem Anteil der Frauen an dieser Gruppe der Selbständigen insgesamt von 32 Prozent entspricht. Daß diese Gruppe der Unternehmerinnen und Freiberuflerinnen so klein ist, hängt wohl mit der Psyche der Frauen zusammen: Sie sind weniger risikofreudig, geben einer festen Beschäftigung den Vorzug, sind weniger auf eine ganz spezielle Beschäftigung orientiert und wollen auf die gegenseitige Ermutigung, wie sie in Betrieben stattfindet, nicht verzichten. 82 Prozent der Lohn- und Gehaltsempfängerinnen sind im öffentlichen Sektor beschäftigt, 18 Prozent in privaten Unternehmen (bei den Männern beträgt dieses Verhältnis 78 zu 22). Ein neues Phänomen für die bulgarischen Frauen ist die direkte Diskriminierung am Arbeitsplatz – sowohl bei Einstellungen als auch bei Entlassungen, bei den Einstellungs- und Karrierebedingungen usw.

Wie sich die Arbeitslosigkeit insgesamt auch in ihren absoluten Zahlen und in ihrer Rate entwickelt hat – eine Konstante ist, daß die Frauen die Mehrheit der Arbeitslosen bilden. Anfang 1996 waren 55 Prozent aller Arbeitslosen Frauen. 1993 hatte der Anteil noch 52,2 Prozent betragen. Bildung und Arbeitslosenrate stehen in einem unterschiedlichen Verhältnis zueinander: Arbeitslose Frauen mit akademischer und Universitätsbildung stellen 61 Prozent der Arbeitslosen mit solcher Bildung insgesamt. Auf dem Gebiet der Ökonomie beträgt der Frauenanteil unter den Arbeitslosen mit solcher Bildung 82,6 Prozent, auf dem Gebiet der Hochschulbildung und Pädagogik 78,1 Prozent, in der Medizin 73,5 Prozent und bei den schönen Künsten 68,7 Prozent. Bei den Arbeitslosen ohne Berufsausbildung ist der Frauenanteil mit 57 Prozent relativ niedrig (die Gruppe der Frauen ohne Berufsausbildung, die aber eine höhere Schulbildung haben, eingeschlossen). Aber diese Gruppe stellt den größten Anteil an den arbeitslosen Frauen insgesamt, was für die These spricht, daß Weiterbildung eine wichtige Rolle bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit spielt. Von den bei den

Arbeitsämtern registrierten Frauen haben 61,8 Prozent keine Berufsausbildung, 86,2 Prozent von diesen haben nur Grundschulabschluß. 21,2 Prozent der arbeitssuchenden Frauen haben eine Berufsausbildung, 17 Prozent eine höhere Bildung bis zur Fach-, Hochschul- und akademischen Bildung.

Die Wiedergewinnung von Erwerbsarbeit ist für zwei Gruppen von Frauen besonders schwierig: für die mit hoher und spezieller Bildung (wie Ingenieurberufe, Ökonominen, Hochschulberufe) und für die mit nur geringer Bildung. Aber zahlenmäßig sind diese beiden Gruppen sehr ungleich: Die Zahl der Frauen der zweiten Gruppe ist um ein vielfaches höher als die der ersten. In beiden Fällen muß die Gesellschaft Mittel zur Weiterbildung bereitstellen: für die Frauen mit hoher Bildung zur Umschulung, für die Frauen ohne Berufsausbildung zur Berufsausbildung. Gleichzeitig kommt für beide Gruppen der Berufsorientierung eine große Bedeutung zu: für den zielgerichteten Einsatz der neu erworbenen Bildung und für die Motivation zu einem aktiven Ringen darum, auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können.

ÜBERSETZUNG AUS DEM FRANZÖSISCHEN VON WOLFRAM ADOLPHI

Literatur und Materialien (in bulgarischer Sprache):

- Analyse und Vorschläge der bulgarischen Regierung im Zusammenhang mit der IV. UNO-Frauenkonferenz in Peking 1995.
Frauen in Bulgarien – Studie des Ministeriums für Arbeit und soziale Angelegenheiten der Republik Bulgarien 1996.
Verfassung der Republik Bulgarien, Sofia 1991.
Arbeitsgesetzbuch, Sofia 1992.
J. Kaltschew: Frauen in der Leitung der Gesellschaft, 1995.
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Nationales Institut für Statistik, Sofia 1995.

LIESEL MARKOWSKI

Dmitri Schostakowitsch –

»Ich habe keine einzige Note geschrieben, die falsch ist.«

Gedanken zu zwei neuen Publikationen

Der Name Dmitri Schostakowitsch ist weltbekannt. Für viele Menschen in zahllosen Ländern verbindet sich mit ihm vor allem ein Werk, das gleich nach seiner Uraufführung 1942 wie ein Lauffeuer Verbreitung fand: die »Leningrader Sinfonie«. Schostakowitschs »Siebente«, den tapferen Bewohnern seiner im Zweiten Weltkrieg 900 Tage und Nächte belagerten und umkämpften Heimatstadt gewidmet, wurde nicht nur in der Sowjetunion zum Symbol des Sieges über die faschistischen Eindringlinge und des Überlebens. Heute ist sie eine Legende bewegender Musik.

Solche Popularität übertrifft alle vergleichbare Resonanz, die sinfonische Musik in diesem, unseren Jahrhundert erfahren hat. Schostakowitschs Werke sind präsent in den Konzertsälen. Neuerdings war dies zu erleben bei den 45. Berliner Festwochen »Berlin/Moskau – Moskau/ Berlin – im Herbst 1995, als neun seiner Sinfonien, drei seiner Konzerte und zahlreiche Kammermusik gespielt wurden.

Unbestritten ist der künstlerische Rang des Komponisten. Doch seine Persönlichkeit scheinen Schleier des Unklaren, Widersprüchlichen zu verhüllen. War Dmitri Schostakowitsch (1906-1975), seinerzeit die Nummer eins der offiziellen sowjetischen Musikkultur? Geehrt mit Preisen, Auszeichnungen und Titeln in seiner Heimat wie in anderen Ländern, bedacht mit Ämtern und Funktionen, galt er als integriert in die sowjetische Gesellschaft, ein Vorkämpfer und Verfechter des sozialistischen Realismus. Sein persönliches Leben blieb eher im Hintergrund. Offiziell verbal geäußertes schien seine Individualität zu verdecken. Nur wenige und meist unvollkommene Informationen gab es über Auseinandersetzungen um manches seiner Werke, um Kritiken und Reglementierungen in der Sowjetunion. Das Image des Komponisten blieb davon unberührt, zumindest in der DDR, in den sozialistischen Ländern. Wie Gerüchte gingen andere Nachrichten um, seit die sogenannten, nämlich nicht autorisierten »Memoiren« Schostakowitschs von Solomon Volkov 1979 postum im Westen publiziert worden waren: vom Herausgeber nachträglich aufgezeichnete Gesprächsprotokolle über Schostakowitschs Positionen zum stalinistischen Machtapparat und die ihn treffenden Restriktionen, auch kritische und oppositionelle Meinungen, häufig in bedenkllicher wörtlicher Rede. In der DDR unter der Hand gelesen, versetzten sie in Erstaunen, vergrößerten aber auch Zweifel und Ungeklärtheit.

Anlaß zu weiterem Nachdenken über Dmitri Schostakowitsch

Liesel Markowski – studierte bis 1959 an der Deutschen Hochschule für Musik Gesang und an der Humboldt-Universität zu Berlin Musikwissenschaft. Promovierte über das Massenmedien-Konzept Hanns Eislers, war bis 1990 Chefredakteurin der Zeitschrift »Musik und Gesellschaft«.

Wir veröffentlichen diesen Beitrag anlässlich des 90. Geburtstages von Dmitri Schostakowitsch am 25. September 1996.

geben gegenwärtig zwei neue Bücher in deutscher Sprache, die 1995 – zum 20. Todestag des Komponisten – ediert wurden. Beide Autoren/Herausgeber standen in persönlicher Beziehung zu Schostakowitsch. Ihre Mitteilungen haben daher auch den Wert von Zeitzeugenschaft. Ebenso sind Momente der Befangenheit zu bemerken. Wichtig ist, daß beide Publikationen näher an den Menschen und Künstler Schostakowitsch heranführen, daß sie die schwierigen Umstände und Beweggründe seines Lebens und Schaffens zu begründen suchen.

Der Theaterwissenschaftler und Kritiker Isaak Glikman veröffentlichte nahezu 300 Schreiben, die Schostakowitsch von 1941 bis 1974 (seit der Evakuierung nach Kuibyschew bis ein Jahr vor seinem Tod) an ihn, einen seiner wenigen wirklichen Freunde, vorwiegend nach Leningrad gesandt hat. Den Abdruck der lückenhaften Dokumente (von denen ein Großteil, wie auch Glikmans Antworten, verloren ging) versah er mit ausführlichen Kommentaren und informativen Fakten. (Dmitri Schostakowitsch, Briefe an einen Freund. Chaos statt Musik? Argon 1995, russisch 1993). Sachlich, fast geschäftsmäßig distanziert und dennoch voller Achtung und Herzlichkeit für den Adressaten wirken die meist kurzen Briefe. Mitteilungen über Reisen, Familiäres, Krankheiten, über Personen, vor allem aber über Aufführungsdaten sowie den Beginn oder Abschluß einer Komposition bestimmen den Inhalt, selten aber Künstlerisch-Kompositionelles. Glikman, Fußballfreund und Ratgeber, »Ghostwriter« und Sekretär, war für Schostakowitsch absolute Vertrauensperson. Das beweisen die Briefe. So lassen Glikmans umfangreiche Ergänzungen und Erinnerungen – stets von einer tiefen emotionalen Beziehung zu Schostakowitsch getragen – auf die psychische Situation des Briefschreibers schließen.

Die während des Krieges verfaßten Briefe tragen alle den Zensurstempel. Zensur wird aber auch später stets im Spiel gewesen sein. Daher war Vorsicht geboten und ratsam, seine »abweichenden« Ansichten zu verstecken. Schostakowitsch verbarg Kritik, so der Herausgeber, hinter falschem oder ironischem Lob, indem er sich gängiger propagandistischer Phrasen bediente, die Glikman aufklärt. Doch sind seine Deutungen und Dechiffrierungen, wenn auch glaubhaft, nicht belegte Interpretation. Deutlich aber wird die vertrauliche Übereinstimmung in der Ablehnung sowohl des Stalinschen Terror-Regimes wie unberechenbarer politischer Gewalt und Dummheit. Lange, so Glikman, habe er mit der Herausgabe des Materials gezögert. Denn Schostakowitsch, sein »Idol«, hielt Persönliches zurück. Er vernichtete jegliche, an ihn gerichtete Briefe. Memoiren zu schreiben habe er stets strikt abgelehnt. Eine wichtige Publikation, leider in nicht immer einwandfreier und zuverlässiger Drucklegung (Übersetzung, Register).

Das andere Buch, eine umfangreiche, sorgfältig erarbeitete, faktenreiche Biographie mit klugen Werkbetrachtungen schrieb Krzysztof Meyer. Der polnische Komponist, 1943 in Krakow geboren, war von früher Jugend an ein Verehrer Dmitri Schostakowitschs. Er stand einige Jahre mit ihm in Briefwechsel und traf mehrmals mit Schostakowitsch zusammen. Seine Schrift, Revision und Neufassung einer früheren Biographie (u.a. Reclam, Leipzig

1980) ist so etwas wie ein Klartext: schonungslos offene umfassende Darstellung des Lebens- und Schaffensweges. (Schostakowitsch. Gustav Lübbe Verlag Bergisch Gladbach 1995). Meyer bemüht sich in seinen engagierten Ausführungen, Widersprüche zwischen dem Künstler und dem gesellschaftlich aktiv Tätigen aufzudecken. Er versucht, die Folgen stalinistischer Bedrohung zu benennen und zu erklären. Korrekt befragt er alle nur zugänglichen Quellen, doch bleibt auch seine Interpretation häufig Belege schuldig. Sympathisch ist, daß Krzysztof Meyer am Ende alles offen läßt, daß er sich mit persönlichen Erinnerungen an die »rätselhaft« Gestalt Dmitri Schostakowitsch verabschiedet.

Beide Autoren zeichnen das Bild des von ihnen hochgeschätzten Komponisten als bescheidenen, gütigen und hilfsbereiten, aber persönlich zumeist distanzierten Menschen. (Als »introvertierten Griesgram« begegnet er Meyer bei dessen erstem Besuch.) Beide Autoren sehen Schostakowitsch als ein Opfer stalinistischer Unterdrückung und Machtwillkür. Dafür haben sie Fakten und Berichte von Zeitzeugen anzuführen. Mancher Vorgang wird so entlarvend erhellt. Dies zeigt schon der Untertitel von Glikmans Buch »Chaos statt Musik?« an, der jenen verhängnisvollen Prawda-Artikel von 1936 in Frage stellt.

Was war geschehen? Die parteioffizielle Zeitung hatte den jungen Komponisten mit einer vernichtenden Kritik seiner in Leningrad und Moskau und auch im Ausland erfolgreichen Oper »Lady Macbeth von Msensk« angegriffen. Seine Musik wird dort als »Dickicht des musikalischen Chaos« bezeichnet. Sie wird der »Disharmonie« und des »vulgären Naturalismus« bezichtigt. Damit wirke sie den Erwartungen der sowjetischen Kultur entgegen. Das war ein harter Schlag. Er bedeutete nicht nur die Absetzung jeglicher Aufführungen. In dieser Hochzeit Stalinscher Säuberungen und Schauprozesse war solch ein Schlag lebensbedrohend, zumal es im Umfeld Schostakowitschs Verfolgungen gab: in der Familie (Großvater verschleppt, Schwester und Schwager verbannt) wie unter nahestehenden Künstlern und Bekannten (Komponist Moissej Wainberg inhaftiert, General Michail Tuchatschewski hingerichtet, Theatermann Wsewolod Meyerhold ermordet). Die im Prawda-Artikel versteckte Drohung (»Dieses Spiel kann böse enden.«) versetzte Schostakowitsch in Angst und Schrecken. Monatelang rechnete er mit seiner Verhaftung, schlief in Tageskleidern, das gepackte Kofferchen neben sich. Glikman nennt diese Erfahrung zu Recht »das traumatische Schlüsselerlebnis Schostakowitschs« (S. 30).

Es kam aber noch schlimmer! 1948 richtete sich eine weitere Attacke gegen ihn. In dem vom ZK-Sekretär Shdanow initiierten Kampf gegen den »Formalismus« (manifestiert durch eine Resolution des ZK der KPdSU) wurde Schostakowitsch an erster Stelle genannt. Verbandspräsident Chrennikow griff in seiner Kongreßrede vor allem ihn scharf an, dann folgte das übliche Zeremoniell mit vorgeschriebener Selbstkritik und Einsicht des »Delinquenten«. Die Sängerin Galina Wischnewskaja hat diese Verdammung des im überfüllten Saal auf einer ganzen Reihe sich selbst überlassenen »Angeklagten« in ihren Erinnerungen eine öffentliche

Sicherlich ist Ihnen der im Januar 1936 in der »Prawda« veröffentlichte bekannte Aufsatz »Chaos statt Musik« noch in Erinnerung. Dieser Aufsatz erschien auf Weisung des Zentralkomitees und brachte die Meinung des ZK über Schostakowitschs Oper zum Ausdruck: Ich erinnere an einige Stellen aus diesem Aufsatz:

»Von der ersten Minute an verblüfft den Hörer an dieser Oper die betont disharmonische, chaotische Flut von Tönen. Bruchstücke von Melodien, Keime einer musikalischen Phrase versinken, reißen sich los und tauchen erneut unter im Gepolter, Geprassel und Gekreis. Dieser ›Musik‹ zu folgen ist schwer, sie sich einzuprägen unmöglich. Das gilt für fast die ganze Oper. Auf der Bühnen wird der Gesang durch Geschrei

ersetzt. Gerät der Komponist gelegentlich in Bahn einer einfachen und verständlichen Melodie, so stürzt er sich sofort wieder, als wäre er erschrocken über ein solches Unglück, in das Labyrinth des musikalischen Chaos, das stellenweise zur Kakophonie wird. Die Ausdruckskraft, die der Hörer erwartet, wird durch einen wahnwitzigen Rhythmus ersetzt. Durch musikalischen Lärm soll Leidenschaft zum Ausdruck kommen.

Der Grund für all das liegt nicht in der mangelnden Begabung des Komponisten, nicht in seinem Unvermögen, einfache und starke Gefühle in der Musik auszudrücken. Diese absichtlich ›verdrehte‹ Musik ist so beschaffen, daß in ihr nichts mehr an die klassische Opernmusik erinnert und sie mit symphonischen Klängen, mit der einfachen allgemeinen verständlichen Sprache der Musik nichts mehr gemein hat. Das ist eine Musik, die nach dem gleichen Prinzip der Negierung der Oper aufgebaut ist, nachdem die ›linke‹ Kunst überhaupt im Theater die Einfachheit, den Realismus, die Verständlichkeit der Gestalt, den natürlichen Klang des Wortes negiert...

Die Gefahr einer solchen Richtung in der Sowjetmusik liegt klar auf der Hand. Die ›linke‹ Entartung in der Oper hat den gleichen Ursprung wie die ›linke‹ Entartung in der Malerei, der Dichtung, der Pädagogik und der Wissenschaft. Das kleinbürgerliche ›Neuerertum‹ führt zur Loslösung von der wahren Kunst, der wahren Wissenschaft und der wahren Literatur. Der Komponist der ›Lady Macbeth von Mzensk‹ mußte

Hinrichtung genannt. Isolierung, Schmähschriften und Denunziationen in der Presse, Verschwinden der Werke von den Spielplänen, Verlust der Lehrämter in Moskau und Leningrad auf unwürdige Weise waren das Weitere.

Krzysztof Meyer beobachtet von da an eine Zweigleisigkeit im Verhalten Schostakowitschs: persönliche Verslossenheit und Kontaktlosigkeit einerseits – rege öffentliche Betätigung andererseits. Isaak Glikman berichtet vom Schweigen Schostakowitschs auf Kritik und von dessen Vermeiden jeglichen Streits mit den Opponenten, wie borniert sie auch auftreten mochten.

Hatte Dmitri Schostakowitsch zwei Gesichter? Hat er sich dem stalinistischen Machtsystem gebeugt und offiziell »mitgemacht«, um Terrain für seine eigentliche, die kompositorische Arbeit zu gewinnen? Meyer bezeichnet solch widersprüchliche Spaltung als Opportunismus. War Schostakowitsch mutlos und ohne oppositionellen Widerspruch? Es fällt schwer, die Überlegungen des polnischen Autors in diese Richtung weiterzudenken. Wie war das Verhältnis Schostakowitschs, eines der wohl größten Komponisten unseres Jahrhunderts, zu seinem Land, der Sowjetunion? Menschliche Wahrheit wird man in seinen Werken, kaum aber in offiziellen Aussprüchen oder Presseinterviews finden. Glikman meint, daß Schostakowitschs Werke »seine innere Biographie darstellen« (S. 8).

Schostakowitsch, das ist die Quintessenz beider Publikationen, hat sich in seiner Musik gegen die ihm und vielen anderen Unschuldigen geltenden Repressionen des Stalinismus gewehrt. Hier war sein Widerspruch unüberhörbar und konsequent. »Ich habe ... keine einzige Note geschrieben, die falsch klingt« antwortete er einmal auf freundschaftliche Einwände gegen einen seiner Artikel in der Presse. (Meyer, S. 571). Trotz aller öffentlichen Anwürfe und trotz wiederholter und schließlich dauernder ernster Erkrankungen hat er als Komponist seine Identität bewahrt. Mit höchster Selbstdisziplin, so Glikman, blieb er dem Grundsatz künstlerischer Wahrhaftigkeit treu – trotz der Repressalien, die nach Stalins Tod und nach dem Ende der Chruschtschowschen »Tauwetter-Periode« weitergingen. Dafür steht die gigantische 4. Sinfonie (1936), kurz vor der Uraufführung auf »oberen« Rat hin von Schostakowitsch zurückgezogen und erst 25 Jahre später erstmals öffentlich gespielt. Dafür steht das erste Violinkonzert, 1948 als »formalistisch« nicht zugelassen und endlich 1962 von David Oistrach uraufgeführt. Dafür stehen die 8. und 10. Sinfonie und der »Antiformalistische Rajok«, eine bissige Parodie auf Stalin und seine unterwürfigen Organisatoren der Kampagne von 1948, der in der Schublade geheim gehalten werden mußte.

Ein Schlüsselwerk künstlerischer Aufrichtigkeit aber ist die 13. Sinfonie nach Texten Jewtuschenkos. Mit dem Eingangssatz »Babi Jar«, Gedenken an die Ermordung tausender Juden in der Schlucht bei Kiew durch die deutschen Faschisten, geriet das Werk in die Auseinandersetzungen um das Gedicht. Es war die zweite öffentliche Berührung Schostakowitschs mit bedrückenden antisemitischen Tendenzen in seiner Heimat, nach seinen Liedern »aus jüdischer Volkspoesie« von 1948, die er drohender Repressionen

wegen sieben Jahre zurückhalten mußte. Die durch Kirill Kondraschin, den Dirigenten, gegen Widerstände durchgesetzte überaus erfolgreiche Uraufführung der 13. Sinfonie wurde in der »Prawda« nur mit einer Zeile erwähnt. Schostakowitsch aber feierte selbst jeden Jahrestag dieser Premiere. Es ist eines seiner persönlichsten, tief tragischen Werke. Die Verse des vierten Teils »Ängste«, von Jewtuschenko extra für diese Komposition geschrieben, sind als sein erschütterndes Psychogramm zu begreifen: »Ängste lauerten rings in den Ecken, ... zähmten die Menschen mit hämischer Fratze«, heißt es da. Und: »Auch die Ängste, mit Freunden zu sprechen oder gar mit der eigenen Frau. Ängste, die das Vertrauen zerbrechen...«. Bis zu seinem Tod wurde es der »Dreizehnten« von den Behörden immer wieder erschwert, im Lande aufgeführt zu werden.

Schöpferische Unerschrockenheit in seinen Werken war ein Gegenpol zu jener Angst, die Schostakowitsch seit den Restriktionen des Stalinschen Terrors geprägt hat, eine traurige Erfahrung, die er mit vielen seiner Landsleute teilte. Muß ihm Opportunismus angerechnet werden, weil er sich in Ämtern, Funktionen, Unterzeichnungen von Denkschriften hervortat? Wollte er so Terrain (ein Alibi) für seine künstlerische Arbeit schaffen? War er Opportunist, weil er sich nicht hat durchringen können, Erklärungen von Dissidenten zu unterzeichnen? Diesen Fragen und Argumentationen Krzysztof Meyers möchte man nicht widerspruchslos folgen, wenn man sich Herkunft und Lebensweg Schostakowitschs vor Augen führt.

Gewiß, er war zutiefst mit der russischen Kultur verbunden. Aber Schostakowitsch war ebenso ein Kind der Sowjetunion, nannte sich selbst einen sowjetischen Künstler. Als Kind erlebte er die Revolution im Februar und im Oktober 1917. Erste Kompositionsversuche haben mit diesem Thema zu tun: ein »Trauermarsch für die Opfer der Revolution«, »Kleine Revolutionssymphonie«. Heranwachsend erlebt er den großartigen Aufschwung der künstlerischen Avantgarde in seiner Heimatstadt und in der jungen Sowjetunion. Sie wird geprägt durch Namen wie Eisenstein, Pudowkin, Wertow und Tretjakow und Tendenzen zu einer kulturellen Emanzipation der Massen. Der junge Dmitri kann sein Talent in dieser anregenden kulturellen Atmosphäre entfalten. Seine 1. Sinfonie, Abschlußarbeit am Konservatorium, ist ein Volltreffer, der ihn im In- und Ausland bekanntmacht.

In diesen hoffnungsvollen Aufschwung – auch die Uraufführung der Oper »Die Nase« nach Gogol zählt dazu – treffen ihn die öffentlichen Verurteilungen wie ein vernichtender Donnerschlag. Aufrechten Gang als Komponist üben, bedeutet nun, einen Balance-Akt zu bestehen. Wir wissen, daß Schostakowitsch ihn bestanden hat, er hatte die Kraft dazu, denn Komponieren war »der Trost und der wesentliche Sinn seines Daseins« (Glikman, S. 312).

Hat aber Dmitri Schostakowitsch diesen Sinn gar als Feind oder als Opportunist in seinem Lande erfüllt? War die Tragik seines Lebens nicht vielmehr um eine beträchtliche Dimension bedrückender als die eines Dissidenten, der sich eine Nische sucht inmitten bedrohlicher gesellschaftlicher Unmenschlichkeit? Ist

die nervöse, verkrampfte, fallsüchtige Musik des Jazz entlehnen, um seinen Helden »Leidenschaft« zu verleihen.«

A. Shdanow: Eröffnungsrede auf der Beratung von Vertretern der sowjetischen Musik im Zk der KPdSU (B), Januar 1948, in: ders.: Über Kunst und Wissenschaft, Berlin 1951, S. 52.

Schostakowitsch als Kind der Sowjetunion, mit der Hoffnung auf eine gerechte Gesellschaftsordnung aufgewachsen, nicht aufs schrecklichste von der eigenen Sache enttäuscht und beleidigt worden? Und waren nicht manche der von ihm übernommenen Ämter und Funktionen auch Versuchsfelder, Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken, Beschuldigten zu helfen? Glikman berichtet von solchen Bemühungen Schostakowitschs als Abgeordneter. Sein ureigenes Feld der Wahrheit und Ehrlichkeit hat er allerdings in seiner Musik gesehen, zu Recht. Und auch die von Meyer als propagandistisch und mißlungen bezeichneten und als Gelegenheitskompositionen gewerteten Werke, wie die 12. Sinfonie »Das Jahr 1917«, gehören dazu. Ein Gesamtwerk, das sich in höchst unterschiedlichen Genres, von der Oper bis zum populären Massensied an höchst unterschiedliche Hörer wenden sollte und wendet.

Die schwarze Trauer aber, wie sie in der 14. Sinfonie zum Thema des Todes anklingt, läßt die Tragik und Verzweiflung des Komponisten in erschütternder übergreifender Menschlichkeit verständlich werden. Ist es nicht auch die Verzweiflung eines Enttäuschten, der sich den Ideen des sozialistischen Gesellschaftsentwurfs verbunden fühlte? Eine vergleichbare individuelle Tragik erlebte Hanns Eisler mit der vernichtenden Kritik seiner Oper »Faustus« in der DDR.

Dmitri Schostakowitsch bleibt sicher eine »rätselhafte Persönlichkeit«, die Fragen aufgibt. Sein Denken offenlegende verbale Dokumente sind der bisherigen Quellenlage nach rar oder nicht vorhanden. Schostakowitschs Werke schreiben »abgesehen von ihrem enormen objektiven Wert – seine innere Biographie«, meint Glikman (S. 8). Aber Musik ist auslegbar, Quellen, auch solche aus zweiter Hand sind, wie es mit Volkov geschieht, benutzbar. Leider wird davon auch in oberflächlicher, entstellender Weise Gebrauch gemacht.

Unkenntnis, Mißverständnis und besonders Voreingenommenheit verhindern häufig ein wahres Bild des Komponisten, das den Umständen seines Lebens- und Schaffensweges entspricht. So kommt es zu fatalen und peinlichen Ausrutschern: »Immer wieder mußte sich ... Schostakowitsch mit der Forderung auseinandersetzen, Beethovens Neunte noch einmal ›auf sowjetisch‹ zu schreiben.« Und, zur Kammerinfonie (nach dem 8. Streichquartett): »Schostakowitsch steht hier wie während seines ganzen schöpferischen Lebens als sowjetischer Komponist in einer Spannung zwischen von ihm erwartetem offiziellen Antifaschismus und persönlichem Ausdrucksbedürfnis aus eigener Betroffenheit. Schostakowitsch bewegte sich, von Stalin und seinen Nachfolgern abwechselnd bekämpft und zur Verherrlichung des Sozialismus dienstverpflichtet ... immer zwischen den Rollen des ›Hofkomponisten‹ und des ›Hofnarren‹.« (Einführungstext zu einem Konzert während der Berliner Festwochen am 7. September 1995)

Verordneten Antifaschismus hatte Dmitri Schostakowitsch so wenig nötig wie irgend ein Bürger der von Hitlers Armeen mit Krieg heimgesuchten Sowjetunion. Er hat sich in seiner belagerten Heimatstadt zur Armee gemeldet und versah, als er abgelehnt wurde, Luftschutzdienste. Drei Sätze seiner »Siebenten« komponierte

Einige weitere Auszüge aus dem Aufsatz:

»Während sich unsere Kritik – und damit auch die Musikkritik – vor dem sozialistischen Realismus verneigt, setzt uns die Bühne mit Schostakowitschs Werk größten Naturalismus vor... Und das alles ist grob, primitiv, vulgär... Die Musik ächzt und stöhnt, keucht und gerät außer Atem, um die Liebesszenen möglichst natürlich darzustellen. Und die ›Liebe‹ wird in der ganzen Oper in der vulgärsten Weise breitgetreten... Der Komponist hat sich offensichtlich nicht die Aufgabe gestellt, dem Gehör zu schenken, was die sowjetischen Opernbesucher von der Musik erwarten und in ihr suchen. Als hätte er bewußt seine Musik chiffriert, alle Töne in ihr so durcheinandergebracht, daß sie nur für

er dort unter Beschuß und in ständiger Lebensgefahr. Antifaschismus war für ihn eine Grundhaltung und kein offizieller Gegensatz zu seinem individuellen Ausdrucksbedürfnis, wie man hier weißmachen will. Die Partitur des 8. Streichquartetts trägt die Widmung »Im Gedenken an die Opfer von Faschismus und Krieg«. Sie entstand 1960 in Dresden, als der Komponist dort an seiner Musik zum Film »Fünf Tage, fünf Nächte« arbeitete. In einem Brief vom 19. Juli 1960 teilt er Glikman seinen Wunsch mit, sich diese Komposition selber zu widmen: »... dem Andenken des Komponisten dieses Quartetts« (S. 176). Zwischen der eingeschriebenen Widmung und solcher gewünschten Selbstzuwendung, die musikalisch u.a. durch sein Namensanagramm belegt ist, muß kein Widerspruch bestehen. Persönliches und allgemein menschliches Leiden fließen in ergreifender Expression zusammen.

Im genannten Einführungstext fragt die Autorin zweifelnd, ob denn das heutige westliche Publikum den Umgang mit dieser Musik gelernt habe. Dem westlichen Hörer komme das 8. Streichquartett »wie viele andere Werke Schostakowitschs äußerlich einfach oder gar banal vor«. Das Publikum an jenem Festwochenabend im Kammermusiksaal der Philharmonie – in der Mehrzahl Westberliner – verharrte minutenlang in ergriffenem Schweigen, ehe der Beifall losbrach. Es hatte die Musik offenbar wohl verstanden: Das bedrängend Persönliche, die lastende Klage wird zugleich als existentielle Gefährdung empfunden. Das Liedzitat »Im Kerker zu Tode gemartert« macht dies klingend konkret: Das Leiden unter Krieg und Faschismus schließt das Leiden Schostakowitschs unter stalinistischer Bedrohung ein. Seine Wahrheit teilt sich uneingeschränkt jenen mit, die hören und fühlen wollen.

Ästheteten und Formalisten, die ihren gesunden Geschmack verloren haben, genießbar bleibt.« Dies schrieb die »Prawda« vor zwölf Jahren.

A. Shtanow: Eröffnungsrede auf der Beratung von Vertretern der sowjetischen Musik im ZK der KPdSU (B), Januar 1948, in: ders.: Über Kunst und Wissenschaft, Berlin 1951, S. 52f.

ANZEIGE

<p>»Leben ist Kultur und sonst gar nichts!« Das Kulturforum. Eine Initiative der PDS</p>	<p>»Was der Mensch zum Leben braucht ?«</p> <p>Eine Veranstaltung zur Diskussion der kulturellen Dimensionen von Denken, Arbeit und Sozialem. 6. – 8. Dezember 1996 im Haus am Köllnischen Park</p> <p>Geben uns die alten neuen kulturellen Muster eine Chance? – sie zu verlassen? – sie zu verändern? – und was würde das bedeuten?</p> <p>Gespräche, Interviews, Hearings & Happenings zur Vorbereitung des nächsten Parteitages der PDS im Februar 1997</p> <p>Gegen die asoziale Unverschämtheit von Oben setzen wir – zunächst – die Kraft unseres Geistes</p> <p>Koordinationsbüro des Kulturforums: René Beder, Karl - Liebknecht - Haus Kleine Alexanderstraße 28 Tel.: 030 / 24 00 93 22, Fax.: 030 / 24 00 93 38</p>
--	--

KARL MORGENSTERN

Umbau in Wirtschaft und Gesellschaft.

Grundlagen ganzheitlicher Lösungsansätze

Die Notwendigkeit einer dringenden Umkehr in der Wirtschafts- und Lebensweise vor allem in den führenden Industrieländern wird durch eine Vielzahl von Untersuchungsergebnissen und Studien eindeutig belegt. Was aber verändert werden muß und wie, unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen die globalen Menschheitsprobleme bewältigt werden können, darüber bestehen unterschiedliche oder sogar entgegengesetzte Auffassungen, soweit die Vorstellungen überhaupt bereits eine gewisse Konkrettheit erlangt haben. Das ist in hohem Maße der Kompliziertheit des Gegenstandes und der Vielschichtigkeit der Probleme geschuldet, wobei subjektive Aspekte, darunter unterschiedliche weltanschauliche Standpunkte, von erheblichem Einfluß sind.

Das hauptsächliche Erkenntnisproblem resultiert zweifellos daraus, daß niemand die Antwort parat hat, wie den für die Menschheit historisch völlig neuen Herausforderungen überhaupt begegnet werden kann. Das bisherige Wissen über gesellschaftliche und soziale Entwicklungsprozesse einschließlich psychologischer und anthropologischer Erfahrungen ist unverzichtbar, hält dafür aber keine ausreichenden Antworten bereit. Tiefere Einsichten sind nötig in das, was »die Welt im Innersten zusammenhält«, in Triebkräfte, Faktoren und Bedingungen menschlichen Handelns und gesellschaftlicher Entwicklung wie auch in reale Veränderungsmöglichkeiten. Die Zusammenführung von Erkenntnissen verschiedener Teildisziplinen ist hierfür unverzichtbar. Es ist ein Suchprozeß und nichts ist dabei schädlicher als orthodoxes Denken, das Beharren auf Dogmen, Wahrheitsmonopolen, – von welcher Seite auch immer. Anliegen des Beitrages ist es, auf Aspekte hinzuweisen, die allein schon für das Finden richtiger Fragestellungen und Ausgangspunkte wichtig sind. Dabei werden einige Gedanken weitergeführt, die in der Veröffentlichung des Verfassers im Heft 54 von »UTOPIE kreativ« nur thesenhaft angedeutet sind.

Ganzheitliche Denkansätze

Als erstes und wichtigstes Problem stellt sich uns die Notwendigkeit ganzheitlicher Denkansätze. Welches Verständnis besteht von den großen Menschheitsproblemen, wie werden die einzelnen Krisenerscheinungen gedeutet und erklärt? Offensichtlich bestimmt das wesentlich die Vorstellung über Lösungswege. Man kann von einer wachsenden Erkenntnis ausgehen, daß zunehmender Polarisierung von arm und reich in den Ländern und weltweit, Massen-

Karl Morgenstern –
Jg. 1926, Wirtschaftswissenschaftler, Prof. em., wissenschaftliche Arbeitsgebiete bis zur Emeritierung an der TU Dresden: Internationale Spezialisierung und Kooperation, Außenwirtschaftsbeziehungen, Weltwirtschaft.

arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, internationalen Flüchtlings- und Wanderbewegungen u. a. mit einfachen Erklärungsmustern zyklischer und struktureller Krisen nicht beizukommen ist. Es handelt sich nicht um eine bloß graduelle Verschärfung sozialer Gegensätze und ökologischer Schäden, sondern um völlig neue Erscheinungen, wie sie in der Erwerbsarbeit (dauerhafte und ansteigende Massenarbeitslosigkeit), in Prozessen sozialer Desintegration, in neuen Dimensionen von Gewalt und Kriminalität, in der umfassenden Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen und in der Abkoppelung vieler Länder und großer Menschenmassen von jeglichem wirtschaftlichen Fortschritt zum Ausdruck kommen. Dabei bestehen zwischen den einzelnen Krisensymptomen vielfache, wechselseitige Zusammenhänge. Wir haben es – dies allerdings wird (noch) nicht generell geteilt – mit einer grundsätzlichen Krise der modernen Zivilisation zu tun, exakter vielleicht: mit einer gesellschaftlichen und Existenzkrise der Menschheit. Unabhängig davon, wie weit die Analyse geht, lautet – die wohl wichtigste (allgemeine) Schlußfolgerung: mit kosmetischen Korrekturen an der Produktions- und Lebensweise ist nichts gekonnt. Der Glaube vor allem herrschender Kreise in Wirtschaft und Politik, der Misere hauptsächlich mittels neuer Technik, steigender internationaler Wettbewerbsfähigkeit, Globalisierung und diverser partieller Korrekturen Herr zu werden, geht am Kern der Sache vorbei und führt zu noch auswegloseren und kritischeren Konfliktsituationen.

Als tragfähig werden sich nur Lösungsansätze erweisen, die der Komplexität und Globalität der Krisen Rechnung tragen, die weitreichende Veränderungen in der Wirtschaftsweise, in Produktion, Arbeit, Verteilung und Konsumtion, in der Auffassung von Lebensqualität wie im Zusammenleben der Menschen und Völker ins Auge fassen, zugleich aber die realen Bedingungen berücksichtigen und die konkreten Möglichkeiten ökonomischer und gesellschaftlicher Umgestaltung untersuchen. Einer solchen ganzheitlichen Betrachtung werden jedoch nur wenige alternative Vorstellungen gerecht. So stehen oftmals entweder mehr ökologische oder Erfordernisse bzw. Probleme der Unterentwicklung oder auch einzelne emanzipatorische Ziele im Mittelpunkt. Im »Brundtland-Bericht« (1987) und im Bericht des Club of Rome »Globale Revolution« (1990) werden ziemlich ausführlich bestimmte Verflechtungen einzelner Krisen und Wechselwirkungen zwischen Umwelt, Unterentwicklung, Konsum und Lebensqualität behandelt. Im Grunde ist aber in den Berichten des Club of Rome (»Grenzen des Wachstums« und folgende) und in vielen anderen Studien der ökologische Ansatz primär, sind ökologische Fragestellungen dominant. Das wird auch an der jüngsten Studie des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie »Zukunftsfähiges Deutschland« deutlich, obwohl die Verfasser soziale Aspekte ausdrücklich hervorheben.¹ Diese sachliche Feststellung mindert nicht die Bedeutung vieler in diesen Arbeiten getroffenen Aussagen und Überlegungen. Es ist das große Verdienst der hier nur stellvertretend genannten Untersuchungen und Berichte, die Menschheit an Hand konkreter Analysen auf die akuten Gefahren bisherigen Wachstums, Wirtschaftens und Lebens aufmerksam gemacht zu haben.

1 Leitbilder für ein zukunftsfähiges Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/1995.

2 Vgl. u.a. Elmar Altvater: Der Traum vom Umwelt-raum, in: Blätter für deutsche u. internationale Politik, Heft 17/1996.

Kritische Betrachtungen sollten das in keiner Weise abwerten.

Indem aber soziale Aspekte zumindest »unterbelichtet« sind und systembedingte Krisenursachen zu kurz kommen oder gar nicht behandelt werden, sind Einseitigkeiten bei den Analysen und Schlußfolgerungen unvermeidlich. Nicht selten fehlt ein realistisches Herangehen an die Konsequenzen für Ökonomie und Gesellschaft.²

Auf der anderen Seite kommen bei linken Parteien und Bewegungen in der Regel die ökologischen Herausforderungen nach wie vor zu kurz. Mitunter kommen eurozentristische Sichten und verengte Auffassungen über Emanzipation (Beschränkung auf die Geschlechterfrage) vor. Es geht hier nicht darum, ob Umweltprobleme verbal anerkannt werden, sondern ob – wie auch im umgekehrten Fall – die Verflechtungen und Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Krisenerscheinungen erfaßt sind, welche Konsequenzen daraus abgeleitet werden und wie sich das in den strategischen Konzeptionen sowie im politischen Alltag widerspiegelt.

Auch an Hand der bisherigen Entwicklung der PDS zeigt sich eine stärkere Akzentuierung sozialer und eine Unterschätzung ökologischer Aspekte. Zwar traditionell aus dem Herkommen einer sozialistischen Bewegung erklärbar, nichtsdestoweniger aber zwangsläufig mit negativen Folgen für die Ausarbeitung theoretischer Grundlagen und für praktische Aktionen, was bereits von mehreren Seiten kritisch festgestellt wurde.

Überlegungen zu Krisenauswegen und konzeptionelle Vorstellungen gesellschaftlicher Veränderungen unterscheiden sich zwangsläufig gravierend voneinander, wenn die Menschheitsprobleme entweder im wesentlichen nach wie vor auf die soziale Frage – so entscheidend diese auch ist! – reduziert oder wenn die sich verschärfenden sozialen Gebrechen als integraler Bestandteil der Gesamtkrise begriffen werden, wenn die ökologischen Herausforderungen lediglich als »Anhängsel« anstehender Veränderungen gesehen werden oder wenn die Naturzerstörung in ihrer ganzen Tiefe und Dimension begriffen ist. Gleiches gilt für die globalen Zusammenhänge und Wirkungen von Unterentwicklung und für die Emanzipationsbestrebungen, die als umfassender Prozeß von Selbstbestimmung und Selbstorganisation verstanden werden wollen.

Nachhaltige Entwicklung primär als ökologische Aufgabe zu sehen – noch dazu begrenzt auf den reichen Norden – ohne ernsthafte Anstrengungen zum Abbau sozialer Gegensätze ist genauso abwegig wie die Auffassung (der Glaube), durch vorrangigen Kampf für soziale Gerechtigkeit die grundlegenden Menschheitsprobleme lösen zu können. Die soziale und die ökologische Frage haben eine gleichrangige Bedeutung erlangt.³ Das schließt Widersprüche und Ungleichgewichte zwischen beiden »Polen« im einzelnen und bei konkreten praktischen Maßnahmen – schwer zu vereinbarendes überhaupt – nicht aus. Und daß hier und heute dem forcierten Sozialabbau der konzentrierte Kampf für den Erhalt des Sozialstaates entgegengesetzt werden muß, ist selbstverständlich. Nachteilig und geradezu verhängnisvoll wird es jedoch, wenn das vorhandene mangelnde Verständnis von Ökologie damit weiter zementiert wird. Außerdem: Sozialstaat erhalten und ausbauen geht

3 Heß, Mocek u.a. sprechen von einer Verselbständigung oder einer relativ selbständigen Existenzform der globalen ökologischen Probleme – vgl. Jochen Gläser, Reinhard Mocek, Bernd Rump: Für ein globalbewußtes und menschengerechtes Europa in einer lebenswerten Welt, in: UTOPIE kreativ, Heft 23/24 (September/Oktober 1992).

ohne ökologischen Umbau sowieso nicht!

Soziales, Ökologie, Unterentwicklung und Emanzipation stellen heute ein weltweit derart miteinander gekoppeltes Geflecht von Entwicklungserfordernissen und -problemen dar, daß jeder Versuch einer isolierten Lösung Stückwerk bleiben muß und den Reformstau nur noch vergrößert. Dieses grundlegend neue Moment im Daseinskampf der Menschheit stellt neue Fragen, die neue Antworten erheischen. Soziale und Befreiungskämpfe müssen, bei aller relativen Eigenständigkeit, mit dem Ringen der gesamten Menschheit für ihre Zukunftssicherung verbunden werden, und dies global. Die notwendigen Grundkorrekturen in Produktion, Konsumtion und Verteilung (zuvorderst in den entwickelten Industrieländern) bedürfen der Sicht auf die weltweiten sozialen und ökologischen Erfordernisse, soll der Fortbestand der Zivilisation gewährleistet sein und allen Völkern eine wirkliche Entwicklungschance eröffnet werden.

Sozialistische Bewegungen können nur dann zukunftsgestaltend wirksam werden, wenn sie ihre Ideen und Ziele von den historisch neuen Herausforderungen ableiten und an ihnen überprüfen. Das schließt ein, daß die Suche nach Wegen und Lösungsansätzen den ökologischen Notwendigkeiten in vollem Maße Rechnung trägt. Dies um so mehr, da versucht wird, der ökologischen Bewegung eine Stoßrichtung im Interesse des Großkapitals zu geben und die Gefahr besteht, daß erreichbare partielle Umweltentlastungen die soziale Schieflage verschärfen.

Zu den Krisenursachen

Ganzheitliche Denkansätze müssen vor allem auch nach den Ursachen der Krisen, der globalen Probleme, fragen. Das ist von weittragendem Einfluß auf alternative Vorstellungen. Sind diese »nur« in den kapitalistischen Verhältnissen zu suchen oder reichen ihre Wurzeln teilweise tiefer?

Die Wirkungen des ungebremsten Profit- und Konkurrenzsystems auf vermehrte Ausbeutung von Mensch und Natur sind unstrittig. Der Expansionsdrang des Kapitalismus hat alte Widersprüche vertieft und neue hervorgebracht. Marx ist aktueller denn je! Damit jedoch sind Problematik und Wesen der Krisen nicht voll und allseitig erfaßt. Tieferliegende Wurzeln sind im generellen Verhältnis von Herrschaft und Unterdrückung, von Ausbeutung und Entfremdung der Arbeit und in der über Jahrhunderte und Jahrtausende entstandenen irrigen Auffassung vom Menschen als »Beherrscher der Natur« zu suchen. Eine Grundeinstellung vor allem des Abendlandes, die, relativ unabhängig von bisherigen gesellschaftlichen Verhältnissen – also auch im Realsozialismus! – zur Umweltzerstörung und zur Bedrohung der Existenz der Zivilisation geführt hat.

Die Industriegesellschaft, die menschliche Produktions- und Lebenskultur (Gläser/Mocek/Rumpf) befinden sich in einer grundsätzlichen Krise, einer materiellen und geistigen, die alle Lebensbereiche, die zwischenmenschlichen und internationalen Beziehungen wie den Stoffwechsel mit der Natur erfaßt. Nicht der Mensch beherrscht die von ihm hervorgebrachten Produktivkräfte

Nicht Technikfeindlichkeit kann realitätsbezogene alternative Positionen bestimmen. Ausgangspunkt muß vielmehr der erreichte Stand der Produktivkräfte und deren weitere Entwicklungsrichtungen sein. Es sind aber solche ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu erkunden und herauszubilden, in denen Wissenschaft und Technik den lebenswichtigen Menschheitsinteressen untergeordnet sind.

(den entscheidenden Tendenzen nach!) und nutzt sie zu sinnvoller Bereicherung materieller und kultureller Bedürfnisse, sondern umgekehrt wird er von ihnen in seinen wesentlichen Lebensäußerungen dominiert. Der Begriff »Evolutionsblockade« (Wagner) trifft in gewisser Weise den Kern.

Eine Öffnung dieser Blockade allein durch Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist daher ausgeschlossen. Und ein »Weiter so« mit dem bestehenden Industriesystem, der Arbeitsteilung und der gesamten Lebensweise, »lediglich« auf anderer Eigentumsgrundlage und mit mehr sozialer Gerechtigkeit, bedeutet keine prinzipielle Lösung. Nicht nur das Ziel, auch die ganze Art und Weise des Wirtschaftens stehen zur Disposition. Vor allem auch in diesem ist neben den Demokratiedefiziten die kritische Sicht auf bisherige sozialistische Auffassungen und praktische Versuche weiterzuführen, die in ökonomischer Hinsicht im Grunde auf eine nachholende Entwicklung gerichtet waren (und sind).

Wege und Voraussetzungen für ökonomische und gesellschaftliche Umgestaltungen

Es bedarf eines anderen Verhältnisses des Menschen zu Arbeit und Natur, neuer Auffassungen von Fortschritt, Entwicklung, Freiheit, und Lebensqualität (Abkehr vom ökonomischen Wachstumsfetischismus und hypertrophierten materiellen Konsumismus, Paradigmawechsel von Produktion und Arbeit, tiefgreifender Umgestaltung der Arbeitsteilung). Die Schimäre von schrankenloser Freiheit ist endgültig passé sowohl durch von der Natur gesetzte Grenzen als auch massenhafte bitterste Armut. Freiheit und Verantwortung gegenüber Umwelt und Mitmenschen, soziale Gerechtigkeit und Solidarität müssen bestimmende Lebensmaxime werden.

Also geht es bei weitem nicht nur um Veränderungen in den Macht- und Eigentumsstrukturen wie Verteilungsverhältnissen, sondern auch um neue geistig-kulturelle Grundlagen und Wertvorstellungen (»Kulturrevolution«, wie Iring Fetscher sagt⁴), wenn zukunftsfähige Produktions- und Lebensformen entstehen sollen. Offensichtlich haben wesentliche Meinungsunterschiede unter Linken und alternativen Strömungen und Bewegungen eine Grundlage im unterschiedlichen Verständnis dieser Problematik und den sich daraus ableitenden Konsequenzen.

Das betrifft vor allem die (sehr hypothetische) Frage, ob notwendige Veränderungen nur jenseits kapitalistischer Verhältnisse erreichbar (vorstellbar) sind oder nicht. Daß der Kapitalismus nicht die letzte Antwort auf die Grundprobleme der Menschheit ist, sie letztlich nicht zu lösen vermag und daß die Geschichte nicht am Ende ist, ist dabei kaum der eigentliche Streitpunkt.

Nachteilig ist dieser oft abstrakte Disput (siehe u.a. weite Teile der Debatte über die »Moderne« im »Neuen Deutschland« 1995/96) insbesondere deshalb, weil er von den dringlichsten Reformen ablenkt, seitens der Verfechter einer »radikalen Lösung« den Blick auf Macht- und Eigentumswechsel einengt und die vielschichtigen (darunter bewußtseinsmäßigen) Voraussetzungen für gesellschaftlichen Wandel außer acht läßt oder zumindest unterschätzt.

4 Iring Fetscher: An der Schwelle zu einem neuen Jahrtausend: Ist der Fortschritt noch zu retten?, in: UTOPIE kreativ, Heft 57 (Juli 1995).

Bei Erich Fromm finden wir interessante und äußerst wichtige Gedanken über zwangsläufige Fehlschläge der großen Reformbewegungen der letzten zweitausend Jahre (des Evangelismus, der Aufklärung, des Sozialismus/Marxismus), da sie seiner Ansicht nach jeweils einen Bereich des Lebens unter Ausschluß der anderen herausgestellt

Theoretische Verallgemeinerungen setzen die Analyse konkreter Prozesse und die Untersuchung der verschiedenen Bedingungen voraus, unter denen qualitativ neue gesellschaftliche Zustände entstehen können. Dazu gehört: In welchen Grundrichtungen etwa müßten Veränderungen in der Wirtschafts- und Lebensweise vor sich gehen, auf welche Art und Weise erscheint dies möglich, auf welchen Wegen und unter welchen Voraussetzungen können naturverträgliche, menschenwürdige Produktions- und Lebensformen entstehen. Damit ist der gesamte Bedingungskomplex praktischer, objektiver wie subjektiver Umgestaltungsmöglichkeiten (ökonomische und gesellschaftliche Strukturen, Interessenkonstellationen, kulturelle Traditionen, menschliche Verhaltensweisen und Mentalitäten, psychologische Faktoren usw.) angesprochen – einschließlich der Reformfähigkeit des Kapitalismus. Fragen über Fragen, die gründlicher Erforschung und sachlicher Erörterung bedürfen, ohne Anspruch auf endgültige Antworten.

Alternative Überlegungen und Konzeptionen – konsequent in der Anlage – müssen die tatsächlichen Gegebenheiten in Zeit und Raum beachten. Hochorganisierte Industriegesellschaften mit ihren äußerst komplexen inneren und äußeren (weltweiten) Verflechtungen können nur in einem schrittweisen Prozeß umgebaut werden, auch unter Berücksichtigung sonst entstehender noch schlimmerer sozialer Folgen. Ebenso sind hinsichtlich der gesamten Lebensumstände abrupte Umbrüche wirklichkeitsfremd. Notwendige Veränderungen sind an tiefere Erkenntnisse ihrer Dringlichkeit und an die Handlungsbereitschaft aktiver Menschengruppen gebunden. Beides muß gefördert, aber auch stets in Rechnung gestellt werden. Wenn wir sagten, daß Kapital nicht »abgeschafft« werden kann, so ist andererseits eindeutig, daß bei Fortbestehen der Allmacht des Monopol- und Finanzkapitals, der von imperialen Machtinteressen geprägten einseitigen Globalisierungstendenz und des sogenannten »Sachzwang Weltmarkt« an eine Lösung der Menschheitsprobleme überhaupt nicht zu denken ist, im Gegenteil! Das ist das »Dilemma«, die »Zwangslage«, in der sich alternative Vorstellungen und Aktivitäten bewegen und auf grundlegende Reformen hinwirken müssen.

Zur Veränderung von Wirkungsbedingungen und -richtungen ökonomischer Gesetzmäßigkeiten

Unter dieser Konstellation stellt sich die Frage, ob und wie bestimmte politische und ökonomische Bedingungen innerhalb im wesentlichen kapitalistischer Verhältnisse soweit veränderbar (beeinflussbar) sind, daß eine wirkliche Kurskorrektur eingeleitet werden kann.

Im Kern geht es darum, ökologischen und sozialen Erfordernissen (Kriterien) bei den Zielen und Rahmenbedingungen des Wirtschaftens den nötigen Stellenwert zu verschaffen (Öko-Steuer u.a.). Das bedeutet Profitumorientierung und Entwicklung nicht-profitdominierter Bereiche. So dürfte ein schrittweiser Übergang von einer vorrangig (eben nicht nur!) arbeitsparenden zu einer allseitig ressourcensparenden Wirtschaftsweise – also noch weitgehend profitbestimmt – im Bereich des Realen liegen. Ökologische

haben: spirituelle Erneuerung ohne Veränderung der Gesellschaftsordnung, politische Gleichberechtigung und Brüderlichkeit ohne fundamentale Veränderung der sozioökonomischen Organisation, soziale und wirtschaftliche Veränderungen ohne innere Wandlung des Menschen. Ob in dieser Absolutheit voll zutreffend, sei dahingestellt. Seine Überlegungen über unbedingt zu beachtende Wechselbeziehungen zwischen geistigen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Aspekten, um einen wirklichen Fortschritt der Menschheit zu erreichen, sind aber für tiefeschürfende Gesellschaftsanalysen und die Erneuerung der Gesellschaftskritik unverzichtbar. Vgl. Erich Fromm: Auf dem Wege zu einer neuen Gesellschaft, in: Erich Fromm – Lesebuch, München 1993.

und soziale Grundprobleme ernsthaft in Angriff zu nehmen, setzt allerdings Begrenzung der Profitdominanz und des zerstörerischen weltweiten Konkurrenzkampfes (Schutz und Förderung wirtschaftlicher Entwicklung in rückständigen Ländern/Gebieten, aber auch lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe in Industrieländern), Änderungen der Verteilungsstrukturen des gesellschaftlichen Reichtums sowie des ökonomischen Funktionsmechanismus, Demokratisierung in Wirtschaft und Politik und Machtkontrolle voraus. Dazu bedarf es stärkeren Drucks von unten, intensiven Widerstandes und einer Gegenmacht, an der nicht vorbeiregiert werden kann.

Die allein gewinnmotivierte, dem individuellen Kapital dienende und betriebswirtschaftlichen Nutzens- und Rentabilitätskalkülen untergeordnete Wirtschaftsentwicklung zugunsten einer vorrangig dem Gemeinwohl verpflichteten Wirtschaftsweise zurückzudrängen, kann nur in einem längerfristigen, widersprüchlichen Prozeß gelingen.

Objektive und subjektive Gegebenheiten, das Wesen der globalen Probleme und die Dringlichkeit der Konfliktschärfung lassen gar keine andere Wahl, als alle Anstrengungen zu unternehmen, um in der bestehenden Gesellschaftsordnung erste Lösungsansätze zu finden und im breitesten Bündnis ihre Verwirklichung anzustreben – trotz existierender Interessendifferenzen, ja -gegensätze, was die ganze Problematik und Widersprüchlichkeit der Situation und Aufgabenstellung verdeutlicht. Aber stets entwickelten sich Keimformen neuer ökonomischer und gesellschaftlicher Verhältnisse im Schoße der alten. Heute sicher nicht anders, vielleicht nur zählebiger (das Alte) und komplizierter (das Neue).

Es ist also einerseits der nötige Realitätsbezug, daß aufgrund der Gesamtheit konkreter Umstände die geschichtliche Aufgabe zunächst »nur« darin bestehen kann, einen Durchbruch, einen Übergang zu umweltfreundlichen, sozialen und solidarischen Wirtschafts- und Lebensformen zu erreichen. Das wäre aber sehr viel!, wahrhaft eine Revolution, der Beginn einer neuartigen Entwicklungsphase der menschlichen Zivilisation. Andererseits ist es die Absage an Idealvorstellungen gesellschaftlicher Verhältnisse, endgültiger, finaler Zustände, denen eine zutiefst undialektische, ahistorische Betrachtungsweise zugrundeliegt.

Ist es nicht geradezu vermessen, sich im Besitz der Wahrheit zu wähnen, wie ein anderes Wirtschaftssystem und neue Lebensweisen aussehen werden? Die Entstehung neuer Produktions- und Verkehrsformen sowie Wertvorstellungen setzt ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen voraus und geht mit diesen einher. In welchen konkreten Formen jedoch und unter welchen Bedingungen dies erfolgen wird und bis zu welcher Grenze sich dabei der Kapitalismus als reformierbar erweist, wird die Zukunft zeigen. Gegenstand von Analysen und Untersuchungen können nur ihre (wahrscheinlichen) allgemeinen Konturen und mögliche Entwicklungsszenarien sein.

Wenn wir die (relative) Unbestimmtheit der gesellschaftlichen Entwicklung akzeptieren und davon ausgehen, daß ein zukunfts-fähiges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem neben spezifischen

Ein »Minimalprogramm« dieses Übergangs müßte vor allem vier Bereiche umfassen:

- Wende im Stoffwechsel des Menschen mit der Natur;
- ernsthafter Abbau sozialer Gegensätze, Sicherung materieller und kultureller Grundbedürfnisse für alle Menschen;
- Umstellungen in der Erwerbsarbeit und breite Entwicklung neuer Beschäftigungsfelder für in unbegrenztem Umfang existierende gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Tätigkeiten;
- Überwindung der Unterentwicklung durch eigenständige, den konkreten Bedingungen der Länder entspre-

ökonomischen auch eigene geistig-kulturelle Grundlagen und Werte voraussetzt (bei Weiterentwicklung in diesem System), wird deutlich, daß es nicht nur und nicht mal in erster Linie wegen des fraglichen subjektiven Faktors abwegig und höchst einseitig ist, vorrangig auf Eigentumswechsel zu setzen, sondern vor allem auch deshalb, weil ein solcher Wechsel nichts bringen, zu keiner Qualität führen würde, wenn bewußtseinsmäßige Voraussetzungen nicht bis zu einem bestimmten Grad entwickelt und große Teile der Menschheit weiter dem zerstörerischen Wachstums- und Wohlstandsmodell verhaftet sind, es als Entwicklungsmodell ansehen.

Wertewandel – praktische Veränderungen von unten

Wertewandel und Selbstveränderung besitzen beim jetzigen Entwicklungsstand der menschlichen Zivilisation einen großen Stellenwert im gesellschaftlichen Umgestaltungsprozeß. Eine ökonomische und gesellschaftliche Umwälzung, die den ökologischen und sozialen Ansprüchen genügt, ist nur als ein bewußt gestalteter Prozeß vorstellbar. Dabei sollte allerdings diese Seite weder verabsolutiert – und damit das entscheidende Wechselverhältnis zu Veränderungen der ökonomischen, materiellen Grundlagen negiert – noch geringgeschätzt werden. Letzteres scheint uns jedoch gegenwärtig das größere Übel zu sein.

Ohne neue Einsichten und Einstellungen zu Lebensqualität, zum Zweck des Wirtschaftens, zum Verhältnis Mensch – Natur sind tiefergehende Umgestaltungen undenkbar. Davon werden ihre Beziehungen und Impulse maßgeblich bestimmt. Dabei besteht zwischen der Veränderung der Umstände und der Selbstveränderung ein wechselseitiger Zusammenhang (sehr gut bei H. Wagner: »Menschliche Selbstveränderung in der globalen Revolution« in »UTOPIE kreativ«, Heft 31/32 entwickelt).

Die Problematik der Veränderbarkeit menschlicher Verhaltensweisen (Möglichkeiten, Bedingungen, Grenzen) ist ein eigener großer Untersuchungsgegenstand (der Sozialpsychologie und anderer Disziplinen), deren Erkenntnisse weit mehr Beachtung verdienen. Visionen anderen Lebens, gesellschaftliche Alternativen, dürfen biologisch und anthropologisch bedingte Wesenseigenschaften des Menschen nicht als eine zu vernachlässigende Größe betrachten, wie dies so oft aus marxistischer Sicht geschehen ist, woraus haltlose »Theorien« über den »neuen Menschen« – mit entsprechender Praxis! – entstehen. Die Geschichte der menschlichen Evolution beweist jedoch andererseits die Fähigkeit des Menschen zur Anpassung (Selbstveränderung) an neue gesellschaftliche und Umweltbedingungen und die gewichtige Rolle sozio-ökonomischer Verhältnisse bei der Ausprägung bestimmter, sich unterscheidender Verhaltensweisen.

Der notwendige Bewußtseins- und Wertewandel wird neben Bildung und Aufklärung am ehesten durch alternative Bewegungen und im Prozeß praktischer Veränderungen befördert und konkrete Gestalt annehmen. Somit kommt auch aus dieser Sicht dem Weg von unten für gesellschaftlichen Fortschritt eine überaus große Bedeutung zu.

Entgegen dem verbreiteten Nihilismus und der abwertenden

chende Entwicklungsstrategien (also nicht nach dem westlichen historischen Auslaufmodell von Wachstum und Wohlstand), was Akzeptanz unterschiedlicher Entwicklungswege und deren umfassende Unterstützung durch die reichen Länder im Rahmen einer Neuordnung weltwirtschaftlicher Beziehungen bedingt.

Ist es nicht ein bedeutender Unterschied, ob Eigennutz zugleich dem Gemeinwohl verpflichtet ist oder ihm entgegensteht, zur Zerstörung des eigenen Ich und der Sozialisation führt? Tiefere Aufschlüsse über Stabilität und Veränderbarkeit menschlicher Verhaltensweisen im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß könnten durch weitergehende Untersuchungen des komplizierten wechselseitigen Zusammenwirkens von sozio-ökonomischen Grundlagen und biologischen, psychologischen und ideologischen Aspekten gewonnen werden.

Meinung gibt es hierfür hoffnungsvolle Ansätze, nicht nur in bezug auf die sensiblere (wenn auch widersprüchliche) Umweltreaktion vieler Menschen, sondern auch in Form zahlreicher sozialer und ökologischer Alternativprojekte, verschiedener Bewegungen und Aktionen: Aktivitäten gegen Umweltzerstörung und verschwenderischen Konsum, für alternatives Wirtschaften in Industrie, Energieerzeugung, Landwirtschaft und Nahrungsgüterherstellung bis zum Handel (teilweise in Formen selbstorganisierter Unternehmungen in Produktions- und Dienstleistungsbereichen), für gesundes Wohnen und umweltfreundliche Verkehrsobjekte; Entwicklung selbstbestimmter, emanzipatorischer Lebensstile u.a.m.

Wäre nicht der Widerstand aus Wirtschaft und Politik und würde das Umdenken von den Massenmedien gebührend gefördert, hätte diese Entwicklungsrichtung, trotz allem Beharrungsvermögen, mit Sicherheit bereits mehr Gewicht. Auf diesem Wege bilden sich innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in einem Prozeß von »Versuch und Irrtum« neue Ansichten und Formen der Produktion und der Lebensgestaltung und eine neue Werteskala heraus. Praktische Erfahrungen und Erkenntnisse für den sozialen und ökologischen Umbau werden gewonnen (u.a. hinsichtlich zukunftsfähiger wirtschaftlicher Organisations- und Kooperationsformen mit neuartigen arbeitsteiligen Austauschbeziehungen), die sonst nicht verfügbar wären und auch für theoretische Verallgemeinerungen unentbehrlich sind. Abstrakte, oft nebulöse Auffassungen über ökonomische und gesellschaftliche Umgestaltungen erfahren mehr Konkretheit. Alternative Wirtschafts- und Lebensformen werden in gewisser Weise auf ihre »Machbarkeit« erprobt, Menschen zum Nachdenken und Verhaltenswandel angeregt und der Druck auf Kursänderung von »oben« verstärkt.

Tiefgreifende wirtschaftliche und gesellschaftliche Umbrüche sind daher – entgegen der Meinung auch beträchtlicher Teile der Linken – ohne vielfältige Bewegungen von unten undenkbar. Eigeninitiative und Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und Selbstorganisation sind bestimmende Merkmale höherer gesellschaftlicher Zustände, die in höchstmöglichem Maße unterstützt und gefördert werden sollten.⁵

Einen Durchbruch zum nachhaltigen Wirtschaften, zu sozialen und solidarischen Lebensverhältnissen zu erzielen, setzt Veränderungen im »Kleinen« und »Großen« voraus. Dem selbstverantwortlichen Bemühen, der Schaffung von Tatsachen und der damit einhergehenden Entwicklung von Gegenkultur kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

5 Zur Bedeutung alternativer Bewegungen siehe auch Ullrich Weiss: Die menschliche Emanzipation – von der Utopie zur Wirklichkeit, in: UTOPIE kreativ, Heft 61 (November 1995)

BRUNO ORTMANNS

Plädoyer für eine neue Welt(un)ordnung – Zur Diskussion einer kreativen Utopie

Problemskizze und Paradigma

Die »Dritte Welt« ist in den Medien, in der Weltwirtschaft, im Rahmen der Entwicklungshilfe und in der Universalgeschichte ein marginalisiertes und belogenes Modell, das allenfalls der Spielball der »alten« und »neuen« Großmächte und korrupter Eliten, Versuchsfeld für Anpassungsprogramme von Weltbank und Internationalem Währungsfonds, Tummelplatz für Entwicklungshelfer oder Tummelplatz für Wissenschaftler, die insbesondere in den Wintermonaten vor dem eisigen Klima in ihren postindustriellen Gesellschaften fliehen, war und ist.

Das Ende des Ost-West-Konflikts und die damit verbundenen ökonomischen und machtpolitischen Interessen scheinen die oben skizzierten Tendenzen zu verstärken. Osteuropa und die »Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)« gelten bereits heute bei vielen Vertretern aus Wirtschaft und Politik als Zukunftsmarkt, den es auszubeuten und in den es zu investieren gilt. Gleichzeitig gibt es hier ökonomische, soziale, politische und ökologische Krisengebiete, deren Brisanz u.a. durch Entwicklungshilfe, wirtschaftlich-technische Kooperation und leider auch militärische Interventionen entschärft werden soll. Die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, Nationalismus und islamischer Fundamentalismus in Mittelasien und im Transkaukasus, die Auswirkungen der Atomwaffenversuche der damaligen sowjetischen Regierung in der kasachischen Steppe bei Semipalatinsk und die Austrocknung des Aralsees sind nur einige wenige Beispiele dafür. Eine allzu einseitige Konzentration des Westens auf diese Probleme und Perspektiven, wie sie von einigen Politikern der »Dritten Welt« – nicht zu Unrecht – befürchtet wird, würde jedoch die Entwicklungsperspektive der gesamten Erde in Frage stellen. Welche Problemlösungen sind hier angebracht, etwa nach dem Vorbild der europäischen und US-amerikanischen Entwicklung?

Angeichts der dringenden Probleme in der »Dritten Welt« und auch in anderen Ländern und Kontinenten sind Strategiemodelle und Problemlösungen gefragt, die die Unterschiedlichkeit der jeweiligen Systemkonfigurationen berücksichtigen.

Bisherige Strategien

Reduzieren wir die in den letzten Jahrzehnten erarbeiteten entwicklungspolitischen Strategien auf ihre Grundstruktur, so lassen sich drei unterschiedliche Versionen unterscheiden, die sich in

Bruno Ortmanns – wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Soziologie der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen mit folgenden Arbeitsschwerpunkten: sozialwissenschaftliche Entwicklungstheorien und -strategien, Asien- (insbesondere VR China) und Afrika-Forschung, Wirtschafts- und Entwicklungssoziologie, Entwicklungs- und Umweltpolitik, soziologische Theoriegeschichte, Friedens- und Konfliktforschung.

»Wenn die Millionenmassen Afrikas und Lateinamerikas ebensowenig »neue Märkte« hervorbringen konnten wie diejenigen des indischen Subkontinents, warum sollte die Marktwirtschaft dann im Osten erfolgreicher sein? Vielleicht tut sich ein ganz anderes als das blauäugig erwartete Szenario auf: nämlich die absolute Unfähigkeit der modernen Vergesellschaftung, die überwältigende Mehrzahl der globalen Menschheit in ihren Reproduktionsprozeß aufnehmen zu können. Der absolutistische Anspruch, daß die ganze Erde den westlichen Gesetzen von

Markt, Konkurrenz, Geld und Demokratie folgen soll, müßte sich dann auf peinliche Weise blamieren.«
Robert Kurz: Die Krise, die aus dem Osten kam. Wider die Illusion vom »Sieg« des Westens und seiner Marktwirtschaft,
in: Frankfurter Rundschau vom 7. September 1991.

»Rohstoffpreise sollen stabilisiert und garantiert werden. Multinationalen Konzernen sollen staatliche Leitplanken gesetzt werden (Verhaltenskodex). Zölle und Handelschranken der Industrieländer sollen abgebaut werden. Die Entwicklungshilfe soll massiv erhöht, die Vorzugskredite sollen erweitert werden. UNO, UNCTAD und andere UNO-Organisationen sollen Regeln schaffen, um jüngeren Marktteilnehmern den Zugang zum Weltmarkt zu erleichtern«
Rudolf H. Strahm: Warum sie so arm sind. Arbeitsbuch zur Entwicklung der Dritten Welt mit Schaubildern und Kommentaren.
Wuppertal 1986, S. 195.

»Der Begriff neue internationale Wirtschaftsordnung (NIWO) ... – obwohl nicht klar definiert – bezeichnet inhaltlich den Gesamtkomplex von konzeptionellen Vorstellungen, Programmen und Maßnahmen zur demokratischen Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen im Interesse vor allem der Entwicklungsländer mit dem Ziel, ihre arbeitsteilige Stellung im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem zu verbessern. (...) Das Programm der Entwicklungsländer zur NIWO sowie die Ziele und Maßnahmen

Anlehnung an R. H. Strahm (1986, S. 194f.) folgendermaßen charakterisieren lassen:

Erstens: Wachstum durch Integration in die liberale Weltwirtschaft,
Zweitens: Neue Weltwirtschaftsordnung,
Drittens: Eigenständige Entwicklung (self-reliance, selektive Abkopplung aus der Weltwirtschaft).

Der zuerst genannte Strategieansatz will die »Dritte Welt« durch die Ausweitung des Handels, durch Privatinvestitionen und Entwicklungskredite in die Weltwirtschaft integrieren. Diese Strategie wird vor allem von den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern der »Ersten Welt«, den westlich orientierten Oberschichten in der »Dritten Welt«, die sich von der Integration in die Weltwirtschaft die Erhaltung ihrer ökonomischen und politischen Macht versprechen, internationalen Banken, multilateralen Finanzinstitutionen (u.a. Weltbank, Internationaler Währungsfonds) und den international tätigen Großkonzernen verfolgt. Auch die Befürworter des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), das nach der Konferenz in Marrakesch im April 1994 zur Welthandelsorganisation (WTO) umgewandelt worden ist, können in die Reihe der Verfechter dieser Strategie eingereiht werden, obwohl es seitens verschiedener Länder aus der »Ersten« und der »Dritten Welt« immer wieder vehemente Widerstände gegen eine Liberalisierung des Welthandels gegeben hat und wahrscheinlich auch weiterhin geben wird. Im Rahmen dieser Strategie wird der »Dritten Welt« die Schaffung und Etablierung eines guten Investitions- und Handelsklimas nahegelegt, das u.a. die Tätigkeit multinationaler Konzerne und internationaler Kreditinstitute im jeweiligen Land stimulieren soll (vgl. Strahm 1986, S. 195).

Die Forderung nach einer »Neuen Weltwirtschaftsordnung« – als zweite Strategieversion, wurde insbesondere nach der Ölkrise 1973/74 von den Regierungen der südlichen Entwicklungsländer entwickelt. Der auf rein wirtschaftliche und ordnungspolitische Faktoren fixierte Ansatz klammert gesellschaftliche Entwicklungen und Strukturen weitgehend aus den Forderungen aus. Obwohl diese Strategie langfristig auch eine Integration der »Dritten Welt« in die Weltwirtschaft anstrebt, kritisiert sie gleichzeitig aber auch die heutige Weltwirtschaft und verlangt mehr Regelungen und Rechte für die »Dritte Welt«, die sich in einer Reihe von Bereichen und Forderungen manifestieren (vgl. Ochel 1982, S. 255ff.):

– In bezug auf die Verschuldung geht es um allgemeingültige Umschuldungsrichtlinien, um die Erleichterung der Schuldenlast bei den von Naturkatastrophen und von Strukturbrüchen in der Weltwirtschaft besonders betroffenen Ländern (Most Seriously Affected Countries; MSAC) sowie um einen Schuldenerlaß für die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries; LDC).

– Im Bereich der wirtschaftlichen Souveränität werden vor allem die Kontrolle von multinationalen Konzernen, das Recht auf Verstaatlichung ausländischen Besitzes, die nationale Verfügung über die natürlichen Ressourcen, Selbstbestimmung und eine verbesserte Mitbestimmung in internationalen Organisationen (Internationaler Währungsfonds, Weltbank etc.) gefordert.

– In der internationalen Rohstoffpolitik geht es dementsprechend um die Indexierung der Rohstoffpreise, die Errichtung von Rohstoffkartellen und die Umsetzung eines integrierten Rohstoffprogramms.

– In bezug auf Industrialisierung und Handelsliberalisierung sollen vor allem eine Strukturanpassungspolitik in der »Ersten Welt« sowie die Öffnung der Märkte der Industrieländer, die Schaffung von multilateralen Industriekooperationen und eine stärkere traditionelle Entwicklungspolitik durchgesetzt werden.

– Ferner werden eine bessere Kontrolle über multinationale Konzerne und günstigere Bedingungen für den Technologietransfer, der Ausbau von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in der »Dritten Welt« und ein Verhaltenskodex für multinationale Konzerne angestrebt.

– In bezug auf das internationale Währungssystem geht es um eine Verbesserung der Kreditfazilitäten des Internationalen Währungsfonds, eine Erhöhung der internationalen Liquidität und stabilere Wechselkurse.

– Schließlich soll die öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance; ODA) erhöht und eine Qualitätsverbesserung sowie eine stärkere Multilateralisierung, inklusive einer Automatisierung des Ressourcentransfers erreicht werden.

Der dritte Strategieansatz will durch nationale Eigenständigkeit (self-reliance) bzw. kollektive Eigenständigkeit, Süd-Süd-Kooperation, (collective self-reliance) die Entwicklung im jeweiligen Land vorantreiben, wobei zunächst bzw. zeitweise eine selektive Abkopplung von der Weltwirtschaft durchaus sinnvoll sein kann, wie historische Beispiele belegen (vgl. Strahm 1986, S. 197f.):

Der Handelsprotektionismus des Deutschen Reiches in der Mitte des 19. Jahrhunderts war durchaus erfolgreich gegen die industrielle Konkurrenz Englands. Während dieser »Schutzperiode« konnten sich Industrie, Agrarwirtschaft und Handel selbständig entwickeln. Die Unabhängigkeit der USA begann 1787 u.a. mit der Abkopplung von England (Teestreich von Boston), die eine längere Periode weiterer selektiver Abkopplung nach sich zog. Japan öffnete sich erst zu Beginn dieses Jahrhunderts dem Weltmarkt, nachdem es zuvor einen relativ funktionstüchtigen Binnenmarkt aufgebaut hatte. Trotz der bereits starken Verflechtung mit dem Ausland zu Beginn der industriellen Revolution ist die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz nur durch den eigenständigen Aufbau der Binnenwirtschaft, basierend auf der Landwirtschaftsentwicklung, erklärbar, die wiederum weitere Entwicklungen in vor- bzw. nachgelagerten Produktions- und Dienstleistungsstufen zur Folge hatte. Auch der eigenständige Entwicklungsweg der Volksrepublik China von 1949 bis zum Ende der 1970er Jahre ist in diesem Zusammenhang hier zu erwähnen, da er zu beachtlichen Erfolgen geführt hat, die allerdings viele Menschen mit dem Leben bezahlt haben.

Besonders eindrucksvolle Beispiele liefern die Länder bzw. Kontinente, deren selektive Abkopplung von der Weltwirtschaft nicht unbedingt selbst gewollt war. So hat der Wirtschaftshistoriker André Gunder Frank (1969) für Lateinamerika festgestellt, daß dort die Entwicklung des Binnenmarktes besonders erfolgreich

zur Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind in grundlegenden Resolutionen der UNO niedergelegt. Dazu gehören vor allem die Deklaration und das Aktionsprogramm über die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung der VI. UNO-Sondertagung und die Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten...« Handbuch Entwicklungsländer. Sozialökonomische Prozesse, Fakten und Strategien, Berlin/DDR 1987, S. 133/134.

»Die dependenztheoretische Kritik an der NIWO orientierte sich an einem Entwicklungskonzept, das unter dem Begriff Self-reliance in das entwicklungspolitische Vokabular einging und von Dieter Senghaas als ›autozentrierte Entwicklung‹ (d.h. 'Entwicklung nach innen') in die akademische Diskussion eingeführt wurde. Self-reliance ist der Gegenbegriff zu Abhängigkeit und ›Entwicklung nach außen‹. Sie bedeutet und fordert: Selbstvertrauen, Selbstbestimmung, Selbstverantwortung, Vertrauen auf die eigenen Kräfte und Ressourcen.« Franz Nuscheler: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Bonn 1991, S. 321 (Hervorh. im Original).

war, als in Europa und Nordamerika Krisen oder Kriege herrschten, was natürlich nicht heißen soll, daß die »Erste Welt« Krieg untereinander führen soll, um der »Dritten Welt« eine auf »self-reliance« gegründete Entwicklung zu eröffnen.

Die eher nachlässig befolgten Handelsboykotte der Vereinten Nationen gegen das ehemalige Südrhodesien (Zimbabwe) Mitte der sechziger Jahre zwangen das Land zum Aufbau einer Binnenindustrie, der weitere Wachstumsprozesse auslöste. Ähnliches kann auch für Südafrika festgestellt werden, wobei allerdings die Apartheid-Politik in diesem Zusammenhang nicht ignoriert werden kann.

An dieser Stelle könnten wir weitere Beispiele (etwa die skandinavischen oder einige heute wirtschaftlich prosperierende asiatische Länder) für eine zeitliche und/oder branchenspezifische selektive Abkopplung von der Weltwirtschaft nennen, die zu beachtlichen Erfolgen geführt hat. Die hier angeführten Beispiele reichen bereits aus, um Strategie 3 als möglichen Entwicklungsweg zu kennzeichnen. Aufgrund der jeweils besonderen historischen Konstellation ist es jedoch höchst fragwürdig, die hier angeführten Beispiele umstandslos auf alle Länder der »Dritten Welt« zu übertragen.

Konfigurationsspezifische Strategieinterpenetration – eine konkrete Utopie

»Kein Zweifel besteht jedoch daran, daß Globalisierung Ungleichheit nicht ausschließt, sondern sie befördert und geeignet ist, Konflikte zu provozieren. So wirken die Tendenzen in Richtung Weltgesellschaft ebenso wie die Gegentendenzen der Abschließung gegen die weltgesellschaftlichen Zumutungen. Die Weltgesellschaft bleibt eine Utopie.«

Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: Die globale Ökonomie am Ende des 20. Jahrhunderts. In: Widerspruch, Heft 31 (1996), S. 30.

Es wird also deutlich, daß ein eigenständiger, vor allem kollektiv eigenständiger, Entwicklungsweg im Rahmen einer Kooperation zwischen Ländern des Südens und zwischen Staaten der »Ersten« und der »Dritten Welt« nicht mit der vollkommenen Abschottung vom Weltmarkt einhergehen muß. Im Gegenteil, da wo es sinnvoll und notwendig ist, können Handels- und Investitionsbeziehungen durchaus fruchtbar für die Entwicklung eines jeweiligen Landes sein, falls es im Rahmen dieser Beziehungen nicht zu ausbeuterischen Verhältnissen eines oder mehrerer Länder gegenüber einem oder mehreren anderen Ländern kommt, was die Befolgung einiger Regeln des Konzepts der »Neuen Weltwirtschaftsordnung« verhindern könnte.

Die unübersichtliche Situation und Entwicklung der letzten Jahre und die damit verbundene Verschiebung der weltpolitischen und -wirtschaftlichen Landkarte haben zu neuen Unsicherheiten, insbesondere für die Länder der »Dritten Welt« geführt. Aber gerade diese Weltunordnung, mit der sich auch die »Erste Welt« zunächst zu rechtfinden muß, was noch einige Zeit dauern wird, stellt sich für die Länder der »Dritten Welt« auch als Chance dar, ihren jeweilig spezifischen Entwicklungsweg zu finden. Dabei kann jede der oben skizzierten Strategien oder Teile daraus eine Art Ariadnefaden sein, um aus dem Labyrinth der Unfreiheit und Abhängigkeit zu finden, mehr aber auch nicht. Keine der Strategien ist zeitlich und räumlich allgemeingültig, zumal jede Strategie erhebliche Schwächen aufweist. Jedes einzelne Land bzw. jede einzelne Region muß also selbst den eigenen Entwicklungsweg finden. Entscheidungen über einzuschlagende Entwicklungswege sollten dabei möglichst demokratisch gefällt werden, wobei man demokrati-

sche Entscheidungsstrukturen nicht notwendigerweise an den sogenannten Demokratien der »Ersten Welt« messen muß, da es diese Strukturen auch in der »Dritten Welt« gab bzw. gibt und sie somit vorhanden oder reaktivierbar sind.

Literatur:

- André Gunder Frank: Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika., Frankfurt am Main 1969.
 Robert Kurz: Die Krise, die aus dem Osten kam. Wider die Illusion vom »Sieg« des Westens und seiner Marktwirtschaft, in: Frankfurter Rundschau vom 07. September 1991.
 W. Ochel: Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft. Eine problemorientierte Einführung mit einem Compendium entwicklungstheoretischer und -politischer Begriffe, Köln 1982.
 Rudolf H. Strahm: Warum sie so arm sind. Arbeitsbuch zur Entwicklung der Unterentwicklung in der Dritten Welt mit Schaubildern und Kommentaren, Wuppertal 1986.

ANZEIGE

»Werk und Wirken von Fritz Behrens«

4. Walter-Markow-Colloquium am 9. November 1996

Der Rosa-Luxemburg-Verein lädt herzlich zum 4. Walter-Markow-Colloquium ein. Die Veranstaltung ist Werk und Wirken von Markows Fakultätskollegen, dem Wirtschaftswissenschaftler

FRITZ BEHRENS (20. September 1909 – 16. Juli 1980)

gewidmet, der vor 50 Jahren, im Herbst 1946, seine Lehrtätigkeit an der Leipziger Universität aufnahm.

Für die Diskussion sind folgende Schwerpunkte vorgesehen:

- Fritz Behrens Wirken an der Leipziger Universität,
der Akademie der Wissenschaften der DDR und
der Zentralverwaltung für Statistik
- Fritz Behrens Beiträge zu Wissenschaftstheorie und
Wirtschaftspolitik
- Fritz Behrens Beiträge zur Geschichte der Politischen
Ökonomie
- Fritz Behrens Vorstellungen von einer sozialistischen
Gesellschaft

Es ist geplant, das Colloquium in Leipzig durchzuführen. Wir bitten alle, die Interesse an der aktiven oder passiven Teilnahme haben, die Teilnahmeerklärung an folgende Adresse zu senden oder sich telefonisch anzumelden. Sie erhalten dann Programm, Teilnehmerliste sowie weitere Informationen:

Rosa-Luxemburg-Verein e.V. Leipzig
 Sternwartenstraße 31
 04103 Leipzig

Telefon und Fax: 0341 / 9 60 85 31

PETER KRATZ

Neokonservatismus in der SPD

Peter Kratz war sechzehn Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter von SPD-Bundestagsabgeordneten, kandidierte 1994 für die PDS zum Bundestag und veröffentlichte 1995 das Buch »Rechte Genossen. Neokonservatismus in der SPD«.

»Oskar Lafontaine hat erst kürzlich ein brillantes 20-Punkte-Programm der Wirtschafts- und Finanzpolitik veröffentlicht. Sehr viel davon könnte er mit Kurt Biedenkopf, das meiste vermutlich auch mit Kohl und Waigel, aber keine zehn Prozent mit Gysi verwirklichen.«
Klaus von Dohnanyi 1994

»Die Sozialdemokraten sagen nicht, daß Einschnitte in konsumtive Ausgaben nicht vorgenommen werden dürfen. Wir haben deshalb schon beim Sozialpakt einer Begrenzung etwa des Zuwachses der Sozialhilfe zugestimmt.«

Oskar Lafontaine 1993

»Für einen Sozialdemokraten kann es nicht modern sein, Lohnsenkung und Sozialabbau zu fordern.«

Oskar Lafontaine 1996

»In Ostdeutschland eilen die Löhne der Produktivität in der Tat zu weit voraus.«

Oskar Lafontaine kam beim Mannheimer Parteitag 1995 an die Spitze der SPD, nachdem er eine scheinbar internationalistische und pazifistische Parteitagsrede gehalten hatte. Was die depressiv gewordene Seele vieler Delegierter wie im Rausch tröstete, täuschte sie gleichzeitig darüber hinweg, daß der neue SPD-Vorsitzende zu den Verfechtern einer innen- und sozialpolitischen Wende nach rechts gehört. Schon in den 80er Jahren entfachte er gegen den Widerstand der Gewerkschaften eine Debatte um den Arbeitsbegriff und die Arbeitszeit der abhängig Beschäftigten: Man dürfe Arbeit nicht länger mit Erwerbsarbeit gleichsetzen, auch Hausarbeit gehöre dazu. Das klang nach Frauenemanzipation, doch schon sein Versuch, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, erstaunte: »Die Neudefinition der Arbeit hebt den Begriff der Arbeitslosigkeit auf«, meinte er 1988. Alles ist Arbeit und Arbeitslosigkeit gibt es gar nicht.

Damals entdeckte ein einsamer Theoretiker der Partei, der Ökonom Fritz Scharpf, den Beruf des Dienstmädchens als Arbeitsplatzreservoir wieder. Vor ihm war nur die FDP auf diese Idee verfallen. Seit dem Mannheimer Parteitag nun gehören »Haushaltshilfen« zum Arbeitsmarkt-Instrumentarium der SPD, beschlossen im wirtschaftspolitischen Leitantrag, den Lafontaine und der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Wolfgang Clement erarbeitet hatten. Wohl dem, der sich Mägde und Diener leisten kann, sozialversicherungspflichtig versteht sich: Nachdem der Oppositionsführer im Bundestag, Rudolf Scharping, der Senkung des Spitzensteuersatzes auf vierzig Prozent zugestimmt hat, werden es wohl demnächst wieder mehr sein. Dann endlich sinken die Arbeitslosenzahlen!

Lafontaine gehörte auch zu den ersten in der SPD, die zugunsten unbegrenzter Maschinenlaufzeiten den Achtstundentag und das arbeitsfreie Wochenende inklusive des Sonntags in Frage stellten. »Ein guter Entwicklungsingenieur ist nie außerhalb seiner Arbeit«, meinte er 1993. Alles ist Arbeit und Freizeit gibt es gar nicht. Allzeit bereit zu stehen, auch dies ist heute Beschlußlage der Partei. Man nennt es »Zeitsouveränität« des Arbeitnehmers.

In der deutschen Sozialdemokratie hat eine Art Paradigmenwechsel stattgefunden, weg von Emanzipation und sozialer Sicherheit, hin zu den Interessen der Kapitaleigner, hin zum Lebensrisiko für Millionen. Der wirtschaftspolitische Leitantrag des letzten Parteitags schrieb den Wechsel unter der Überschrift »Arbeits-

plätze für Deutschland« fest. »Kostenentlastung der Wirtschaft« durch vielfältiges staatliches Handeln heißt die Parole, obwohl die deutschen Unternehmen in der letzten Dekade Gewinne einführen wie sonst nur zu Kriegs-Boom-Zeiten. Es war letztlich die Debatte um den »Wirtschaftsstandort Deutschland«, die bei der SPD den Rechtsruck zum Neokonservatismus bewirkte. Als die SPD-Führung mit der Asyl- und Blauhelm-Wende (»Petersberger Beschlüsse«) den europäischen Wohlstandsmarkt gegen seine Opfer, die Flüchtlinge, abschottete und gleichzeitig die militärische Sicherung von Drittweltmärkten möglich machte, erfüllte sie zwar bereits zentrale Forderungen der Kapitalseite aus der Standortdebatte. Doch die wirtschafts- und sozialpolitischen Aussagen seit dem Wahljahr 1994 zeigen erst das ganze Ausmaß dieser Wende.

Die gesamte Parteiprominenz propagierte in der Zeit vor und nach der Bundestagswahl 1994 einen breiten Sozialabbau, der enorme Finanzmittel freisetzen soll, um einen gigantischen Umbau der Gesellschaft zu finanzieren: Deutschland soll vor allem als Ort der Kapitalverwertung für die Kapitaleigner attraktiv bleiben. Lohnende Gewinne lassen sich heute aber nur noch mit Hochtechnologie-Produkten machen. Um sie zu entwickeln, wollen die Konzerne Subventionen jeder Art aus der Öffentlichen Hand und Produktionsbedingungen, die ihnen Vorteile auf dem Weltmarkt verschaffen. Bei allem aktuellen Personenstreit der Sozialdemokraten: Von der Spitze der Partei bis hinunter zu den Fraktionen der Länder- und Stadtparlamente ist man sich einig, daß »Modernisierung der Gesellschaft« in den 90er Jahren nicht mehr gleichbedeutend ist mit Emanzipation, mit Kultur und Bildung für breite Massen oder gar mit »Mehr Demokratie wagen«, wie noch in den 60er und 70er Jahren. »Zukunft« heißt unter den maßgeblichen Sozialdemokraten nicht mehr, die Bedingungen der Möglichkeit für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit eines jeden Individuums zu schaffen. Die neuen Inhalte von »modern« lauten jetzt: Reduzierung der Lohnnebenkosten, Abschaffung von Schutzvorschriften, Einschränkung von demokratischer Mitbestimmung auf allen Ebenen, Formierung der staatlichen Institutionen im Bildungs- und Forschungsbereich auf die Bedürfnisse der Hightech-Konzerne. Peter Glotz, der Architekt der heutigen SPD-Politik, schrieb schon 1984 kategorisch: »Es muß klipp und klar sein, daß die Linke vernünftige Bedingungen der Kapitalverwertung in Deutschland garantiert.«

Die Partei setzte im Wahljahr 1994 ein deutliches Zeichen, als Kanzlerkandidat Rudolf Scharping den damals mächtigsten Industriemagnaten Europas, den Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter, zu seinem wirtschaftspolitischen Ratgeber berief und ein Partei-Organ gründete, das man bisher nur von der CDU/CSU kannte: einen »Wirtschaftsrat«, für den er neben Reuter und anderen Managern des Finanz- und Produktionskapitals auch den Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und vormaligen IBM-Europa-Chef, Hans-Olaf Henkel, gewinnen wollte.

Reuter und Henkel stehen für Kahlschlag bei Arbeitsplätzen und Arbeitsschutz: Der eine schickte aus dem Verkehrs- und Hightech-Mischkonzern Hunderttausende in die Arbeitslosigkeit; der andere

setzte in der Computerbranche die Sonntagsarbeit durch. Auch der SPD-Sozialpolitiker Rudolf Dreßler stimmte dieser Richtung zu: Die Auswahl des neuen BDI-Chefs sei ein »Glücksfall«, denn Henkel verfüge nicht nur über wirtschaftspolitische Erfahrungen, sondern auch über »politische und gesellschaftliche Offenheit« für den »Umbau« von Sozialstaat und Gesellschaft. Das hörte sich bei Henkel so an: »Das Herumgeeiere über Umbau oder Abbau führt nicht daran vorbei: Wir müssen wirklich abbauen.« Und drei Monate später sagte er: »Wir müssen endlich einmal den Mut aufbringen, die ausgefertigten Leistungsgesetze auf den Prüfstand zu stellen.« Die bayrische SPD-Landesvorsitzende Renate Schmidt hatte sich schon im November 1994 nach einer Tagung des einflußreichen rechtssozialdemokratischen »Seeheimer Kreises« fast wortgleich geäußert und gefordert, den Kampf gegen den angeblich grassierenden Mißbrauch von Sozialleistungen zum Thema der SPD-Politik zu machen. Mitten in den Tarifauseinandersetzungen der Metall- und Elektroindustrie 1994 brachte die Sprecherin des SPD-Parteivorstands, Dagmar Wiebusch, eine Pressemitteilung unter der Überschrift »SPD und Gesamtmetall: Arbeitskampf muß vermieden werden« heraus. Solche Botschaften sind bereits verstanden worden. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Hans-Peter Stahl, bescheinigte im März 1995 der baden-württembergischen SPD, ihre Politik sei besser auf die Zukunft der Wirtschaft ausgerichtet als die der CDU.

»Winning Culture« als deutsches Weltmarktziel

Beispiele des Paradigmenwechsels gibt es viele in der neuen SPD. Der Wechsel selbst jedoch wurde durch die Grundsatzdebatten der 80er Jahre vorbereitet, die der langjährige Vordenker der Partei, Peter Glotz, maßgeblich bestimmte. Heute haben sich seine Positionen in der Partei breit durchgesetzt, er kann sich zufrieden zurückziehen. Zehn Jahre nach seiner Garantieerklärung für die Kapitalverwertungsmöglichkeiten veröffentlichte Glotz gemeinsam mit dem früheren schleswig-holsteinischen SPD-Wirtschaftsminister Uwe Thomas im Frühjahr 1994 das Buch »Das Dritte Wirtschaftswunder. Aufbruch in eine neue Gründerzeit«. Es war ein heimliches Regierungsprogramm, mit dem die Konzernchefs überzeugt werden sollten, daß ihre Interessen auch im Falle eines SPD-Wahlsiegs gewahrt blieben. Der Buchtitel zitiert das 19. Jahrhundert als Programm, einschließlich aller sozialen und ökologischen Folgen. »Winning culture« heißt die Devise, explizit von Glotz in seinen Reden der letzten Jahre als Zielorientierung der Sozialdemokratie ausgegeben. Der Begriff aus fremder Sprache beinhaltet nichts anderes als die wilhelminische und faschistische Überheblichkeit derer, die andere zu Verlierern machen wollen – seinerzeit von der Sozialdemokratie noch hartnäckig bekämpft.

Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie stimmte im April 1991 im SPD-Mitgliedermagazin »Vorwärts« das Parteivolk auf die neue Linie ein: »Die Außenpolitik der deutschen Sozialdemokratie darf nicht der verlängerte Arm von Pax Christi werden. Es gibt, im Zweifelsfall, in der Tat wichtigeres als den Frieden.« Glotz trat bereits 1992 für weltweite Kriegseinsätze der Bundeswehr ein,

denn Europa könne »nicht große Töne von einer Selbständigkeit spucken und immer dann, wenn doch einmal Soldaten notwendig sind, die Amerikaner bitten, die Sache zu erledigen«. Vor allem geht es um ökonomische Konkurrenz in der Weltmarkt-Triade, um Stücke vom Handels-Kuchen, die amerikanische GI's bisher für amerikanische Konzerne herauschneiden. Glotz und Thomas meinen, daß sich der europäische Wirtschaftsraum – faktisch deutsch geführt – die Welt untertan machen muß, daß überall Märkte, Rohstoffe, Humankapital zu erobern sind, wenn in Nordmitteleuropa Zukunft sein soll. Die Zielregionen der Expansion haben sie schnell abgesteckt: China und Ostasien, Indien, Osteuropa – Wachstumsregionen, in denen die schnelle Mark zu verdienen ist. »Hinzu kommen die Energie- und Rohstoffreserven von Rußland, Kasachstan und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion«, heißt es in ihrem Buch begehrllich. In scharfem deutschem Ton fordern sie, die Hightech-Produkte des deutschen Hochkapitalismus als »Weltstandards durchzusetzen« und so die Weltmarkt-Konkurrenten aus Nordamerika und dem Fernen Osten auszustechen.

Reichtum der Glücksritter als neues SPD-Ziel

Die Gefahren der Hightech-Weltmarkt-Offensive sollen vergesellschaftet werden. In Risiko-Kapitalfonds sollen sich die Länder und der Bund verstärkt engagieren: mit Steuergeldern, versteht sich, denn die Unternehmer scheuen das Risiko, eigenes Geld *va banque* zu verspielen. Gleichzeitig sollen Großunternehmen und das Finanzkapital an der Gründung »junger« Unternehmen beteiligt werden, in denen der Erfindergeist »junger« Kleinunternehmer offenbar unter der Kontrolle der Konzerne bleiben soll. »Das Engagement erfolgreicher und erfahrener deutscher Unternehmer steuerlich zu fördern, wenn sie ihr Vermögen in Beteiligung an solchen Unternehmen anlegen«, heißt es verklausuliert, wo es um nichts weiter als um die Abschöpfung von Kreativität geht. »Dabei sollte das Streben der Gründer nach Reichtum und Ansehen nicht verteufelt werden, sondern als positiver Impuls anerkannt werden«, meinen sie scheinheilig mit Blick auf »eine junge Generation ...«, die aus den Großorganisationen ausbrechen und ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen will, die Hierarchien ablehnt und auf Kooperation setzt«.

Glotz und Thomas bezwecken die völlige Entfesselung kapitalistischer Produktionsbedingungen, um das »dritte Wirtschaftswunder« zu realisieren. Eine extreme Unterordnung der gesamten Gesellschaft unter die Erfordernisse der Konzerne scheint ihr Ziel zu sein, vor allem der Erziehung und Bildung, der alten Felder emanzipatorischer Politik für die Parteilinke. Keineswegs denkt der Elite-Politiker Glotz daran, die Subventionen einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung zugute kommen zu lassen: »Für rund tausend potentielle Gründer pro Jahr sollte ein erstklassiges Seminarangebot mit straff strukturierten praxisorientierten und branchenspezifischen Kursen entwickelt werden. ... Unsere Hochschulen sollten vielfältige Vorlesungs- und Seminarangebote von Praktikern aus der Wirtschaft und dem Kapitalmarkt, von Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern schaffen, in denen die

Probleme und Chancen von Unternehmensgründungen für Studentinnen und Studenten und als Weiterbildungsangebot für Interessenten aus der Wirtschaft praxisnah dargestellt werden.«

Ausschalten der gesellschaftlichen Interessengruppen

Als bildungspolitischer Sprecher der Wahlkampfmannschaft 1994 verschärfte Glotz diese Aussagen noch: »Wir brauchen eine neue Bildungsidee in Deutschland, die Konturen eines Kern-Curriculums«, schrieb er in der Broschüre »Bildung – Forschung – Kultur«. Der Ton war militant: »Was will der neue Nationalstaat im Verhältnis zu seinen Nachbarn? ... Es ist unsere Aufgabe, aus verbeamteten Lehrkörpern und in Routine eingeschnürten Forschungsbeamten eine schlagkräftige, individuell zur Leistung motivierte Truppe zu machen. ... Einer der Schlüsselsätze in unserem Text läuft darauf hinaus, daß Wissenschaftspolitik den Mut haben muß, zwischen Erstklassigem, Durchschnittlichem und Schlechtem zu unterscheiden.« Solche Aussagen hatte man bisher nur von den Konservativen gehört, die Sozialdemokraten dagegen wollten die Schwachen fördern, statt die »Schlechten« einfach auszusortieren. In einem »Memorandum zur Innovationspolitik in Deutschland«, das Scharping, Glotz und Lafontaine im Mai 1994 vorstellten, wurde diese Art von »Zukunftspolitik« bekräftigt. Der Wirtschaft solle in den staatlichen Großforschungseinrichtungen »mehr Einfluß auf die Prioritätensetzung eingeräumt werden«, hieß es da. Der bisherigen Forschungspolitik fehle »eine konsequente Industrieorientierung, die das Ziel, neue Wachstumsmärkte mittelfristig zu gewinnen, realistisch erscheinen läßt«. Von der Emanzipation des Menschen – dem alten Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik – kein Wort mehr; die Kritik der Studentenbewegung an der Drittmittelforschung ist vergessen, statt dessen jetzt Formierung auf die Bedürfnisse der Hightech-Warenwirtschaft.

Glotz ging in seiner Broschüre noch weiter. Eine breite gesellschaftliche Debatte und Abstimmung über die Entwicklungsziele der Gesellschaft soll erst gar nicht zugelassen werden. Statt dessen sollen Experten entscheiden, nach Marktgesichtspunkten, nicht nach sozialen oder gar ethischen Kriterien. »Eine fachlich fundierte Auseinandersetzung um die Chancen des technischen Fortschritts ist eine ständige gesellschaftliche Aufgabe. Staat, Wirtschaft und Wissenschaft müssen systematisch zusammenarbeiten, um technologiepolitische Ziele zu setzen.« Die Gewerkschaften werden ebenso ausgegrenzt wie die neuen sozialen Bewegungen oder gar ethische und religiöse Interessengruppen. Mit dem wirtschaftspolitischen Leitantrag des Mannheimer Parteitags 1995 wurden die Glotz-Vorschläge zum Parteibeschuß: »Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu sichern und neue Märkte zu erschließen, brauchen wir einen industriepolitischen Dialog von Wirtschaft, Wissenschaft und Staat«, heißt es da – ohne die Gewerkschaften.

Die Strategen der Sozialdemokratie haben ein neues Idealbild: den Glücksritter. Glotz schwärmt vom »wagemutigen Unternehmer« und vom »freien Erfinder«; Lafontaine fordert staatliche Maßnahmen, damit mehr »Risikokapital« für die Hochtechnologie

bereitgestellt werde. Bisweilen nennt er es auch – der deutsche Doktor Faustus läßt mal wieder grüßen – »Wagniskapital«. Die Produktinnovationen für die Weltmarktoffensive sollen auf Teufel komm raus finanziert werden. Uwe Thomas schrieb 1995 in der sozialdemokratischen Theoriezeitschrift »Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte«, die Glotz als Chefredakteur leitet, über eine »Deregulierung von links«: »Wir brauchen dringend mehr ›Anarchie‹ des Kapitalmarkts durch Venture Capital und Öffnung der Börse für Newcomer und Störenfriede.« Dazu müsse »eine Börse, die risikoreich Kapital mit hohen Gewinnchancen anzulegen gestattet«, geschaffen werden. Was mit den Beschäftigten geschieht, wenn die Hasardeure Pleite gehen, darüber schwieg Thomas; doch seine Risiko-Börse steht nun im Mannheimer Parteitagbeschuß. So wirkt es sich aus, wenn die Gewerkschaften im »industriepolitischen Dialog« nicht mehr mitreden dürfen.

Die deutsche Gemeinschaft als »Exportweltmeister«

Was Glotz postmodern »winning culture« nennt, heißt bei Oskar Lafontaine treudeutsch »Exportweltmeister«. Und er meint es national. Das zeigte schon der Ort seiner Veröffentlichung, die Zeitschrift »Mut«. Das Blatt wurde unter den SPD-Bundeskanzlern bis 1982 im Verfassungsschutzbericht als rechtsextremistisch geführt und beweist durch seine kontinuierliche Heft-Nummerierung seit den 60er Jahren mit jeder Ausgabe erneut seine Herkunft aus dem militanten Neonazismus; »Mut«-Herausgeber ist ebenso kontinuierlich der frühere NPD-Bundestagskandidat Bernhard C. Wintzek. Hat die SPD keine besseren Zeitschriften mehr? Hier nun forderte Lafontaine im März 1995 »Mehr Kooperation statt Konfrontation« zwischen Kapital und Arbeit. »Moderate Tarifabschlüsse« und »strengste Ausgabendisziplin« seien nötig, »alle staatlichen Leistungen müssen überprüft werden. ... Es muß auch sichergestellt werden, daß die Sozialleistungen auf die wirklich Bedürftigen konzentriert werden.« Schon auf dem wirtschaftspolitischen Kongreß der SPD im Januar 1994 hatte Lafontaine sich für »ein entschiedenes Vorgehen gegen den Mißbrauch sozialer Leistungen« und »eine vorurteilsfreie Debatte über Löhne« ausgesprochen.

In der Debatte um den Arbeitsbegriff hatte Lafontaine 1988 gesagt: »Der Begriff der Arbeit sollte ... in Zukunft seine Bestimmung und Bewertung nicht in erster Linie aus der damit verbundenen Bezahlung erhalten, sondern daraus, inwieweit die Arbeit gesellschaftlich nützlich ist.« Wohin die Debatte geführt hat, machte er im April 1994 in der Wochenzeitung »Freitag« unter dem Titel »Zukunft der Arbeit: Kultargesellschaft als Prinzip« klar. Seine Argumentation mag als Klippschullatein erscheinen, zeigt jedoch, welches Verständnis von europäischer Kultur sich innerhalb der Sozialdemokratie breit macht und in wessen Interesse dies liegt. Die Stelle sei daher im Zusammenhang zitiert: »Mehr denn je ist Solidarität gefragt. Die Verpflichtung junger Menschen für das Gemeinwohl stand – auch etymologisch gesehen – am Anfang der republikanischen Idee. In dem Begriff ›res publica‹ – übersetzt: Die öffentliche Sache – steckt etymologisch das Wort ›pubes‹.

Unter dem Gesichtspunkt der sprachlichen Herkunft also ist die ›öffentliche Sache‹ einmal die Sache des ›Knaben‹ gewesen – kulturgeschichtliche eine Anspielung auf die Funktion der unverheirateten jungen Männer in den frühen römischen Gemeinschaften: Sie waren zu einer Art sozialem oder militärischem Dienst verpflichtet. Noch im 20. Jahrhundert empfinden wir es ja als selbstverständlich, daß junge Männer zum Wehrdienst eingezogen werden. Dabei nehmen wir hin, daß die Zivildienstleistenden relativ benachteiligt werden. Denn über die Möglichkeit, junge Menschen ganz allgemein zu einem sozialen oder ökologischen Dienst zu verpflichten, wird nur sehr zaghaft gesprochen. Durch eine solche Institutionalisierung der gesellschaftlichen Solidarität aber könnte manches Problem verringert werden.« So also muß man Lafontaines spätere Sätze aus »Mut« verstehen: »Deutschland braucht eine Modernisierungsstrategie« und »Die Investitionskraft der Unternehmen stärken«! Diese neuen sozialdemokratischen Rezepte kommen augenscheinlich von weit rechts her.

Wenn die Altlasten der industriellen Standorte von einem »ökologischen« Zwangsarbeitsdienst beseitigt werden, verringern sich nicht nur die Kosten für die Verursacher: die Stahl-, Elektro-, Chemie- und Energiekonzerne nämlich, die ansonsten für die gesundheitsbedrohenden Putzarbeiten horrenden Lohnzahlungen aufbringen müßten. Zudem verschwinden auch noch die Arbeitslosen von der Straße, ihre soziale Unterstützung kann eingespart werden – eine bewährte Strategie in Deutschland: »Der Adolf-Nazi hat doch vorgemacht, daß so etwas geht«, rumpelte Helmut Schmidt schon im Juni 1991 vor der Friedrich-Ebert-Stiftung unbedacht los, allerdings mit Blick auf die Finanzierung der Infrastruktur-Investitionen in Osteuropa. »Für eine allgemeine Dienstpflicht« in Deutschland sprach sich im August 1994 auch Florian Gerster aus, inzwischen SPD-Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit in Rheinland-Pfalz. Es bestehe ein »Trend zur Entsolidarisierung der Gesellschaft« – nicht etwa durch das Bündnis der SPD mit den Starken, sondern durch die »Maxime der Selbstverwirklichung« des Individuums, die durch eine »allgemeine Dienstpflicht« zurückgedrängt werden könne. »Der Wehrdienst stünde gleichberechtigt neben den Diensten im Sozialwesen, dem Umweltschutz und der Entwicklungshilfe«, so Gerster. Bereits im Januar 1994 hatte er in der FAZ die Arbeitsfront im Innern durch die Kriegsfrente draußen ergänzt: »Echte Bedrohungen des Weltfriedens, wie sie mit dem Völkermord auf dem Balkan entstanden sind, erfordern keine Blauhelme, sondern – wenn überhaupt – Eingreiftruppen von modern ausgerüsteten Soldaten.«

Karl-Heinz Klär – einst der Bürochef des Parteivorsitzenden Willy Brandt, dann als Chef der Mainzer Staatskanzlei engster Vertrauter Scharpings und als Kandidat für den Bundesgeschäftsführer der SPD im Gespräch, heute Bundesratsbeauftragter des Landes Rheinland-Pfalz - nahm im September 1994 in der Zeitschrift »Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte« kein Blatt mehr vor den Mund: Man solle sich doch nicht »vom Alb (sic!) des faschistischen Reichsarbeitsdienstes stillstellen lassen«. Nötig sei jetzt »ein Zivildienst nicht bloß als Alternative zum Wehrdienst,

sondern als ein umfassendes, variables Pflicht-Angebot, Betonung auf Pflicht und Angebot, den Nutzen nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der gezo-genen Individuen berechnend und mehrend: damit ließen sich viele Probleme anpacken, die unter den bestehenden Verhältnissen unlösbar erscheinen. Ich erwähne nur das Mißglücken von Berufsausbildung und Berufseinstieg in alljährlich Zigtausenden von Problemfällen oder die gesellschaftliche Integration von Jugendlichen aus Immigrantenfamilien.« Das freilich ist eine neue Dimension sozialdemokratischer Politik: Zwangsarbeit für Ausländerkinder, die als Lebenshilfe verkauft wird. Konzentrations-Besserungsanstalten für »Problemfälle« - wer definiert sie? Nach welchen Kriterien? Dazu fällt einem nicht viel mehr ein als »Arbeit macht frei«. Die Offenheit von Lafontaine, Schmidt, Gerster und Klär macht sprachlos.

Deutsche Gütezeichen

Die andere Seite des innenpolitischen Neokonservatismus ist ein offener Imperialismus nach außen. Lafontaine hatte schon 1993 vor der Friedrich-Ebert-Stiftung gesagt: »Wir müssen die modernste Forschungslandschaft der Welt aufbauen, wenn wir pro Kopf die größte Exportnation der Welt bleiben wollen, was wir immer noch sind. ... Wir sind Exportweltmeister geworden, weil wir es in der Vergangenheit immer geschafft haben, Spitzenprodukte zu entwickeln und neue Technologien, die die anderen noch nicht hatten, und die wir dann auf den Weltmärkten plazieren konnten.« Wir – sind das wieder die Deutschen der Volksgemeinschaft, die ihre Produkte notfalls mit militärischer Gewalt zu plazieren versuchten? Man tut der heutigen SPD kein Unrecht mit dieser Assoziation, denn sie erinnert selbst an den wilhelminischen Imperialismus, dessen Krieg sie 1914 unterstützte: »Nur durch neue Produkte und Produktionsverfahren«, erklärten die SPD-Wirtschaftspolitiker aus Bund und Ländern auf einer Konferenz im Juni 1994, »kann der Standort Deutschland dauerhaft gesichert werden. Wir wollen, daß ›Made in Germany‹ auf den Weltmärkten wieder zum Gütezeichen internationaler Spitzentechnologie und deutscher Qualitätsarbeit wird«, wie es schon zu Kaisers Zeiten war, als dieses »Gütezeichen« – damals noch gegen Großbritannien gerichtet – erfunden wurde. Weiter hieß es in dieser Erklärung, die von Scharping und Lafontaine der Presse vorgestellt wurde: »Die Anstrengungen deutscher Unternehmen zur Erschließung neuer Märkte müssen durch eine aktive Außenwirtschaftspolitik unterstützt werden. Ein Land, in dem jeder vierte Arbeitsplatz vom Export abhängt, kann es sich nicht leisten, daß unsere Unternehmen auf den Auslandsmärkten nur deshalb das Nachsehen haben, weil sich die Regierungen unserer Konkurrenten wirksamer für ihre Unternehmen einsetzen.« Die SPD benennt die Feinde klar: »In den letzten Jahren hat uns die japanische und amerikanische Industrie abgehängt«, hieß es in einem Wahlkampfprospekt vom Herbst 1994; im Europa-Wahlkampf einige Monate vorher stand da noch »gnadenlos abgehängt«. Die antideutschen Grausamkeiten der Weltmarktkonkurrenten können noch furchterregender ausgemalt werden: »Auf dem Weg zur japanischen Kolonie?« fragte die Partei-Mitglieder-

zeitung »Vorwärts« 1993. Dagegen darf man sich wehren, siehe 1914.

Unverhohlener Chauvinismus spricht auch aus einem Flugblatt, mit dem die Gruppe der SPD-Europaparlamentarier zur Zeit für die Einführung der einheitlichen europäischen Währung »Euro« wirbt: »Die Währungsunion will die deutschen Stabilitätskriterien europaweit durchsetzen. Die starke Mark wird zum starken Euro. Deshalb gibt es strenge Beitrittskriterien zur Europäischen Währungsunion.« Verschwiegen wird, daß die ärmeren Regionen Europas im Osten wie im Westen das neuerliche deutsche Durchsetzen bezahlen werden. Es war Peter Glotz und nicht – wie viele glauben – Wolfgang Schäuble, der als erster den Begriff »Kerneuropa« als politisches Ziel verkündete, die Entrechtung und Entsolidarisierung der europäischen Armutsperipherie inbegriffen. Scharping legte dann im September 1994 »Vier Thesen zu einer neuen Ostpolitik« vor, in denen es hieß: »Wir sollten uns auf ein Europa unterschiedlicher Dichte einstellen«, einen Wirtschaftsraum der konzentrischen Kreise um Deutschland als Mittelpunkt, mit Wohlstandsgefälle von innen nach außen.

Geopolitik »von Brest bis Brest-Litowsk«

Glotz bekennt sich klar zum neuen Imperialismus. Er will die Gesellschaft nicht nur nach innen formieren, auf das Gemeinschaftsgefühl der Ethnie, der Volksgruppen und »Stämme«, für die er den Minderheitenschutz der Kulturen fordert, wenn er die Verschiedenheit des Wohlstands über Europas Regionen hinweg meint: Billiglohngebiete für die Konzerne. Glotz versteht sich heute explizit als »Geopolitiker« und schämt sich nicht der Geschichte dieses Begriffs. Seine Europapolitik zielt vor allem – hoch über den folkloristischen Tümeleien seiner »Stämme« – auf die Einheit des europäischen »Großwirtschaftsraumes«, wie er das alte Ziel der Europastrategien des deutschen Kapitals wieder ehrlich benennt. In seinem Buch »Der Irrweg des Nationalstaats« von 1990 z. B. bezog er sich positiv und offen auf das ethnopluralistische Europakonzept von Ernst Jünger, das dieser 1941 niedergeschrieben hatte. Daß Jünger der Kopf der vorfaschistischen »Konservativen Revolution« war und dann 1941 Besatzungsoffizier der Nazi-Wehrmacht in Frankreich, störte wohl nicht weiter. In diesem Buch bezog Glotz sich ebenso positiv und offen auf den »Konservativen Revolutionär« Giselher Wirsing und dessen geopolitisches Konzept von »Zwischeneuropa«. Wirsing entwickelte es kurz vor der Machtübertragung an die Nazis als einen Weg zur wirtschaftlichen Hegemonie Deutschlands über die Region vom Baltikum bis zum Balkan; als SS-Offizier in Rußland setzte er es später in die Tat um. Dies hinderte Glotz nicht, Wirsings »Zwischeneuropa« nun als Konzept für die Sozialdemokratie der 90er Jahre zu propagieren. Der IG Farben-Funktionär Carl Duisberg schrieb am Ende der Weimarer Republik: »Ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das Rückgrad geben, dessen es zur Behauptung in der Welt bedarf.« Das Ziel ist geblieben. Peter Glotz schrieb 1990: »Das langfristige Ziel muß »Gesamteuropa« sein – ein voll integrierter Bundesstaat von Brest bis Brest-Lito-

wsk, vom Atlantik bis an die Westgrenzen der Sowjetunion.« Heute, nur fünf Jahre später, ist auch Odessa von den Sowjets frei.

Nationalgefühl statt Lohnerhöhung

Die Politik der Sicherung optimaler Kapitalverwertungsmöglichkeiten für die Besitzer von Kapital war den Besitzlosen immer schon schwer zu vermitteln. In der SPD greift man dazu heute wieder auf den bewährten Kleister des Nationalgefühls zurück. Die gesellschaftlichen Risse, die immer breiter werden, z. B. weil Hochtechnologie eben keine Massenarbeitsplätze schafft, sollen gekittet werden. Peter von Oertzen, einst linker Flügelmann der Partei, forderte 1991 in der Zeitschrift »Mut« den Regierungsumzug von Bonn nach Berlin als Symbol, aus Gründen der nationalen Identität, nicht etwa aus dem Grund, die Arbeitsplätze in den früheren Ministerien Ostberlins zu erhalten. Der damalige Berliner Jugendsenator und jetzige SPD-Bundestagsabgeordnete Thomas Krüger brachte das Problem im Dezember 1993 in der SPD-Zeitung »Berliner Stimme« auf den Punkt. In der Debatte um den sozialdemokratischen Rechtsausleger Tilman Fichter – Bildungsreferent des Parteivorstands und für die Fortbildung der Parteifunktionäre zuständig – und dessen Buch »Die SPD und die Nation« stellte sich Krüger auf Fichters Seite und erklärte unter der Überschrift »Nation steht auf der Tagesordnung« den Sinn von Fichters Partei-Arbeit: »In einem klaren Bekenntnis zur Einheit der Nation besteht die unabdingbare Voraussetzung für tatsächliche Solidarität zwischen West und Ost. Warum sollte die Verkäuferin aus München solidarisch mit einer ihr unbekanntenen Lehrerin aus Dresden sein? Wie erklärt man dem Kumpel aus dem Ruhrpott, daß er eine Solidaritätsabgabe für Ostdeutschland zahlen soll und wie bewegt man die Arbeiter aus Brandenburg zur Unterstützung ihrer Kollegen in Niedersachsen?« Es sei Fichters Verdienst, den Begriff der deutschen Nation für die Politik der SPD gerettet zu haben, gegen den »kollektiven Selbsthaß der ›Linken««. Fichter selbst sagte im März 1994 in der »taz«: »Wenn die Arbeiter von Wuppertal in den kommenden Jahren auf zehn Prozent ihres Einkommens verzichten sollen, um Ostdeutschland zu reindustrialisieren, dann hat das mit der nationalen Frage etwas zu tun.« Die Frage, wie Ostdeutschland nach 1989 entindustrialisiert wurde, warum ein Unternehmen wie Robotron den Siemens-Produkten weichen mußte, stellt Fichter nicht. Aber er behauptet in seinem Buch allen Ernstes, die Gemeinschaftserlebnisse aus den »Schützengräben« der Weltkriege seien die neue Hohe Schule der Sozialdemokratie; und er findet das richtig.

Hier geht es nicht mehr um reale Arbeitsplätze, nicht um materiellen Wohlstand oder auch nur um die soziale Sicherheit vor Sorgen, Armut, Not. Hier geht es wieder einmal darum, den täglichen Sozialabbau mit der Idee der Nation zu kompensieren. Es ist das alte Lied: Die innenpolitische Formierung auf die Gemeinschaft soll stark machen für die außen(handels)politische Offensive. Dafür muß Verzicht geübt werden. Wolfgang Thierse kritisierte vielfach den angeblichen »Hedonismus« der Deutschen, die nicht zum Verzicht bereit seien und sich dem »unbegrenzten

Massenkonsum« hingäben. 1993 prangerte er auf einer Parteischulungskonferenz an, daß heute »das eigene Ich ... den letzten Sinnhorizont, das private Glück die letzte Instanz« seien; »die liberalistische Unverbindlichkeit, die Vergötzung der Individualität und die Sehnsucht nach Lebenskunst statt Lebenssinn haben entscheidend zur Labilisierung des gesellschaftlichen Zusammenhangs beigetragen.« Man hat offenbar mit den Menschen, die einfach nur angenehm leben wollen, wieder Höheres vor. Für Thierse ist es »die deutsche Kulturnation« – nur als geistiges Phänomen, versteht sich, denn Sinn hat für Antimaterialisten nichts mit Sinnlichkeit zu tun. Aber auch der Geist wird ausgedünnt. Thierse propagiert eine »Kultur der Bescheidung« und sagt seinen ostdeutschen Landsleuten unmißverständlich: das »staatlich alimentierte« Kulturniveau der früheren DDR sei »unter den heutigen Bedingungen so nicht zu halten«.

Seitdem die Massenarmut in Ostdeutschland sichtbar ist, wird aus der Sozialdemokratie heraus die Gelegenheit genutzt, in immer neuen Aufrufen und Erklärungen Konsumverzicht im Westen zu fordern. Was Lafontaine 1990 mit seinem »Lied vom Teilen« anrichtete, servierte 1992 Helmut Schmidt und Wolfgang Thierse mit Unterstützung des Daimler-Benz-Chefs Edzard Reuter in einem »Manifest für Deutschland. Weil das Land sich ändern muß!«. Ihr Appell an die Mehrheit der Bevölkerung lautete: »Zurückstecken und den Lebensstil ändern«. Das sei zwar schmerzlich, so die Millionäre, doch sei es jetzt nötig, freiwillig Verzicht zu leisten, um den inneren Frieden zu bewahren. Im Falle eines Krieges nähme die Bevölkerung dies ja auch auf sich, meinten die »Manifest«-Unterzeichner allen Ernstes. Glotz beschimpfte die Menschen, die seine Diäten und die Gewinne der Konzerne erarbeiten, 1994 in der »Süddeutschen Zeitung« unumwunden als »hedonistisches Pack«. Noch vor zehn Jahren machte die SPD für diese Menschen Politik. Die neokonservative Wende hat das gründlich verändert.

ROSEMARIE HEIN

Halbzeit in Magdeburg

UTOPIE kreativ: Vor zwei Jahren überraschte die SPD Sachsen-Anhalt unter Reinhard Höppner alle politischen Lager mit ihrer Entscheidung, eine Minderheitsregierung mit Bündnis 90/Die Grünen eingehen zu wollen. Die Handlungsfähigkeit sollte durch wechselnde Mehrheiten hergestellt werden. Wie wurde in Ihrer Partei dieses Experiment aufgenommen?

ROSEMARIE HEIN: Zunächst muß man sagen, dieser Überraschung ging das Angebot der PDS voraus, eine rot-grüne Minderheitsregierung im Interesse der Ablösung konservativer Mehrheiten tolerieren zu wollen. Roland Claus hatte diesen Vorschlag bereits Anfang des Jahres 1994 öffentlich gemacht. Das wurde von der Parteibasis zunächst ohne Diskussion aufgenommen, wohl weil niemand die Auswirkungen auf und die Anforderungen an PDS-Politik in der Folge dieses Vorschlages übersah. Zudem wurde die Aussicht auf Erfolg sicher so gering eingeschätzt, daß viele das nicht näher in Betracht zogen.

Reinhard Höppner und die gesamte SPD hatten ja auch bis zum Tage der Wahl einen solchen Vorschlag strikt zurückgewiesen. Kurz vor den Wahlen und nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses wurde dann das Angebot von uns erneuert, doch wir waren schon selbst etwas überrascht, als Reinhard Höppner nach einer Nacht in Bonn dieses Ergebnis verkündete.

Die Frage, wie dieses Experiment in der PDS-Basis aufgenommen wurde, ist ein wenig schwer zu beantworten.

Die Zustimmung zu einer Tolerierungspolitik, die mit dem Landesvorstand, den Kreisvorsitzenden und Parteitagsdelegierten beraten worden ist, war zunächst nur getragen von dem erklärten Willen, die konservative Regierungsmehrheit abzulösen und einen Reformkurs möglich zu machen. Dafür gab das Wahlergebnis die volle Berechtigung.

Wir haben auf einem sogenannten kleinen Parteitag Anfang Juli erklärt, daß wir die Reformansätze der SPD und der Bündnisgrünen unterstützen wollen, sie auch durch unsere eigenen Anträge dahin treiben, daß sie den selbstgesetzten Ansprüchen gerecht werden. Wir erklärten uns bereit, in diesem Interesse auch Kompromisse einzugehen, wenn radikalere Forderungen der PDS so von den anderen nicht mitgetragen werden können. Darüber hinaus wollten wir aber auf eigene radikaldemokratische Politikansätze selbst dann nicht verzichten, wenn ihnen gesellschaftliche Mehr-

Rosemarie Hein – Jg. 1953, promovierte Kulturwissenschaftlerin, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der PDS im Landtag Sachsen-Anhalt.

heiten heute noch versagt sind und darum auch parlamentarische Erfolge in diesen Sachen ausbleiben werden.

Einen Ausstieg und die Forderung nach Neuwahlen haben wir angekündigt für den Fall, daß diese Regierung an innerer Destabilität zerbrechen sollte oder aber ihre Politik von uns nicht mehr zu tolerieren ist. Wir haben allerdings immer vermieden, zu erklären, wann letzteres der Fall sein würde.

In dieser Form wurde und wird das Prinzip der Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung von der Mehrheit der Parteibasis unterstützt. Skepsis und Kritik aus Teilen der Basis richteten sich jedoch von Anfang an auf die Gefahr, daß wir uns von der neugewonnenen Bedeutsamkeit vereinnahmen lassen, an vermeintliche Macht gewöhnen und eigene Politikansprüche aufgeben könnten.

UTOPIE kreativ: Bis heute gibt es keine förmliche Tolerierungsvereinbarung mit der Koalition. Sind Sie dadurch nicht in einer schwächeren Position?

ROSEMARIE HEIN: Anfangs hatten wir die Vorstellung, daß wir mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gewissermaßen aushandeln könnten, welche Politikansätze und Grundsätze wir bereit wären mitzutragen. Wir erwarteten von der SPD wenigstens ein Zeichen in diese Richtung. Dazu aber konnte sich die SPD nicht durchringen. Die Angst vor einer allzu öffentlichen Liaison mit der PDS war wohl zu groß. Dann eben, so haben wir Anfang Juli beschlossen, muß die Regierung von Sachfrage zu Sachfrage nach BündnispartnerInnen suchen. Dies schien der beschwerlichere Weg.

Heute bin ich ziemlich froh, daß es zu einer förmlichen Vereinbarung nicht gekommen ist. Das macht uns in der Diskussion flexibler, und wahrscheinlich ist es auch leichter, Kompromisse zu suchen und zu finden, weil die anderen eben nicht von vornherein auf unsere Zustimmung rechnen können und so in die Verhandlung mit uns im Einzelfall treten müssen, wenn sie unsere Zustimmung wollen. Es gibt also kein Stillhalteabkommen.

Ehrlicherweise muß man aber auch sagen, daß wir im Juni 1994 wohl kaum in der Lage gewesen wären, die Positionen sauber zu benennen, die Voraussetzung für ein Tolerierungsabkommen hätten sein können. Wir wußten viel zu wenig darüber, wie so etwas geht, was machbar ist und was nicht und wo die Grenzen liegen auch nicht (die objektiven und die subjektiven). Hinzu kommt, daß man als Partnerin in einem solchen Abkommen selbst klarere Konzepte braucht, als wir sie bis dahin hatten.

Allerdings hat die Sache noch eine andere Seite:

Wenn die SPD darauf angewiesen ist, wechselnde Mehrheiten zu suchen, dann bedeutet das auch, daß Mehrheiten mit der anderen Oppositionsfraktion möglich sind, die von uns, wenn auch unter Protest, hingenommen werden müßten. Das war in zweifacher Weise für uns zunächst unproblematisch:

Erstens: Bei solchen radikaldemokratischen Forderungen, für die es in diesem Landtag noch nie eine Mehrheit gab. Da waren wir das Unterliegen gewöhnt und erwarteten genaugenommen nichts anderes.

Zweitens: Bei Grundsatzfragen, weil die CDU zunächst als beleidigte Leberwurst reagierte und einen Kurs konsequenter Verweigerung fuhr. Da konnte die Regierungskoalition nicht anders als mit und die Mehrheiten zu suchen, etwa beim Nachtragshaushalt 1994 und beim Haushalt 1995.

Dann aber besannen sich die Kräfte in der SPD-Fraktion in Diskussionen um die Kommunalgesetzgebung und suchten Mehrheiten bei der CDU. Diese nun hatte begriffen, daß Totalverweigerung in der Öffentlichkeit auf Dauer nicht honoriert wird, und gingen darauf ein.

Spätestens von diesem Moment an begann bei uns die Diskussion, ob man »das« noch tolerieren könne, und uns wurde klar, daß wir bis dahin eigentlich nur oberflächlich darüber diskutiert hatten, was die Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung für die PDS-Politik und ihre Politikfähigkeit bedeutet. Der Zwiespalt besteht eigentlich darin, daß man mit der SPD vielleicht eine unter den gegebenen Umständen durchaus sozialere Sozialpolitik, eine »grünere« Umweltpolitik, eine reformorientierte Bildungspolitik und eine kreative Kulturpolitik machen kann, daß aber auf wichtigen Gebieten der Innenpolitik eher konservative Vorstellungen überwiegen und sie in der Wirtschaftspolitik dank eines konservativ denkenden Ex-Treuhandmanagers als Wirtschaftsminister auch nichts wesentlich anderes als die CDU in die Waagschale zu werfen haben.

Hinzu kommt, daß eben auch für eine rot-grüne Landespolitik bundespolitische Rahmenbedingungen existieren, die nicht wegzubeschließen sind, selbst wenn man sich im Landtag noch so einig wäre.

UTOPIE kreativ: Haben Sie Probleme, Ihre Politik an der eigenen Basis zu vermitteln?

ROSEMARIE HEIN: Ja. Öffentliche Medien bringen Informationen über Entscheidungen und Entscheidungsfindungen in der Politik logischerweise nur punktuell und aus ihrer Sicht interpretiert. Dabei werden Informationen oft verkürzt, mitunter entstellt oder so interpretiert, wie es unseren Intentionen nicht entspricht.

Darum, und weil die PDS eben kein Informationsmonopol mehr besitzt, nicht einmal ein funktionierendes innerparteiliches Kommunikationssystem, fällt es uns schon schwer, den Werdegang von Entscheidungen selbst rechtzeitig zu vermitteln. Von einer Einbeziehung der Basis im Vorfeld der Entscheidungsfindung ganz zu schweigen.

Zwar haben wir einen grundsätzlichen Beschluß gefaßt, daß vor Abweichungen von den im Juli 94 und auf dem Parteitag im September 94 gefaßten Beschlüssen der Parteitag einzuberufen ist und bisher liefen auch alle Verhandlungen in diesem Rahmen, aber der Teufel steckt immer im Detail. Bei Einzelentscheidungen zum Kindertagesstättengesetz zum Beispiel, bei den Entscheidungen zur Südharzautobahn, zur Kommunalgesetzgebung und beim Haushalt 1996. Dort haben wir neben vielen Veranstaltungen an der Basis zwar den Landesvorstand stärker einbezogen. Trotzdem fühlt sich

ein beträchtlicher Teil der Basis uninformiert, was auch stimmt. Das war zwar nun in der ersten Legislatur vom Prinzip her nicht anders, aber damals wurden unsere Anträge in der Regel abgelehnt, und darum machte es vielleicht manchem nicht so viel aus, wenn er oder sie nicht vollständig informiert waren oder mit dem Inhalt der Anträge nicht einverstanden waren. Heute aber haben die ausgehandelten Kompromisse eine Chance auf Umsetzung, und das ist in der Wirkung schon etwas anderes.

Darum habe ich auch schon einige Male die Forderung gehört, wir mögen nun endlich aufhören mit dem Tolerieren, ganz selten auch um den Preis, daß sich dann konservative Mehrheiten durchsetzen könnten und eine große Koalition herauskäme.

Vermutlich ist für manchen eine Totalopposition, bei der man sich mit hehren Politikvorstellungen ständig in der Minderheit befindet, leichter zu ertragen, als eine Situation, bei der man für ausgehandelte Kompromisse mit die Verantwortung übernehmen muß, obwohl sie eigenen Politikvorstellungen nicht oder nur unvollkommen entsprechen. Die Mehrheit der Parteibasis teilt jedoch die Auffassung, eine große Koalition sei im Grunde der Tolerierung einer Minderheitsregierung vorzuziehen, nicht, sondern sieht schon die Chancen zum Umsteuern in dieser Gesellschaft. Dennoch fällt es auch dann schwer, zu akzeptieren, daß man auf einem Gebiet etwas durchaus Vernünftiges aushandeln kann, auf anderen Gebieten aber nicht. Das noch dazu, wenn das »Vernünftige« auch nicht die buchstabengetreue Umsetzung unseres Parteiprogramms bedeutet, sondern eben nur ein Kompromiß ist.

UTOPIE kreativ: Auf welchen Ebenen – Landespartei, Vorständen, Fraktionen – wird das »Magdeburger Modell« realisiert?

ROSEMARIE HEIN: Genaugenommen gibt es solche Konstellationen schon lange, nämlich, wie vermutlich in allen Neubundesländern mehr oder weniger, auf kommunaler Ebene. Dort war in Sachfragen schnell klar, daß es auf das Parteibuch nicht ankommt oder auf die Zugehörigkeit zu Fraktionen, sondern auf die Problemlösung. Verweigerungshaltungen gegenüber der PDS haben sich da mitunter sehr schnell als töricht herausgestellt. Vor allem bei der SPD gibt es das entgegen allen Beteuerungen der Parteiführung in Bonn schon lange.

Das Regierungsmodell in Sachsen-Anhalt dagegen ist genaugenommen eine Kopfgeburt. Das ist auch sein Hauptmangel. Die Entscheidung dafür wurde nach meiner Überzeugung vor allem von der SPD als politisch-taktische Entscheidung vor den damals noch ausstehenden Bundestagswahlen getroffen. Die SPD-Führung des Landes hat immer wieder betont, daß es keine Gespräche mit der PDS auf Parteiebene gäbe, sondern nur mit ParlamentarierInnen. Das hat sie bisher formal auch eingehalten. Damit ist aber auch die Suche nach Problemlösungen vor allem an die Landtagsfraktionen gebunden und diese müssen sehen, wie sie ihrerseits die Partei beteiligen. So aber hat das »Magdeburger Modell« keine Entsprechung an der Basis, ihm fehlt sozusagen der Unterbau.

Netzwerke als Grundlage und zur Inspiration linker Politik entstehen, wenn man das überhaupt schon so bezeichnen kann, nur auf einzelnen Politikfeldern. So gibt es eine im Wachsen begriffene Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher politischer Herkunft auf frauenpolitischem Gebiet, in der Umweltbewegung und bei Friedensaktionen. Alles das läuft ausdrücklich außerhalb von Parteistrukturen, teilweise über Verbände, Gewerkschaften, Runde Tische oder aber auch in losen politischen Zusammenhängen. Auf sozialpolitischem, wirtschaftspolitischem und kulturpolitischem Gebiet fehlen solche Aktivitäten jedoch vollständig.

UTOPIE kreativ: Was hat die augenblickliche Koalition besser gemacht als ihre Vorgänger?

ROSEMARIE HEIN: Vor allem muß man sagen, daß die jetzige Landesregierung bemüht war und ist, eine deutlich sozialere Politik zu machen als ihre Vorgängerin. Freilich kann sie es nur in den von Bonn gesetzten Grenzen und so dürfte sich in der Lage der Bürgerinnen und Bürger noch nichts spürbar verbessert haben. Dennoch ist ihr zugute zu halten, daß sie bis jetzt allen Versuchungen, soziale Standards abzusenken, widerstanden hat, auch gegen Stimmen in den eigenen Reihen. Mitunter ist das nur unter öffentlichem Druck gelungen und mit der Ankündigung der PDS-Fraktion, Gesetze der Landesregierung nicht mitzutragen. Das hat dann zum Einlenken und zur Kompromißsuche geführt. Das prägnanteste Gesetz dafür ist wohl das Kindertagesstättengesetz. Es ist auch nicht zu verachten, daß Sachsen-Anhalt angesichts der Sparpläne aus Bonn bei den Mitteln zur Förderung des zweiten Arbeitsmarktes an erster Stelle unter den Neubundesländern liegt. Mit einem anderen Wirtschaftskonzept konnte die jetzige Landesregierung allerdings bisher nicht dienen. Der Kulturetat wurde auf ein Prozent des Landeshaushaltes angehoben. Und schließlich waren mit der neuen Landesregierung Bundesratsinitiativen möglich, die bei der alten und ihrem vorausseilenden Gehorsam undenkbar gewesen wären. Bei der Initiative zur Übernahme der Altschulden durch den Bund zum Beispiel.

Mit der Regierungskoalition war es auch möglich, sich als Landtag zu Fragen internationaler Politik zu äußern, wie selbst wir das nicht für möglich gehalten haben.

UTOPIE kreativ: Ein Impuls für einen sozial-ökologischen Umbau ist vom »Magdeburger Modell« bisher nicht ausgegangen. Hat Tolerierung einer solchen Politik für die PDS überhaupt einen Sinn?

ROSEMARIE HEIN: Wenn man davon ausgeht, daß PDS-Politik in oder in der Nähe von Regierungsverantwortung nur dann einen Sinn macht, wenn diese bundesdeutsche Gesellschaft dadurch von Grund auf zu verändern ist, sicherlich nicht. Mit der Tolerierung einer SPD-geführten Regierung in einem Bundesland ist diese Bundesrepublik ebensowenig auf den Kopf zu stellen (oder vom Kopf auf die Füße) wie durch eine direkte Regierungsbeteiligung. Das gilt insbesondere, weil in der Gesellschaft die Akzeptanz des gege-

benen Verhältnisses von Oben und Unten erschreckend groß ist.

Aber mit derartigen Politikkonstellationen wären schon Zeichen zu setzen für die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen festgefahrener bundesdeutscher Realitäten. Zum Beispiel, wenn man dem Sozialabbau alle einem Bundesland zur Verfügung stehenden Mittel entgegensetzt. Wenn diese Landesregierung bereit ist, Erpressungsversuchen aus Bonn zu widerstehen, wenn eine ökologischere Politik betrieben wird, zum Beispiel durch den Ausbau und die zielgerichtete Förderung des ÖPNV, durch die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe und eine darauf orientierte Wirtschaftsförderung, durch eine reformorientierte Bildungspolitik, die soziale Chancengleichheit garantiert und die frühe Selektion von Kindern verhindert, durch eine Kinder- und Jugendpolitik, die auf die Förderung von Freizeitangeboten gerichtet ist und auf die Sicherung ausreichender Lehrstellenangebote ...

Wenn man das schon als Umsteuern ansehen will, und ich würde das tun, dann macht Tolerierung einer solchen Politik mehr als Sinn. Nur brauchen SPD und Bündnis 90/Die Grünen dazu sicherlich mehr als eine Legislaturperiode, nicht nur weil es manchmal schwer fällt, über den eigenen Schatten zu springen, sondern es braucht auch den ständigen öffentlichen Druck und öffentliche Akzeptanz eines solchen Weges. Als vermeintliche Heilsbringerinnen stünden beide Parteien, und die PDS mit ihnen, auf verlorenem Posten. Um den notwendigen Druck zu erzeugen und für eine entsprechende Unterstützung ist die PDS sicher hilfreich, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sie nicht beginnt, sich in dieser Tolerierungsrolle zu sehr zu gefallen, sich in ihr einzunisten.

UTOPIE kreativ: Vor den Bundestagswahlen 1998 werden in Sachsen-Anhalt Wahlen stattfinden. Wird der Ausgang dieser Wahlen Einfluß auf die Bundesebene haben?

ROSEMARIE HEIN: In jedem Fall. Zunächst finde ich es aber interessant und wichtig, was in den letzten Monaten an Diskussionen in den anderen Ländern gelaufen ist. Die Erfahrungen mit den großen Koalitionen in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen haben dort ja schon zu beachtlichen Signalen geführt und auch die PDS dazu gebracht, über ihre Rolle und ihre Möglichkeiten intensiver und nüchterner nachzudenken. So glaube ich, daß das »Magdeburger Modell« eine denkbare Politikalternative für andere ostdeutsche Bundesländer geworden ist. Ob das so bleibt, und welche Chancen solche Entwicklungen in anderen Ländern und eine Fortsetzung in Sachsen-Anhalt haben werden, wird wesentlich davon abhängen, ob von Magdeburg in den nächsten zwei Jahren Impulse für andere Politik ausgehen, oder ob diese Konstellation bis zu den Wahlen so dahinplätschert oder gar zerbricht. Gleich wie Magdeburg ausgeht, die PDS wird ihren Anteil daran haben. Was die SPD betrifft, so ist meiner Meinung nach wichtig, daß sie lernt, im Westen mit dieser Tatsache umzugehen, daß die Tolerierung einer SPD-geführten Regierung als mögliches Modell unter bestimmten Umständen akzeptiert wird. Denn die CDU wird versuchen, mit der Diskreditierung einer Tolerierung durch die PDS der SPD im

Westen zu schaden – im Osten kann sie das kaum erreichen.

Und noch eines:

SPD-Vertreter aus den Altbundesländern haben in den letzten Monaten zwar für eine Einbindung der PDS plädiert, aber nur mit dem erklärten Ziel, sie zu entzaubern. Damit geben sie aber selber die Möglichkeit preis, aus solchen linken Mehrheiten neue politische Möglichkeiten für die Verwirklichung eigener programmatischer Ziele zu schöpfen und beschränken sich auf das, was sie eh schon immer tun, stellen dies als das alleinig Machbare dar, was es ja bei weitem nicht ist. Selbstbeschränkung jedoch wird wohl nicht genügen, um auf Bundesebene konservative Mehrheiten abzulösen.

UTOPIE kreativ: Zur Zeit gibt es einen Glaubensstreit über die »Exportierbarkeit« des »Magdeburger Modells«. Kann aus Ihrer Sicht durch die Parteien in den anderen Ländern etwas übernommen werden und wenn ja, was?

ROSEMARIE HEIN: Vor platter Übernahme würde ich warnen. Man kann sich vielleicht ansehen, wie in Sachsen-Anhalt dieses oder jenes Problem angegangen wurde. Aber ob man es so übernehmen kann, müssen die Betroffenen selbst entscheiden. Eines ist mir aber aufgefallen. Fast alle reden über das »Magdeburger Modell« wie über die Gretchenfrage. Die Diskussionen drehen sich nur um das »Darf-man-prinzipiell« oder »Darf-man-prinzipiell-nicht«. Wenn man dann aber über konkrete Entscheidungssituationen spricht, ist blankes Erstaunen angesagt. In Magdeburg hat ja bekanntlich (oder schon nicht mehr bekannt) die SPD mit den Bündnisgrünen eine relative Mehrheit von vier Stimmen im Parlament. Da könnte sich die PDS im Zweifelsfalle immer enthalten. In den Ausschüssen jedoch sind die Verhältnisse anders. Dort stehen fünf CDU-VertreterInnen genau fünf der Koalition gegenüber. Gleich wer von beiden einen Antrag stellt, bei Enthaltung der PDS ist jeder Antrag mit Stimmgleichheit abgelehnt. Wie also verhält man sich, wenn die CDU beim Kindertagesstättengesetz eine höhere Platzpauschale fordert, diese aber mit einer drastischen Heraufsetzung der Gruppenstärken erkaufen will? Wohlgemerkt, in der SPD gab es durchaus einzelne Sympathien für solche »Lösungen«.

Ich will diese Aufgabe als »Denksport« so stehen lassen. Vielleicht macht das ja die Entscheidungssituationen und -spielräume durchschaubarer. In solcher Situation befände man sich nämlich immer, wenn es die relativen Mehrheiten nicht gäbe. Allerdings würden der PDS ständige Enthaltungen ohnehin in der Öffentlichkeit nicht abgenommen. Auch diese Erfahrung haben wir schon gemacht.

In jedem Falle würde ich empfehlen, vorher genauer abzuwägen, was man mit einer Tolerierung oder in einer Koalition erreichen kann und was nicht. Man darf eine solche Regierungskonstellation auch nicht überfordern. Enttäuschte Erwartungshaltungen machen den Boden für künftige linke Politik, in welcher Konstellation auch immer, schwerer und können unter Umständen konservativen Mehrheiten zu ungewollter Renaissance verhelfen.

RONALD LÖTZSCH

Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte

Die ostdeutsche Wissenschaftslandschaft hat, wie zumindest jeder unmittelbar Betroffene weiß, seit dem Anschluß der DDR an die alte BRD weitgehend recht merkwürdige Konturen angenommen. In erster Linie betrifft das die Gesellschaftswissenschaften, die nunmehr westdeutsch Geisteswissenschaften heißen, und in ganz besonderem Maße alles, was mit Geschichte zusammenhängt. Aufgaben auf diesem Gebiet, die eigentlich staatlichen Einrichtungen zufallen müßten, werden vielfach von sich mit den bescheidenen Beiträgen ihrer Mitglieder und Spenden finanzierenden eingetragenen Vereinen wahrgenommen, in denen sich vor allem nach der »Wende« abgewickelte DDR-Historiker zusammengefunden haben. Vereinzelt beteiligten sich auch westdeutsche Fachleute an den dergestalt organisierten Diskussionen, am wenigsten, wie mir scheint, die im Zuge der »Durchmischung« des Personals ostdeutscher Hochschulen berufenen neuen Lehrstuhlinhaber und deren Mitarbeiter.

Einer dieser sich insbesondere der Beschäftigung mit der Geschichte Osteuropas widmenden Zusammenschlüsse ist das Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. Gemeinsam mit der Thüringischen Freundschaftsgesellschaft e.V., einer der Nachfolgeorganisationen der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, veranstaltete das Forum am 7. und 8. Juni 1996 in Jena ein wissenschaftliches Kolloquium zu dem hier in der Überschrift wiedergegebenen Thema. Es war bereits das zweite dieser Art. Das erste zum Thema Rußland und Europa (Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems) hatte am 11. und 12. Februar 1994 stattgefunden. Die damals gehaltenen Vorträge sind inzwischen im Druck erschienen¹, just am Tage, an dem das zweite Kolloquium begann, veröffentlichte Neues Deutschland eine Besprechung dieses interessanten Sammelbandes aus der Feder des bekannten Berliner Spezialisten für die Geschichte Rußlands Horst Schützler.

An der diesjährigen, auf Nachmittag und Abend des Freitag und den Vormittag des Sonnabend beschränkten, Tagung beteiligten sich 48 Personen, in der Mehrzahl »einschlägig vorbelastete« Historiker. Es wurden 17 Beiträge vorgetragen. Lediglich ein Referat konnte aus Zeitgründen nicht gehalten werden. Leider fiel aus dem gleichen Grund auch die Diskussion weitgehend aus. Ein Dilemma, das sich fast auf allen Veranstaltungen dieser Art zeigt. Ein Lichtblick ist in diesem Zusammenhang die Aussicht, daß alle

Ronald Lötzsich – Jg. 1931,
Sprachwissenschaftler,
Berlin.

1 Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig, des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V. und der Thüringischen Freundschaftsgesellschaft e.V. hrsg. von Michael Wegner, Claus Remer sowie Erhard Hexelschneider.

gemeldeten Beiträge, auch nicht gehaltene, in einem weiteren Sammelband – wiederum mit Unterstützung des Leipziger Rosa-Luxemburg-Vereins – veröffentlicht werden sollen.

Innerhalb der vorgegebenen Problematik war der Themenkreis weit gespannt. Chronologisch reichte er vom Ende des 18. und Beginn des 19. Jahrhunderts (*Erich Donnert*, Halle: Modernisierende Wirkungskraft und Beharrungsvermögen im Reformwerk Katharina II.; *Erhard Hexelschneider*, Leipzig: Der russische Reformator Michail Speranskij und seine Würdigung durch Ludwig Heinrich von Jacob) über die revolutionären und reaktionären Bestrebungen vor und nach der Jahrhundertwende sowie Reaktionen darauf (*Rolf-Dieter Kluge*, Tübingen: Umbruch und Krise in der russischen Kultur und Gesellschaft um die Jahrhundertwende; *Holger Pollit*, Leipzig: »Keine Hymnen auf die Ehre Japans!« Über Einstellungen polnischer Intellektueller in den Revolutionstagen des Jahres 1905; *Sonja Striegnitz*, Berlin: P.A. Stolypin, Möglichkeiten und Grenzen eines Reformators) bis zu den Revolutionen von 1917 und deren noch die unmittelbare Gegenwart tangierenden negativen und positiven Auswirkungen (*Wolfgang Ruge*, Berlin: Das Wagnis des Roten Oktober; *Donal O' Sullivan*, Eichstätt: Reaktionen auf 1917: Revolution und Parteiherrschaft aus deutscher und britischer Sicht; *Ernst Laboor*, Berlin: Programme der wichtigsten politischen Kräfte im gegenwärtigen Rußland; *Wladislaw Hedeler*, Berlin: Kommunisten und Monarchisten auf der Suche nach Identität).

Wie aus dieser unvollständigen Übersicht hervorgeht, dominiert die politische Problematik im engeren Sinne. Nur einige Vorträge stellten Probleme der Literatur (*Gregor Schwirtz*, Jena: »Theorie der kleinen Taten« – belletristische Reformideen der Nach-Narodniki-Zeit; *Beate Jonscher*, Jena: Zur Rolle der Literatur vor, während und nach der Perestrojka) bzw. der Philosophie (*Frank Haney*, Jena: Umbruchserfahrung und Endzeiterwartung russischer Philosophen) in den Vordergrund. In zwei Beiträgen wurde auf unterschiedliche Weise der geographisch-politische Rahmen erweitert (*Sabine Hartwig*, Weimar: Russische Emigranten in Amerika; *Claus Remer*, Jena: Umbrüche und Modernisierungsschritte in der russischen Ukraine im 19./20. Jahrhundert).

Michael Wegner, der als Leiter der Arbeitsgruppe »Osteuropa« des Jenaer Forums einen Einführungsvortrag Spannungen und Veränderungen: Rußlands beschwerlicher Weg in die moderne Industriegesellschaft hielt, spannte den Bogen von den ersten Reformversuchen Peters des Großen bis zu den Zukunftsaussichten für das gebeutelte Riesenland. Wie so mancher schon vor ihm ging er der Frage nach, »weshalb die vielen revolutionären und reformatorischen Bestrebungen in der russischen Geschichte nicht nur partiell die Resultate zeitigten, die ihnen von den zeitgenössischen Akteuren des Geschichtsprozesses zugedacht waren«. Die entscheidende Ursache sieht er in der »asiatischen Erblast«, im jahrhundertlangen Zurückbleiben der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse mit allen daraus resultierenden sozialen und sozialpsychologischen Konsequenzen. Auch der nach 1917 unternommene Versuch, notfalls auch isoliert von den industriellen

Zentren Europas und Nordamerikas im rückständigen Rußland eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, trug von vornherein schwer an dieser Erblast. Die vom Referenten gestellte Frage, ob es zur stalinistischen Pervertierung des Sozialismusgedankens eine Alternative gegeben habe – ihm selbst schwebt das Konzept Nikolaj Bucharins vor –, wird sich vermutlich nie beantworten lassen. Ebenso wenig zumindest heute noch die, wie Rußland den um seiner Zukunft willen unabdingbaren »konsequenten Bruch mit der unheilvollen Erblast der Vergangenheit« bewerkstelligen kann. Offen bleibt auch die Frage, wie es denn zu dieser Erblast kam. In dieser Hinsicht wird man sicher noch weiter in die Vergangenheit zurückgehen müssen. Die Verwüstungen, die mongolische Invasoren der Kiewer Rus' und insbesondere seinem östlichen Teil seit dem 13. Jahrhundert immer wieder zufügten, dürften ein gerüttelt Maß dazu beigetragen haben.

Mit diesem Einführungsvortrag berührte sich in vielfacher Hinsicht der von *Wolfgang Ruge*. Ihm ging es vor allem um die Rolle Lenins bei dem »Wagnis«, den Kapitalismus zu »überholen, ohne ihn einzuholen«. Er zitierte Maxim Gorki, der geschrieben hatte, Lenin sei »ein Sklave des Dogmas, und seine Anhänger sind wiederum seine Sklaven... Er verbringt seine Zeit wie ein Chemiker in seinem Laboratorium, jedoch mit dem einen Unterschied – der Chemiker arbeitet mit unbelebter Materie und gelangt zu Ergebnissen, die dem Leben nützen, während Lenin am lebendigen Fleisch arbeitet und die Revolution ins Verderben führt«. Das Scheitern des Experiments beweise die Irrigkeit vieler ehemals für Axiome gehaltener Thesen. Nicht zuletzt derjenigen, daß der Mensch, »auf gedankliche Konstruktionen gestützt«, imstande sei, »eine Machtgelüste und Besitzgier überwindende Gesellschaft zu errichten«. Obwohl Lenin die junge Sowjetrepublik wie »eine Art Ein-Personen-Betrieb« geführt, im Alleingang die einschneidendsten Kursänderungen festgelegt und sich in allen Staatsangelegenheiten das letzte Wort vorbehalten habe, bescheinigt Ruge ihm, er sei jedem »persönlichen Machthunger abhold« und überzeugt gewesen, eine »zutiefst gerechte Idee verwirklichen zu können/zu müssen«. Dennoch habe die bolschewistische Praxis schon unter Lenin eine ganze Reihe von Voraussetzungen für die späteren Entartungen geschaffen. Seinem Nachfolger Stalin sei es dagegen nur um die persönliche Macht gegangen. Zur Legitimierung seiner Alleinherrschaft habe er den »Leninismus« kreiert. Man könnte meinen, damit revidiere Wolfgang Ruge eine These, die er noch auf dem ersten Kolloquium vertreten hat. Im Sammelband *Rußland und Europa* (S. 188) heißt es ausdrücklich, Lenin habe es übernommen, »den Marxismus nach Rußland zu verpflanzen und ihm... ein neues Gesicht zu verleihen – den Leninismus (der – nebenbei gesagt – nicht, wie heute oft behauptet, eine Erfindung Stalins ist)«. Wahrscheinlicher ist wohl, daß zwei unterschiedliche Dinge gemeint sind, damals Lenins authentische Konzeption, die keineswegs – man denke nur an die nationale Frage – aus bloßen Irrtümern besteht, diesmal der sog. »Marximus–Leninismus«, jene Pseudoreligion also, die in der Tat von Stalin und seinen Soldschreibern erfunden und kolportiert wurde und der nicht wenige Adepten –

zumal in Rußland – noch immer anhängen. Diese »Theorie« so wie die von Stalin etablierte »Ordnung«, diese »Gesellschaft sui generis«², basierten, wie Ruge zu Recht feststellt, »auf dem wiedererweckten Nationalismus und Byzantinismus und belebten teils schon überwundene Traditionen (großrussisch-imperialistische, kulturreaktionäre, patriarchalische)«.

In diesem Zusammenhang verdienen auch die Beiträge von *Wladislaw Hedeler* und *Ernst Laboor* besondere Beachtung. Es ist geradezu makaber, in welchem hohem Maße die Programme von »Kommunisten« und Monarchisten hinsichtlich ihres als »russische Idee« verbrämten Nationalismus übereinstimmen. Man wird fast verleitet, die im Titel von Hedelers Vortrag apostrophierte »Identität«, nach der beide Lager suchen, im Sinne dieser Gemeinsamkeit zu interpretieren, obwohl sicher die jeweils eigene Identität gemeint ist.

Auf weitere Beiträge ausführlicher einzugehen, verbietet sich aus Platzgründen.

Angebracht ist jedoch auf jeden Fall noch eine Bemerkung zum Vortrag von *Claus Remer*. Die Geschichte der Ukraine und des ukrainischen Volkes wurde in Deutschland bisher meist ziemlich stiefmütterlich behandelt. Es ist also höchst verdienstvoll, wenn sich ein ausgewiesener Historiker im Rahmen des Jenaer Forums auch dieser Thematik annimmt.

Auf die Veröffentlichung des Tagungssammelbandes darf man jedenfalls gespannt sein. Wie auch dem des ersten Kolloquiums ist ihm eine möglichst weite Verbreitung zu wünschen.

2 Ausführlicher Begriff
siehe Wolfgang Ruge:
Stalinismus – eine
Sackgasse im Labyrinth der
Geschichte, Deutscher
Verlag der Wissenschaften,
Berlin 1991.

Sor Juana Inés de la Cruz:
Die Antwort an Schwester Philotea,
aus dem Spanischen von
Hildegard Heredia,
mit einem Essay von Angelo Morino,
Verlag Neue Kritik
Frankfurt/M. 1991,
144 S. (28,00 DM)

Sor Juana Inés de la Cruz:
Der Traum.
Spanisch – Deutsch,
herausgegeben und übersetzt von
Alberto Perez-Amador und
Stephan Nowotnick,
Verlag Neue Kritik
Frankfurt/M. 1992,
136 S. (28,00 DM)

Juana Ramírez, uneheliche Tochter einer Kreolin und eines baskischen Seemanns, war die bedeutendste mexikanische Dichterin und Gelehrte des 17. Jahrhunderts. Man nannte sie »die zehnte Muse von Mexiko«. Wunderkind wie Mozart, menschenscheuer Star wie die Garbo, radikal wie die Frauen der Romantik, war sie von einem faustischen Wissensdrang getrieben, der sie zu einer natürlichen Verbündeten des Teufels machte, zu einer Besessenen, die sich vor sich selbst fürchtete und schließlich ins Kloster floh, um dem Geist, der stets verneint und unablässig provoziert, zu entkommen und zugleich mit ihm vereint zu bleiben, mit diesem Geist, ihrem Genie.

Sie wurde mit 18 Jahren Nonne, Sor Juana Inés de la Cruz, zunächst bei den Karmeliterinnen, dann im Kloster des Heiligen Hieronymus der Stadt Mexiko.

Davor lagen unruhige Kindheits- und Jugendjahre. Schon mit drei Jahren hatte sie darauf bestanden, lesen zu lernen, mit sieben wollte sie sich als Junge verkleiden und in die Hauptstadt gehen, um zu studieren. Stattdessen blieb ihr nur die umfangreiche Bibliothek ihres Großvaters. Sie eignete sich Wissen und Verschlüsselungen der männlich bestimmten Wissenschaft und Dichtung mit Vehemenz

autodidaktisch an. Sie las alles, analysierte alles und war stets mit ihren Kenntnissen unzufrieden.

Als junge Frau bei Hof eingeführt, erregte sie durch ihr außergewöhnliches Wissen, das das vieler Professoren übertraf, ihr ebenso hohes dichterisches Talent und ihre Schönheit so viel Bewunderung, daß sie Hofdame der Vizekönigin wurde, obwohl sie keine Adlige war. Die Vergnügungen und Annehmlichkeiten am Hof bedeuteten ihr jedoch nichts im Vergleich zu ihren Studien. Sie wünschte sich ein Leben in völliger Ungestörtheit, um lesen und forschen zu können. Aus diesem Grund lehnte sie auch die Ehe aus tiefstem Herzen ab. Als einzige Alternative blieb das Kloster.

Die überlieferten Liebesgedichte von Juana sind an Männer und Frauen gerichtet, wobei die Männer leere Formeln bleiben, entnommen der Überlieferung, ohne daß ein Bild von ihnen entsteht. Juana malt nur die Frauen: mit goldenem Haar, roten Lippen, schönem Körper und Teint. Sie vergleicht die geliebte Frau mit einer Rose. Ihre Wortwahl wirkt oft bemüht, gekünstelt, höfisch. Sie macht aus dem Lebendigen eine gepreßte Blume. Aus der gepreßten Blume macht sie noch einmal eine Abstraktion. Und mit dem, was geblieben ist, der Idee der getöteten Hülle der Liebe, lebt sie.

Ihre Gedichte sind oft Geschenken beigelegt. Einmal schenkt sie der Vizekönigin Mexikos, unter deren Mäzenat sie steht, einen kleinen bestickten Schuh und Schokolade. Dazu schreibt sie ein Gedicht, in dem sie sagt, die Hand der geliebten Frau zu fordern, wäre vermessen. Ihre Füße zu küssen aber sei ein Zeichen der Demut und Unterwerfung.

Das ist exaltiert und pathetisch wie alles, was Juana tut. Aber es ist auch konventionell. Sogar konventionell im Rahmen der traditionellen höfischen Minne vergangener Jahrhunderte, nicht am Pathos des bilderreichen Barock der Gegenwart orientiert. Juana verehrt ihre Damen ritterlich und gibt ihrem Begehren eine unangreifbare Form. Nie habe sie auch nur eine unanständige Zeile geschrieben, kann sie dem sie kritisierenden Bischof stolz entgegenhalten. Bewundert für ihre Genialität und ihre Schönheit, liebt sie und läßt sich Zeichen der Liebe geben. Sie empfängt ihre Verehrer in ihrer mit Büchern

und Musikinstrumenten ausgestatteten Zelle wie in einem Salon. Wenn sie allein zurückbleibt, ist die Stille für sie Erholung, die ihr erlaubt, sich weiterzubilden.

Der Erfüllung ihrer Liebesehnsucht steht ihr Drang nach Selbstverwirklichung als denkende und forschende Frau freilich im Wege.

Es gibt eine sensible Verfilmung ihres Lebens, die im letzten Jahr im deutschen Fernsehen gezeigt wurde, mit Dominique Sanda in der Rolle der spanischen Vizekönigin, mit immer geheimnisvollem Gesichtsausdruck, in den Farben der Haut, in der Farbe von dunklem Blond, Verführerin. Sie ist schön als Vizekönigin, schön als Freundin einer Frau, von der sie leidenschaftlich, mit der Leidenschaft des Geistes und der poetischen Ambition, geliebt wird.

Sicher will Juana hinter Klostermauern sein, doppelt sicher: vor den Versuchungen der Welt und vor den Strafen für die Hingabe an sie, sicher vor der Maßregelung. Aber sie hat ihr eigenes Maß, dem sie nicht entkommt. Gleichzeitig sprechen aus vielen ihrer Äußerungen eine Eigenwilligkeit, ein Temperament, die an Schamlosigkeit grenzen, denn Genie ist frei von Scham.

In einer Polemik gegen den Jesuiten Antonio Vieira, den Beichtvater der legendären Königin Christina von Schweden, verwirft sie dessen Theorien über die Liebesbeweise, die Gott den Menschen zuteil werden läßt. Sie hält derartige Liebesbeweise für überflüssig wie unsinnig. In ihrer Gegenschrift, genannt »Carta Atenagórica«, kommt sie zu dem Schluß: »Danken wir Ihm und rühmen wir diese Vollkommenheit der göttlichen Liebe, die eine Wohltat tut, wenn sie belohnt, die eine Wohltat tut, wenn sie bestraft, die die größte Wohltat tut, wenn sie die Wohltaten zurückhält, und deren Liebesbeweis es ist, keinen Liebesbeweis zu geben.«

Dieser Satz offenbart nicht nur Stilgewandtheit, sondern bedeutete gleichzeitig einen gewagten Ausfall gegen kirchliche Dogmen. Ein Gott, der nicht eingreifen, nicht maßregeln soll, macht den Menschen frei und mündig.

Die Schrift von Sor Juana wird zwar gedruckt, aber gleich mit dem zurechtweisenden Kommentar eines Bischofs versehen, der

in Form eines Briefes an sie unter dem Pseudonym »Sor Filotea« erscheint. Er klingt stellenweise wie ein Liebesbrief. Am Ende bekennt sich der Verfasser als »eine Verehrerin, die Euch vor vielen Jahren die Hand küßte und in Liebe zu Eurer Seele entbrannte, ohne daß die Entfernung und die Zeit sie gemindert hätten. Denn die geistige Liebe kennt nicht die Beschwerden der Unbeständigkeit, und für sie ist die Liebe nur rein, wenn sie wächst. (...) Ich küsse Euer Gnaden Hand, Eure ergebene Dienerin.«

Das ist die Zärtlichkeit der spanischen Inquisition. Eine lodernde Zärtlichkeit, brennend wie die Scheiterhaufen, auf denen Ketzer und Hexen der göttlichen Gnade überantwortet wurden. Hexenprozesse und -hinrichtungen gab es bis ins 18. Jahrhundert.

»Ich mißbillige die allgemein verbreitete Ansicht derer, die die Beschäftigung der Frauen mit den Wissenschaften nicht gutheißen«, heuchelt der Bischof in seinem Brief. (Das, was man heute political correctness nennt, ist also keine Erfindung des 20. Jahrhunderts.) Er lüftet die Maske und fügt hinzu: »Wissen, das Hochmut erzeugt, will Gott bei der Frau nicht, aber Wissen, das die Frau im Stande des Gehorsams läßt, verwirft der Apostel nicht.«

Drei Monate später liegt die Antwort von Sor Juana vor, die »Respuesta a Sor Filotea«. Es ist eine Streitschrift im Geist des kommenden Jahrhunderts, des Jahrhunderts der Aufklärung. Juana erweist sich darin als eine geistreiche und äußerst gebildete Frau mit großem Ausdrucksvermögen. Sie will die von der Kirche gezogenen Grenzen nicht respektieren. Der Bischof hat ihr geraten, öfter die Bibel zu lesen, anstelle »weltlicher«, wissenschaftlicher Lektüre. Juana entgegnet mit hochfahrender und gefährlicher Frechheit, daß man ohne umfassende historische, geographische, musikalische, astronomische, ethnologische und Sprachkenntnisse die Bibel ja überhaupt nicht verstehen könne.

Es gäbe praktisch kein Gebiet, daß man nicht intensiv studieren müsse, um sie zu verstehen.

Ein zweites Wagnis geht sie ein, indem sie ihren Wissensdrang als eine unbezähmbare, unheilbare Leidenschaft darstellt, nicht unähnlich einer Krankheit. Eine Obsession interpretierte man, zumal bei einer Frau, als

Einfluß des Teufels, nicht als Geschenk Gottes.

Wenn Juana über die Ermordung von Jesus Christus spricht – die Pharisäer begründeten seine Verurteilung mit den Worten: »Er tut viele Zeichen« – bricht die ganze Bitterkeit ihrer eigenen Erfahrung aus ihr heraus: »Gott behüte, Hervorragendes zu tun ist Grund, daß man getötet wird.« Und sie fährt fort: Leiden »ist der Preis dessen, der sich auszeichnet. (...) Oh unglückselige Höhe, unzähligen Gefahren ausgesetzt! Oh Zeichen, das aus dir eine Zielscheibe des Neides und einen Gegenstand von Widersprüchen macht! Diese Last fühlt jeder, der über die anderen erhaben ist, sei es durch Würde oder Adel, durch Reichtum, Schönheit oder Wissen; aber demjenigen, der die anderen an Verstand übertrifft, ergeht es am schlimmsten.«

Die »Respuesta« enthält in dieser Weise und noch unverhüllter autobiographische Angaben und Bekenntnisse Juanas, auf die sich auch die stützen müssen, die über sie schreiben, denn an anderen Zeugnissen herrscht Mangel.

So fremd und anachronistisch uns dieses Mexiko des ausgehenden 17. Jahrhunderts scheint, so wenig wir heute von dem wissen und wissen wollen, was Juana wußte, so nah ist sie selbst uns, als Frau, die von äußeren und inneren Widersprüchen bis aufs Blut gepeinigt wurde.

»Die Antwort an Schwester Filotea« ist vor fünf Jahren erstmals in deutscher Sprache im Verlag Neue Kritik erschienen. Dort ist auch ihr poetisches Hauptwerk, »Der Traum«, erhältlich.

Ein 56seitiger Essay des italienischen Literaturwissenschaftlers Angelo Morino über das Leben der Dichterin begleitet »Die Antwort«. Darin stören nur die überzogenen psychoanalytischen Betrachtungen. Daß Juana ihren Körper, ihre Weiblichkeit verleugnete, erklärt Morino mit tiefem Haß gegen ihre Mutter, die sechs Kinder zur Welt brachte. Ein Haß, für den es jedoch keinerlei Belege gibt. Nach Freud traut sich jeder, derartiges zu erfinden. Die Ursache der selbstverachtenden Züge Sor Juanas ist nichts anderes als die Frauenverachtung ihrer Zeit, die sie emphatisch und gierig aufgesogen hat, wie sie alles verfügbare Wissen, Urteil und Vorurteil ihrer Zeit

aufgesogen hat, also mit der Nahrung das Gift, das sie zerstören würde.

Verleugnete sie ihren Körper? In ihrem Regiedebüt »Yentl« hat die amerikanische Schauspielerin Barbra Streisand die Geschichte eines jüdischen Mädchens des Jahrhundertbeginns geschildert, das Männerkleider anzieht und so unerkannt studieren kann. Das Besondere an diesem Film ist, daß der Erkenntnisgewinn, die Aneignung von Wissen, als ganzheitliche, lustvolle Erfahrung vermittelt wird, als ein gemeinsamer Gesang von Körper und Seele. Auch die Äußerungen von Sor Juana in der »Respuesta« über ihre Gier nach Wissen haben diesen physischen, sinnlichen Aspekt und verblüffen eben dadurch.

Juana endet wie viele hochbegabte Frauen tragisch. Sie ist an die Grenze gestoßen. Sie kann und darf ihre Studien nicht fortführen. Man muß es ihr nicht extra verbieten, es ist auch so klar. Ein Vierteljahr nach der Antwort auf den Brief des Bischofs verzichtet sie schriftlich auf ihr ganzes Eigentum. Ihre große Bibliothek wird der Kathedrale der Stadt Mexiko übereignet, ihre wissenschaftlichen Geräte und Musikinstrumente werden verkauft. 42 Jahre alt, gibt sie sich exzessiver Buße und religiösen Übungen hin, »wobei sie sich bemühte, ihre Leidenschaften und Begierden in glühendem Bußeifer zu kasteien. Die kluge Fürsorge und Obhut des Paters Antonio halfen, daß ihr Eifer ihrem Leben nicht ein Ende setzte«, schreibt ein Chronist.

Drei Jahre darauf gelobt die sich in innerer Qual verzehrende Nonne, auf ihre Studien zu verzichten. Mexiko wird in dieser Zeit von Hungersnöten und Aufständen geschüttelt. Im Juni 1692 besetzen hungernde Indios die Hauptstadt. Die Pest, die 1694 ausbricht, erscheint angesichts der zerrütteten gesellschaftlichen Zustände vielen wie eine Strafe Gottes. Sor Juana wird Krankenschwester. Sie sucht Erlösung; ihr Überleben wäre ein Wunder gewesen. Das Wunder bleibt ihr erspart. Sie stirbt im April 1695.

Über ihrem Sterbeeintrag im Profeßbuch des Klosters stehen ihre letzten Worte, eilig hingeschrieben. Sie sind unterzeichnet: »Ich, die Schlechteste auf der Welt.«

Konrad H. Jarausch:
Die unverhoffte Einheit 1989-1990,
edition suhrkamp es 1877.
Neue Folge Bd. 877,
Suhrkamp Verlag
Frankfurt am Main 1995,
416 S. (27,80 DM)

Der nicht betroffene Beobachter kann oft leichter und unbefangener historische und politische Prozesse einschätzen als diejenigen, die als Akteure und Betroffene zu diesem Prozeß gehören. Jarausch, ein seit Jahrzehnten in den USA lehrender deutscher Historiker, nutzt diesen Umstand »transatlantischer Distanz« für seine breit angelegte Geschichtserzählung. Er beobachtet präzise zwei emotional wie politisch rivalisierende Diskurse über diese Ereignisse: »Einerseits schufen Regierungsverlautbarungen eine heroisierende Erzählung von Selbstbefreiung und freiwilligem Beitritt ... Diese besonders von der CDU und FDP vertretene Version ... feiert den Sturz der poststalinistischen Unterdrückung und preist die Hinwendung der Ostdeutschen zur westlichen Demokratie.

Andererseits formulieren von der Entwicklung enttäuschte Intellektuelle eine katastrophale Gegengeschichte, um dadurch eine neue Oppositionsidentität zu gewinnen. Die vor allem von der Links-SPD, PDS und Grünen verbreitete tragische Sicht beklagt den Fehlschlag der Revolution und prangert die Leiden der kapitalistischen Restauration an.« (S. 11)

Gegen beide Legendenbildungen will Jarausch mit sachlich-kritischer Analyse anschreiben und dies gelingt ihm zum Teil überzeugend. Er setzt sich notgedrungen der Gefahr aus, es beiden großen Linien nicht recht zu machen, dies darf aber den Historiker nicht schrecken. Dem Rezensenten, der sich eher dem zweiten Diskursstrang zurechnet, fiel jedoch immer wieder auf, daß Jarauschs Argumentation, zumal in den Kapiteleinstiegen (z.B. »Die Massenflucht«, »Der demokratische Aufbruch«, »Der Sturz des Post-Stalinismus«, »Die Abkehr vom Sozialismus«, »Die Entscheidungswahl«) jeweils bedeutende Seiten eines Problems ausblendet und so die

objektive Beobachterposition zu verlassen scheint. Dergestalt betont er den offenen Ausgang der Volkskammerwahl vom 18. März 1990, die nicht nur über die künftige Machtgestaltung in der DDR entschied, sondern »gleichzeitig ein Plebiszit über die Fortführung der Revolution und über das Weiterbestehen eines separaten ostdeutschen Staates« war (S. 178). Erst viel weiter unten, bei der näheren Beschreibung des »Schicksalswahlkampfes« (S. 188ff) befriedigt Jarausch den skeptischen Leser, indem er die Besonderheiten eines weitgehend westlich dominierten Wahlkampfes darlegt, dessen Ausgang pro Einheit so offen nicht war.

Es sind vornehmlich drei Fragen, in denen J. wichtige Akzente setzt: (1) die Herausstellung der inneren Ursachen für Destabilisierung und Zusammenbruch der DDR, (2) die als Alternative nur begrenzt mobilisierend wirkenden Ideen von einem »Dritten Weg« und (3) die Entscheidung für eine durch die Vereinigung gelöste nationale Frage.

Hinsichtlich der inneren Ursachen des Zusammenbruchs hat Jarausch keinen Zweifel, daß diese bestimmend waren: die zunehmende ökonomische Perspektivlosigkeit, das Schwinden der ideologischen Bindungskraft des »Kommunismus«, die fehlende demokratische Legitimation der DDR. Für Jarausch wurde der wachsende Ausreisepressure zur entscheidenden Bedrohung für die »post-stalinistische« DDR, sie ist für ihn die »Fortsetzung der bürgerlichen Opposition gegen die SED« (S. 45). Auch wenn er diese Entwicklung des Sommers 1989 durchaus im Kontext von »sorgfältig einstudierten Nachrichtensendungen« des Westens sieht und bundesdeutsche Politikeraktivitäten benennt (S. 48ff), so geht es ihm doch um DDR-hausgemachte Probleme. »Der Ruf ›Wir wollen raus!‹ offenbarte den Bruch der schweigenden Mehrheit mit dem SED-System ... Die Ausreisewelle setzte eine negative Spirale in Gang, die schließlich zum Zusammenbruch der DDR führte.« (S. 53f). Zu schwach beleuchtet Jarausch dagegen die gravierenden Veränderungen in der weltpolitischen Situation und vor allem in der Supermacht Sowjetunion, die Jarausch zwar benennt, aber nicht tiefer ausleuchtet. Das Problem des Untergangs der DDR (und des osteuropäischen Realsozialismus) ist aber oh-

ne die Einbettung in den osteuropäischen Kontext mit der dortigen ökonomischen und politischen Krise, der steckengebliebenen Perestrojka und den Umbrüchen in Ungarn und Polen nicht wirklich erklärbar. Ebenso hatte das Neue Denken und die reale Aussicht auf Entspannung und Abrüstung wesentliche, bislang verfestigte Rahmenbedingungen aufgebrochen.

Das Herausbilden und schließlich 1989 das Handeln oppositioneller Bürgerbewegungen sind für Jarausch »ein stufenweiser Prozeß der Selbstbefreiung« (S. 82). Diese Bewegungen waren auf die Wiederherstellung einer Zivilgesellschaft und die Schaffung eines Freiraumes für Versammlung und Diskussion, auf mehr direkte Demokratie und gegen politische Kungelei gerichtet. »Die Bürgerbewegungen versuchten, die Menschenrechte nicht nur zurückzugewinnen, sondern sie gleichzeitig zu aktivieren und auszuweiten.« (S. 83)

Die SED erwies sich als unfähig, dieser Herausforderung gerecht zu werden und selbst nach dem Sturz Honeckers und der Machtübernahme durch die »Pragmatiker« blieb sie hilflos. Der Ansatz eines »3. Weges«, zunächst durchaus populär, verlor angesichts der Dynamik der Ereignisse seine mobilisierende Wirkung. Bürgerbewegungen wie SED-Reformer (letztere bleiben bei Jarausch hinsichtlich ihrer die DDR stabilisierenden und die SED erneuernden Rolle merkwürdig unterbelichtet) setzten auf einen besseren, demokratischeren Sozialismus. Angesichts des Ausmaßes der wirtschaftlichen Probleme, der schwindenden Bereitschaft für neue Experimente wurde dieses emanzipatorische Konzept durch den Sog in die scheinbar alle Probleme enthebende Einheit hinweggespült.

Bezeichnenderweise macht Jarausch die entscheidende Zäsur des Herbstes 1989 nicht am 9. November, dem Fall der Mauer, sondern am 19. Dezember, dem triumphalen Einzug Kohls in Dresden fest. Aus meiner Sicht war dies aber eigentlich bereits der Endpunkt eines Stimmungsumschlags, der »Wende in der Wende«, die durch den Mauerfall und die unmittelbare Konfrontation der DDR-Bürger mit dem sich als überlegen und anziehend darstellenden, damals sogar noch einheitsbegeisterten Westen, darstellte. Gleichzeitig begann schon damals – abgesehen von allen

anderen Aktivitäten – die aktive Einflußnahme des Westens auf die DDR-Situation.

Die entscheidende Argumentation Jarauschs – für linke Intellektuelle problematisch, aber durchaus berechtigt sowohl den Fakten wie der politischen Bindekraft dieser nationalen Ideen entsprechend – liegt in der Entscheidung der nationalen Frage spätestens mit den Volkskammerwahlen im März 1990. »Im Winter 1990 trat die ostdeutsche Revolution in ihre nationale Phase ein. Ironischerweise ermöglichte der Wiedergewinn der Menschenrechte es vorher sprachlosen antisozialistischen Gefühlen, sich zu artikulieren und zu organisieren. Dadurch veränderten die Massenproteste ihren Charakter wie ihre Ziele und verlagerten mit Unterstützung westlicher Politiker ihre Priorität von Meinungsfreiheit zur ungelösten nationalen Frage.« (S. 206) Daß für westliche Intellektuelle damit die Revolution ihre Legitimität verlor, ist für Jarausch verständlich. (S. 207) Für entscheidender hält er die Einschätzung, daß es ein »unvorhergesehener Wandel des ostdeutschen Aufbruchs von Revolution zu Nation« war (S. 208).

Vorzug des Buches ist seine weitgehende Nüchternheit. Auch wenn einige Urteile nicht gefallen können, sind viele Sichten stimmig und keineswegs durch den sonst so häufigen westlichen Siegerblick getrübt. Jarausch sieht die Probleme auch fünf Jahre nach der Einheit, die sozialen Verwerfungen, die Identifikationsprobleme und die neuen sozialen Spannungen deutlich.

STEFAN BOLLINGER

Nathan Steinberger:
 Berlin-Moskau-Kolyma und zurück.
 Ein biographisches Gespräch über
 Stalinismus und Antisemitismus mit
 Barbara Broggin.
 Mit einem Vorwort von
 Jakob Moneta,
 Edition ID-Archiv
 Berlin-Amsterdam 1996, 142 S.

Nathan Steinberger, Jahrgang 1910, dürfte einer der nur noch ganz Wenigen aus der ersten Generation der Kommunisten dieses Jahrhunderts, »für die die Oktoberrevolution der Stoff war, aus dem die Träume sind« (S. 109/110), sein, der zu seinem Leben befragt werden kann. Barbara Broggin hat es in drei Begegnungen mit ihm um 1993 getan und damit ein weiteres Zeugnis aus erster Hand für die historische und biographische Forschung bewahrt, die sich mit der besonders tragischen Seite der kommunistischen Bewegung dieses Jahrhunderts befaßt: den verbrecherischen Repressalien gegenüber Kommunisten (und nicht nur diesen) in der Sowjetunion der dreißiger und vierziger Jahre, bei denen Hunderttausende, ja Millionen von ihnen durch Erschießen oder unmenschliche Bedingungen in Zwangslagern den Tod fanden. Nathan Steinberger, seit seinem sechzehnten Lebensjahr Kommunist, 1932 als junger Wissenschaftler, als Fachmann also nach Moskau zur Arbeit an das der Komintern unterstellte Internationale Agrarinstitut berufen, wurde 1937 verhaftet, administrativ zu fünf Jahren Zwangsarbeit im Straflager verurteilt, erst 1946 entlassen und anschließend »auf ewig« verbannt. 1955 kam er in die DDR. Diese Erlebnisse und ihre Hintergründe, die Praxis sowjetischer Justiz- und Repressionsorgane, teilweise auch die Stellung der Moskauer KPD-Führung dazu bilden den einen Schwerpunkt der Gespräche (S. 22-64). Dabei macht N. Steinberger deutlich: »Charakteristisch für die Verfolgung unter Stalin war, daß der individuelle Fall eine ganz unwichtige Rolle gespielt hat. Es waren bestimmte Bevölkerungsgruppen, die als antikommunistisch, antisowjetisch oder als verdächtig eingestuft wurden und die also der Verfolgung unterlagen.« (S. 35)

N. Steinberger stammt aus einer orthodoxen jüdischen Familie, löste sich mit dreizehn Jahren vom religiösen Einfluß seiner Eltern, blieb aber stets direkt oder indirekt mit dem Antisemitismus konfrontiert. So bilden seine jüdische Herkunft, die jüdische Jugendbewegung im Berlin der zwanziger Jahre, der er kurzzeitig angehörte, und der Antisemitismus in Deutschland einen zweiten Schwerpunkt der Gespräche (S. 15-22, 65-68). Steinberger macht dabei auf die unterschweligen (auch vom Staat getragenen) Formen des Antisemitismus in der Weimarer Republik aufmerksam und faßt zusammen: »Was den Nazi-Antisemitismus von dem früheren unterscheidet, ist eben, daß die Nazis ihn in Gesetze faßten und schließlich den staatlich organisierten Massenmord anordneten. Aber antisemitische Strömungen gab es immer, und es gab eine antisemitische Agitation auch in Frankreich, in England und den USA, ganz zu schweigen von Osteuropa« (S. 21), wobei die christlichen Kirchen überall »bis in die jüngste Zeit tatkräftig an der Entstehung und Praxis des Antisemitismus mitgewirkt« haben. (S. 22)

Beide Themen – Stalinismus und Antisemitismus – fließen im dritten Gesprächsschwerpunkt zusammen, bei dem es um den historisch und ideologisch bedingten »Zwitterstatus« der Juden zwischen Assimilation und Aussonderung und den Antisemitismus in der Sowjetunion der dreißiger bis fünfziger Jahre geht (S. 70-90). Das ist auch das Thema des Vorworts von Jakob Moneta. Steinberger beschreibt die Stellung der Juden in der SU und die offizielle Politik ihnen gegenüber differenziert und stellt fest: »Mitte der 30er Jahre fühlte ich mich noch nicht als Jude diskriminiert. Und auch die Verhaftungswelle der Jahre 1936 bis 1939 hatte wenig mit Antisemitismus zu tun... Denn es sind nicht mehr Juden verhaftet worden, als der Anteil der Juden unter den deutschen Kommunisten oder an der Führung der Kommunisten ausmachte. Es gab keine spezielle antisemitische Note bei dieser Sache.« (S. 79) Das habe sich erst 1939 mit dem Hitler-Stalin-Pakt geändert. »In vollem Ausmaß wurde die Waffe des Rassismus von der Stalinregierung aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzt, als sich der Gegensatz zwischen den USA und der SU herausbildete... Da wurden dann die Juden, was

schon in der Geschichte des russischen Antisemitismus angelegt war, »gleichgestellt« mit Repräsentanten des feindlichen Westens. Nun wurde von Staats wegen der Antisemitismus planmäßig eingesetzt, der Antisemitismus breitete sich damals, »von oben gefördert, auch in der Bevölkerung aus und griff mehr und mehr um sich«, »bis sich der staatliche Antisemitismus am Ende der Lebenszeit Stalins zur Planung der massenhaften Vertreibung aus Rußland nach Sibirien und nach Kasachstan auswuchs« (S. 80). Der Unterschied zu den deutschen Nazis: Die Staatskampagne schlug sich nicht in Gesetzesform nieder, sondern in geheimen Anordnungen an die Parteileitungen, die z.B. angewiesen wurden, die Zahl der Juden an den Hochschulen zu begrenzen, Juden nicht in leitenden Stellungen zu beschäftigen u.ä. (S. 82) – nach außen sollte dieser Antisemitismus nicht kenntlich werden (S. 86).

Abschließend wurde Steinberger nach seinen Erfahrungen als Jude in der DDR befragt (S. 97-107), wo er 1955 – aufgrund seines Wissens um die Judenvernichtung durch die Nazis und der Judendiskriminierung in der SU – in Berlin der jüdischen Gemeinde beigetreten war (was ihm zu Anfang der 70er Jahre unter dem Verdacht des Zionismus die »operative Personenkontrolle« der Staatssicherheit eintrug). In der DDR habe es so gut wie keine Juden mehr gegeben. Die meisten Überlebenden »sind schon aus materiellen Gründen, weil sie in der DDR keine Entschädigung bekommen konnten, in den Westen gegangen«. Im Gefolge der sowjetischen Außenpolitik sei die DDR-Führung antizionistisch eingestellt gewesen und habe während des Sechstagekrieges (1967) eine Kampagne gegen den Zionismus betrieben. Aber sie »hatte keine antisemitische Einstellung, denn im Unterschied zur damaligen SU gab es in der DDR, relativ gesehen, sehr viele Juden in leitender Stellung, bis hinauf ins Politbüro« (S. 104). Man könne »nicht sagen, daß es irgendwelche Benachteiligungen der Juden von oben her gab« (S. 105); »die Kosten für die Unterhaltung der (jüdischen) Gemeinde, der Synagoge, des Friedhofs, der Verwaltung, das alles wurde vom Staat getragen« (S. 100). »Der Antisemitismus hat in der DDR keine Bedeutung gehabt« (S. 106). Ein »sehr rühri-

ger Mann, um die Interessen der Juden in der (DDR-)Öffentlichkeit zu vertreten«, sei Prof. Heinrich Fink von der Humboldt-Universität gewesen, deshalb war es nach der Wende 1989 »eine heimtückische Sache, gerade ihn zur Strecke zu bringen« (S. 103).

Ein bewegendes Buch, mit neuen Einzelheiten, mit neuen Anstößen für die Forschung.

ULLA PLENER

Peter Bender:

Episode oder Epoche?

Zur Geschichte des geteilten

Deutschland,

Deutscher Taschenbuchverlag 1996,
289 S.

Die DDR war kaum von der politischen Bühne verschwunden, als mancher Politiker ihr auch bereits den Grabstein verweigerte. Von ihr werde nicht mehr bleiben als eine Fußnote in der deutschen Geschichte, hieß es. Manch renommierter (west)deutscher Historiker schloß sich dieser Auffassung eifernder Politiker an. Was da verkündet wurde, lief auf eine Art Hallstein-Doktrin für Deutschland-historiker hinaus.

Peter Benders Publikation ist ein Beweis dafür, daß die Verwirklichung dieser Doktrin auf Widerstand stößt. Der Autor, der sich in diesem Buch mit der außenpolitischen Hallsteindoktrin kritisch auseinandersetzt und bereits in den sechziger Jahren für deren Überwindung wirkte, stellt sich bewußt gegen einen Trend: »Was den West- und den Ostdeutschen nach 1945 widerfuhr, ist gleich wichtig und hat gleichen Anspruch, von den Historikern mit Aufmerksamkeit bedacht zu werden.« (S. 10)

Die inhaltliche Zielstellung findet ihren Niederschlag in der benutzten Darstellungsmethode. Wenn beide »Deutschländer« für das Verständnis der 45 Jahre zwischen 1945 und 1990 gleich wichtig sind, dann ist allein der gleichgewichtige Vergleich angebracht, um die Auseinandersetzung beider deutscher Staaten mit den Problemen Einheit und Spaltung zu beschreiben. Die von Peter Bender

verwendete Vergleichsmethode bietet ihm die Möglichkeit zu verblüffenden Sichtweisen und verhilft selbst dem mit der jüngsten deutschen Geschichte vertrauten Leser zu neuen Erkenntnissen in beträchtlicher Zahl. Ein wahres Kabinettsstück gelingt dem Autor bei der Charakterisierung der beiden wichtigsten deutschen Politiker der ersten Nachkriegsjahre in dem »Adenauer und Ulbricht« betitelten Abschnitt. »Adenauer und Ulbricht strebten aus eigener Überzeugung in die Richtung, die im Westen die Amerikaner und im Osten die Russen vorgaben... (Sie) waren taktisch fast unbegrenzt beweglich und zugleich von eiserner Konsequenz bei der Verfolgung ihrer Hauptziele... Beide hielten ihr Werk für historisch... Sie sprachen von Deutschland und beschworen die Einheit, aber sorgten nur für ihren Teil«. (S. 149f.)

Peter Bender unterteilt die Entwicklung von der Einheit zur Spaltung und zur Wiederherstellung der Einheit, soweit sie die deutschen Politiker in Ost und West beeinflussen konnten, im Kapitel IV in vier Abschnitte: Schritte zur Teilung im Namen der Einheit (1948-1961), Bemühungen, es nicht zur Zementierung der durch den Mauerbau geschaffenen absoluten Trennung kommen zu lassen (1961-1969); Schritte zur Annäherung im Namen der Teilung (1972-1989) und die Vereinigung (1989-90) als zeitweise parallele Vereinigung durch das Volk in Ostdeutschland und durch die Macht der Bundesrepublik. Zum Abschluß des Buches, in dem es vorher in vier weiteren Kapiteln um die durch den Nationalsozialismus verschuldete deutsche Katastrophe, die sich aus dem Erbe des »Dritten Reiches« ergebende Schuld der Deutschen, die Haltung der vier Siegermächte zu Einheit und Spaltung der Nation, und die Auswirkungen der Teilung Deutschlands auf seine historische Rolle in der Mitte Europas geht, stellt er die Frage nach dem Platz der letzten 45 Jahre in der deutschen Geschichte. Episode oder Epoche? Ist das nicht – vielleicht etwas entschärft – doch die Frage Fußnote oder Mainstream? Ganz sicher ist sie das, aber Bender stellt sie – getreu seinem gleichgewichtigen Ansatz – für DDR und Bundesrepublik, vor dem Hintergrund der Jahrhunderte deutscher Geschichte. Bender plädiert für Episode. Die Vereinigung sei noch rechtzeitig gekommen. Es habe zwar

zwei deutsche Staaten gegeben, aber die Deutschen seien eine Nation geblieben. (S. 255) Was zusammengehöre, so zitiert er Brandt, könne nun zusammenwachsen. Aber ist die Frage Epoche oder Episode damit abschließend beantwortet? Ist sie überhaupt richtig gestellt? Wenn Bender von einer Episode aus der Sicht langer Zeiträume, seit dem 13. oder 17. Jahrhundert spricht, war dann die Spaltung nicht eher Epoche und die Einheit Episode? 75 Jahre währte der moderne deutsche Nationalstaat des 19. bzw. 20. Jahrhunderts. Hing die Erreichung der (inneren) Einheit nur davon ab, wieviel Gemeinsamkeit (nach Bender vor allem dank der Politik der drei bundesdeutschen Kanzler Brandt, Schmidt und Kohl) zwischen 1969 und 1989 bewahrt werden konnte? Hängt sie nicht auch davon ab, wie (west)deutsche Politiker das Gemeinsame seitdem behandeln? »Eine spezifische DDR- bzw. ostdeutsche Identifikation scheint sich in größerem Umfang erst nach der Vereinigung als Folge der westdeutschen Politik herausgebildet zu haben«, schreiben die der DDR-Nostalgie gewiß unverdächtigen Sozialwissenschaftler Klaus Schroeder und Jochen Staadt bereits 1993 im »Leviathan«. Bender hat die Behandlung der Ostdeutschen durch die dominierenden Westdeutschen nicht nur scharf wie kaum einer kritisiert (S. 222ff.), sondern auch auf »historische Wurzeln« des Nicht-Verstehens, für das er seit den 60er Jahren vermehrte Anzeichen sieht, hingewiesen (S. 177). Die Sicherheit, mit der er in seinem Buch schon die Frage »Episode oder Epoche?« beantwortet, kann mich deshalb nicht überzeugen.

Doch dieser Dissens, den ich mit dem Autor habe – er ist übrigens, von einigen nicht stimmigen Details, die einer zwar immer treffenden, aber zuweilen zu apodiktischen Sprache geschuldet sind, einmal abgesehen, der einzige – unterstreicht nur noch einmal wie sehr zum Nachdenken Peter Benders Buch anregt, und zwar nicht nur über die Vergangenheit.

JÖRG ROESLER

Marie Lavigne:
 The Economics of Transition.
 From Socialist Economy to
 Market Economy,
 Macmillan Press Ltd. Houndmills,
 Basingstoke, Hamshire and London
 1995, 295 S.

Im Vorwort des vorliegenden Buches ordnet sich die Autorin, die an der Universität Pau in Frankreich Ökonomie lehrt, selbst jener Gilde von ›Alt-Sovietologen‹ zu, die trotz jahrzehntelanger Beschäftigung mit dem mittel- und osteuropäischen Staatssozialismus von dessen Zusammenbruch genauso überrascht wurden wie der weniger vorgebildete Rest der westlichen Sozialwissenschaften. Gegen den nunmehr einsetzenden Zustrom von ›Nicht-Experten‹ vor allem aus dem Bereich Entwicklungstheorie und -ökonomie in das neue Gebiet »Transformationsforschung« setzt M. Lavigne insbesondere auf ihr profundes Erfahrungswissen, das aus einer über dreißigjährigen wissenschaftlichen Beschäftigung mit den realsozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas stammt. Ohne ein tiefes Verständnis der Vergangenheit, die unter den heute zugänglich werdenden Informationen selbst einer partiellen Neuinterpretation bedarf, können – so argumentiert die Autorin – die gegenwärtigen Transformationsprozesse nicht adäquat begriffen werden. Insgesamt plädiert sie gegen die raum- und zeitlosen Abstraktionen der neoklassischen Wirtschaftstheorie für ein »politökonomisches Konzept« der Transformationsanalyse – ein Konzept, das in seiner ökonomisch-sozialen Komplexität und durch die explizite Einbeziehung des konkret-historischen Kontextes wesentlich in der Tradition der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie steht.

Im ersten Teil des Buches (Kapitel 1 bis 5) gibt M. Lavigne einen zwar gedrängten, aber insbesondere für jene Leser, die mit der staatssozialistischen Realität wenig vertraut sind, trotzdem außerordentlich instruktiven Überblick über Aufbau, Funktionsweise und historische Entwicklung des realsozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. In der Beschreibung der grundlegenden wirt-

schaftlichen und sozialen Strukturen sowie funktionalen Zusammenhänge folgt sie dabei vor allem János Kornai, der in seinem 1992 erschienenen Buch »The Socialist System. The Political Economy of Communism« (deutsch 1995) die Staatspartei und die von ihr instrumentalisierte herrschende Ideologie als spezifischen gesellschaftlich konstitutiven Kern identifiziert. Obwohl für alle staatssozialistischen Länder auch die Existenz ungeplanter, nur bedingt parteipolitisch gesteuerter Wirtschaftssegmente – z.B. einer »semi-legal or illegal ›parallele‹ or ›shadow‹ economy« (S. 9f.) – konstatiert wird, führt diese Sicht, die der Rolle von Partei und Ideologie einen überragenden Stellenwert zuordnet, leicht zur Konstruktion eines Gesellschaftsmodells, in dem die tatsächliche Bedeutung der herrschenden Politiker und ihre realen Möglichkeiten zur bewußten – genau genommen willkürlichen – Gestaltung des Wirtschaftsprozesses einigermaßen überzogen beurteilt werden. In diesem Zusammenhang ist schon erstaunlich, wie wenig die von Rudolf Bahro in seiner Schrift »Die Alternative« bereits Ende der siebziger Jahre entwickelte, wesentlich dialektischere Analyse des widersprüchlichen Verhältnisses von Parteiführung, (Wirtschafts)Bürokratie und realem Wirtschaftsprozess auch international Eingang in den gesicherten Wissensbestand der ›Sovietologie‹ gefunden hat – obwohl Bahros Buch natürlich in keinem Literaturverzeichnis ambitionierter Publikationen zum realen Staatssozialismus fehlt. Dieses auf die Rolle von Partei und Ideologie zentrierte Sozialismusmodell hat allerdings einige Vorzüge. Es identifiziert die propagandistische Metapher von der »führenden Rolle der Partei im Sozialismus« umstandslos mit der gesellschaftlichen Realität und es verortet daher die Gründe für den Kollaps des Systems außerhalb der Ökonomie – »our contention in this book is that the economic situation was not the main reason for the failure of the system...« (S. 57, vgl. auch S. 94). Zumindest jene Mitglieder der sovietologischen Zunft, die sich auf die Untersuchung der realsozialistischen Wirtschaft konzentriert haben, sind für die Prognosepeinlichkeiten am Ende der achtziger Jahre damit (vermeintlich) rehabilitiert. Und auch die chaotischen Zustände kurz vor bzw.

nach dem Zusammenbruch der politischen Systeme in Mittel- und Osteuropa lassen sich auf dieser Grundlage sehr einfach erklären. In dem Moment, in dem die politische Steuerung versagt, muß das gesamte Gesellschaftsgebilde nahezu zwangsläufig ins Chaos stürzen. Daß diese Chaotisierung nun allerdings durchaus nicht überall in den Transformationsländern aufgetreten ist – wie dieser Erklärungsansatz nahelegt –, sondern (wenn von Jugoslawien abgesehen wird) ein Sonderphänomen in Rußland und einzelnen GUS-Republiken geblieben ist, kann zumindest als Indiz für den begrenzten analytischen Wert der von Kornai neuerlich in die Debatte eingeführten Konzeption gelten.

Der Wert des erstens Teils des Buches – in dem das 5. Kapitel, das die Organisation der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des RGW behandelt, als besonders gelungen herausragt – besteht vor allem darin, daß die Autorin versucht, jene Elemente des alten Systems aufzuspüren, die als »historische Erblast« für den Verlauf des gegenwärtigen Transformationsprozesses von besonderer Bedeutung sind. Neben der verhängnisvollen Diskreditierung von Planung und Wirtschaftssteuerung sowie von kollektiven sozialen Werten und der völligen Unerfahrenheit in bezug auf die beherrschende Rolle von Geld- und Bankensystem innerhalb von kapitalistischen Marktwirtschaften, konstatiert sie insbesondere, daß die im Staatssozialismus systemimmanente Existenz parallelwirtschaftlicher Strukturen und die im Zuge der Transformation sich enorm verstärkende Verflechtung von »alter« Nomenklatura und Schattenwirtschaft – vor allem auch über ihre moralisch zersetzenden Folgewirkungen (vgl. S. 41 - 43) – die Herausbildung von Wohlstandsgesellschaften des OECD-Typs zu blockieren droht.

Der zweite Teil des Buches befaßt sich mit der Gegenwart – »Transition in the Making« (Kapitel 6 bis 10) und überrascht zunächst durch einen unerwarteten Wechsel der Perspektive. Stand bisher die eher ganzheitliche Analyse der ökonomisch-sozialen Sphäre eines Gesellschaftssystems im Hinblick auf die Probleme seiner marktwirtschaftlichen Transformation im Vordergrund, wird auf Überlegungen zum Charakter der sich in Mittel- und Osteuropa »heraustransformierenden« Gesell-

schaften nunmehr völlig verzichtet. Es dominiert eine – mitunter resignativ anmutende – bedingungslose Unterordnung unter die Macht des Faktischen und der empirisch detaillierte Nachvollzug einzelner Teilprozesse. Der Blick auf das gesellschaftliche Ganze wird zugunsten einer partikularen Sicht auf das aktuelle »Management der Transformation« aufgegeben. Die Frage nach möglichen Alternativen zu den bisherigen Transformationsverläufen und nach ihren längerfristigen sozioökonomischen Konsequenzen wird gar nicht erst gestellt – »the radical shift to the market ... excluded any ›third way« (S. xiii). Daß in Mittel- und Osteuropa kapitalistische Marktwirtschaften entstehen, ist für M. Lavigne offenbar unstrittig; das einzige was offen ist, ist der Zeithorizont der Transformation. Für die Transformationsperiode selbst sind diese Länder als gemischte Wirtschaftssysteme anzusehen – »a country in transition is a mixed economy, whether it likes it or not« (S. 251). Dies ist zugleich das – etwas magerere – Credo des 10. Kapitels, das mit explizit theoretischem Anspruch daher kommt, nachdem in den vorhergehenden Kapiteln Inhalt und Verlauf von makroökonomischer Stabilisierung, strukturellem Wandel und Privatisierung sowie schließlich mögliche Formen der Weltmarktintegration vorgestellt wurden.

Gemessen an den »Schlußfolgerungen«, in denen am Ende zunächst festgestellt wird, daß die Transformation im »Osten« die westlichen Gesellschaften wahrscheinlich nicht vor ernsthafte Probleme stellt und daß das herrschende Weltwirtschaftsregime davon kaum berührt werden dürfte, verwundert dann doch der visionäre Schluß, der unvermittelt – aber deshalb keineswegs zu Unrecht – die Frage nach den Schranken kapitalistischer Vergesellschaftung überhaupt aufwirft. »What if this model itself is not so clearcut as it looks like in textbooks ... ? What if this limited (in time and space) transition was but the prelude to a worldwide transition?« (S. 256). Wenn diese Fragen ernst genommen werden, dann bedeutet das nicht zuletzt, daß das Ergebnis von Transformation durchaus ein völlig anderes sein kann als die von mittel- und osteuropäischen Reformern und westlichen Experten angezielte Imitation von kapitalistischer OECD-Marktwirtschaft. Damit bekäme die

ganze Transformationsdebatte eine neue, bisher kaum ausreichend reflektierte, wahrhaft globale Dimension, die allerdings jenseits des Horizonts von M. Lavignes Buch liegt.

ARNDT HOPFMANN

Waltraud Schelkle,
Manfred Nitsch (Hrsg.):
Rätsel Geld.

Annäherungen aus ökonomischer,
soziologischer und historischer Sicht,
Metropolis-Verlag Marburg 1995,
356 S. (39,80 DM)

Die Gelderklärung der Mainstream-Ökonomie, die das Geld wesentlich als eine technische Erleichterung des Güterausbaus in arbeitsteilig produzierenden Gesellschaften definiert, ist in jeder Hinsicht unbefriedigend. Sie vermag weder den sozialökonomischen Inhalt des Geldes noch seine historische Formbestimmtheit schlüssig zu erklären. Auch steht sie im Widerspruch zu sozialwissenschaftlichen Erklärungsansätzen, die besonders die desintegrierende und gesellschaftsverändernde Rolle des Geldes thematisieren. Schließlich erfährt sie auch keine Bestätigung durch die archäologische und ethnologische Forschung.

Es liegt nahe, ihr deshalb den »wissenschaftlichen Status« überhaupt abzuspochen (S. 13) bzw. mit W. Schelkle zu konstatieren, »daß die traditionelle Ökonomie bis heute über keine Geldtheorie verfügt, die – nach ihren eigenen Standards! – den Status einer wissenschaftlichen Theorie für sich beanspruchen kann« (S. 36). Die Kritik impliziert zugleich die Aufgabenstellung: Geld muß sozialwissenschaftlich erklärt werden, theoretisch stringent und im Kontext mit der historischen Entwicklung, ökonomische, soziale, politische und andere Aspekte gleichermaßen berücksichtigend.

Das vorliegende Buch zielt in diese Richtung, wenn auch der Abdruck der einzelnen, zuvor in einer Vorlesungsreihe vorgestellten Beiträge eher die Verschiedenheit der

Geldauffassungen hervortreten läßt als bereits Konturen einer in sich geschlossenen neuen Theorie sichtbar zu machen. Übereinstimmung besteht jedoch insofern, daß alle Autoren ein kritisches Verhältnis gegenüber der »herrschenden Modellierung von Geld und geldvermitteltem Tausch« in der ökonomischen Theorie einnehmen und alternative sozialwissenschaftliche Ansätze favorisieren (S. 7).

Den ersten Teil des Buches bestimmen monetärkeynesianische Perspektiven. Im zweiten Teil werden Geld und Geldvermittlung als »Skandalon« sozialwissenschaftlich untersucht. Der dritte Teil behandelt den Stellenwert des Geldes für die Evolution der Gesellschaft. Insgesamt handelt es sich um elf Aufsätze, die leider recht unvermittelt nebeneinander stehen. Besonders da, wo kontroverse Positionen bezogen werden, wäre eine gegenseitige Bezugnahme und Polemik nicht von Schaden gewesen.

Der erste Aufsatz befaßt sich mit Varianten ökonomischer Geldkritik zu Beginn unseres Jahrhunderts. W. Schelkle zeigt, daß sich Heterodoxie und herrschende Orthodoxie »nur in der Diagnose«, nicht aber »im Ziel und in der Stoßrichtung ihrer Geldkritik« (S. 12) unterscheiden. Während die Orthodoxie generell von der Neutralität des Geldes ausgeht, sehen die Kritiker diese als gestört. Das Telos ihrer Reformvorschläge ist daher die »aktive Neutralisierung des Geldes« (S. 22), worin die Übereinstimmung mit der Orthodoxie deutlich wird. Die Wurzel des vor- oder sogar unwissenschaftlichen Status' der herrschenden Lehre vom Geld sieht die Autorin im liberalen Fundament der ökonomischen Theorie. Dieses verbaut den Zugang zu einer »gesellschaftstheoretischen Bestimmung der Funktionen des Geldes« (S. 38), welche unverzichtbar ist, um zu einer wirklich wissenschaftlichen Geldbestimmung zu gelangen. Als wichtigsten Baustein für eine solche Theorie benennt Schelkle die monetäre Zinstheorie von Keynes. Ferner die keynesianischen Vorstellungen vom Marktzusammenhang und von Geldwirtschaft und Unterbeschäftigung.

Im zweiten Aufsatz greift H. Riese den bedeutungsvollen Titel des Buches auf und apostrophiert das Geld zum »letzten Rätsel

der Nationalökonomie«. Er schreibt, »Geld ist bis heute der Nationalökonomie ein Rätsel geblieben, weil tiefstehende Denkformen die Auflösung des Rätsels verhindern« (S. 48). Es gilt also umzudenken, das heißt wegzukommen von der Tauschlogik der Mainstream-Ökonomie. Zwei Schritte sind zur Lösung des Rätsels erforderlich: Zum einen bedarf das Geld zu seiner Genesis einer Institution und zum anderen bedarf es zu seiner Ökonomisierung der Knapphaltung (S. 50). Beides läßt sich mit der neoklassischen Theorie nicht erklären, mit der Lehre von Keynes aber wenigstens präzisieren. Riese löst das Rätsel durch die Erklärung der Genesis des Geldes aus dem Kredit und seine Definition als Zahlungs- und nicht als Tauschmittel.

Diese Erklärung bietet zugleich den Schlüssel für das Geld als Steuerungsgröße in einer modernen Ökonomie, die demzufolge als Geld- und nicht als Marktwirtschaft resp. Tauschökonomie begriffen wird. Die Konsequenzen, die sich aus der Interpretation »von Geld als knappgehaltenes Nichts« (S. 60) und der darin angelegten Lösung des Geldrätsels für die Wissenschaft und die Wirtschaftspolitik ableiten, faßt Riese übersichtlich in sieben Punkten zusammen (S. 56-62).

In dem sich daran anschließenden Aufsatz wird von M. Lüken genannt Klauen demonstriert, wie in der nationalen und internationalen Wirtschaft Dominanzverhältnisse entstehen und aufrecht erhalten werden. Die monetärkeynesianische Grundthese, wonach die Vermögenseigentümer alle Fäden des ökonomischen und politischen Entscheidungskalküls in der Hand halten, erfährt hier eine interessante Vertiefung. Es wird gezeigt, daß eine permanente »Umverteilung zugunsten der Geldvermögenseigentümer« (S. 70) stattfindet, national wie international. Dies hat zur Konsequenz, daß weder »die ökonomisch Handelnden in einer Volkswirtschaft gleichberechtigt (sind)... noch sind Nationalökonomien gleichberechtigt in dem Sinne, daß es zu gleichen Entwicklungsniveaus kommt« (S. 76). Was hier noch sehr theoretisch klingt, wird in dem folgenden Aufsatz von M. Nitsch praktisch gewendet. Die »Öffnung der Schere bei den Realeinkommen zwischen den Industrieländern und Lateinamerika« erweist sich bei näherem Hinsehen offensichtlich (auch)

als eine Frage des internationalen Geldwesens. Der Autor arbeitet heraus, daß die »Funktionsbedingungen einer Geldwirtschaft in Weichwährungsländern andere sind als in Ländern mit harten, konvertiblen Währungen...« (S. 97). Davon ausgehend ist es ihm möglich, die Versuche diverser Wirtschaftsberater, allgemeingültige wirtschaftspolitische Rezepte und Therapien zu formulieren, zu kritisieren. Einige Antworten auf die aufgeworfenen Fragen bleibt der Autor dem Leser jedoch schuldig.

Der zweite Teil wird eingeleitet mit einem Aufsatz von D. Baecker: »Die Unruhe des Geldes, der Einbruch der Frist«. Originell im Ansatz, provokativ in den Aussagen versucht der Autor zu zeigen, daß alles Gelddenken Ambivalenzdenken ist. Wer sich dabei auf die »Seite der negativen Wertung der Unruhe schlägt, erweist sich als Ökonom, als Moralist. Wer sich auf die Seite der positiven Wertung der Unruhe schlägt, ist ein Chrematist, ein Spekulant, ein Profiteur, ein amoralischer Mensch« (S. 109). Von daher wird der Widerspruch der liberalen Ökonomie deutlich gemacht. Die Unruhe des Geldes führt der Autor auf »den Einbau der Differenz zwischen Gegenwart und Zukunft in die Operationen der Wirtschaft« (S. 120) zurück. Evident wird dies im »Prinzip der Sorge«, das Goethe in die Gesellschaftsanalyse eingeführt hat. Die Geldwirtschaft zeichnet sich, so der Autor, durch so etwas wie eine »Dauersorge« um die Vermögenssicherung aus. Eine Kritik, die trotz ihrer soziologischen Verklausulierung an die Substanz geht! Einen Kontrapunkt dazu setzt H. Ganßmann in dem folgenden Beitrag. Für ihn ist die Koordinationsleistung des Geldes sekundär. Als vorrangig dagegen betrachtet er, »daß es beim Verhältnis von Arbeit und Geld nicht einfach um Kommunikation, sondern nach wie vor um Herrschaft geht« (S. 127). Zur Fundierung dieser These entwickelt er drei Stufen der historischen Entwicklung des Verhältnisses von Geld und Arbeit, wovon die letzte Stufe faktisch die Auflösung des Zusammenhangs beinhaltet: das Spiel (die Spekulation) tritt beim Erwerb von Kapital an die Stelle der Arbeit, was Marx bereits im »tiefsten 19. Jahrhundert« voraussah.

Es folgt eine sozialökonomische Studie, die

das Geld als das effizienteste Steuerungsmittel und modernste Variante gesellschaftlicher Regulation ausweist. Besonders gefällt an diesem Text von H.-J. Stadermann der ironische Umgang mit den »Heiligtümern« der neoklassischen Orthodoxie. Weniger gelungen scheint mir dagegen mitunter der Versuch, historische Parallelen herzustellen und weite Bögen über Jahrtausende hinweg zu spannen (S. 162ff.).

Nur geteilte Zustimmung dürfte der Text von U. Woronowicz über Zins und Zinsverbot finden. Die Ausführungen zum Alten und Neuen Testament, zu Luther usw. bringen nichts Neues. In der Zschr. für Sozialökonomie Nr. 86 (1990) findet sich zum Beispiel bereits ein ganz ähnlicher Text. Die Auslassungen zum Marxismus können schon deshalb nicht überzeugen, weil der Autor als einzige Quelle eine Schrift von Marx aus dem Jahre 1843 (!) heranzieht. Geradezu grotesk mutet es an, daß er Marx' »volkswirtschaftliches Konzept« als »ein der Theologie zugehöriges« (S. 195) bezeichnet. Noch mehr befremdet seine »Abrechnung« mit der DDR-»Kirche im Sozialismus«. Diese, teilweise Züge einer persönlichen Kontroverse tragende Polemik hat weder etwas mit dem Thema des Buches zu tun, noch ist sie für das Zinsproblem von Nutzen. Dafür ist sie peinlich und – wenn zum Beispiel der ev. Bischof Schönherr mit einem »Funktionär der SED« gleichgesetzt wird (S. 201) – lächerlich. Was bewog die Herausgeber dazu, diese Passagen in das Buch aufzunehmen?!

Daran an schließt sich ein umfänglicher Text von G. Heinsohn, der kein geringeres Ziel, als »die Rätsel der abendländischen Gesellschaft zu lösen«, verfolgt (S. 9). Die westliche Zivilisation beruht auf dem Patriarchat, dem Privateigentum und der Geldwirtschaft. Das Geheimnis ihrer Stabilität und Dynamik offenbart sich durch die Analyse des Zusammenhangs dieser Elemente. Heinsohn gibt eine Reihe von Rätseln vor, das »Rätsel des dunklen Zeitalters Griechenlands«, das Rätsel der »patriarchalen Monogamie«, das »Zinsrätsel« und das »Geldrätsel«. Er löst sie alle, sphinxgleich, indem er eine ungewöhnliche, bisher nie dagewesene Sicht des Ganzen, also der Weltgeschichte, vornimmt. Fragwürdig an diesem ungeheuer interessanten und

anregenden Beitrag ist jedoch die Übertragung der Begriffswelt der modernen Ökonomie auf archaische und antike Zustände. So operiert Heinsohn zum Beispiel vorbehaltlos mit den keynesschen Termini Zins, Liquiditätsprämie, Kredit, Zinsmarge usw., um sozialökonomische Verhältnisse im 3. und 4. Jahrtausend v.u.Z. zu erklären. Die Kritik dieser Vorgehensweise ist dann auch im nächsten Beitrag präsent, wo zu lesen ist, daß es sich verbietet, »unsere moderne Begrifflichkeit auf vergangene Wirtschaftssysteme zu übertragen« und »vormoderne Wirtschaftssysteme durch die Brille der eigenen marktwirtschaftlichen Erfahrungen zu sehen« (S. 273). Mit seiner detaillierten Darstellung der Geldverhältnisse in Mesopotamien, die eher das Tauschparadigma und die Marxsche Wertformanalyse zu bestätigen scheinen als Heinsohns Kredit-, Zins- und Geldmodell, leistet J. Renger mehr als nur einen historischen Beitrag. Zusammen mit Heinsohns Studie vermittelt dieser Text zugleich einen Einblick in die methodologischen Schwierigkeiten, mit denen die historische Geldforschung konfrontiert ist.

Der letzte Beitrag ist einer Zeichentheorie des Geldes gewidmet. Ausgehend von Beispielen aus der antiken Münzgeschichte demonstriert M. Hutter, daß das Geld bloß Zeichen ist, keinesfalls aber ein bloßes Zeichen. Er orientiert sich dabei an der Kommunikationstheorie N. Luhmanns, getragen von der Überzeugung, daß die Bedeutung einer zeichentheoretischen Interpretation der Wirtschaft im Wachsen begriffen ist.

ULRICH BUSCH

Ingo Hasselbach:
Die Bedrohung. Mein Leben
nach dem Ausstieg aus der rechten
Terrorsszene,
Aufbau-Verlag Berlin 1996,
180 S. (25,00 DM)

Der Autor legt hiermit sein drittes und erklärtermaßen letztes Buch zur oben genannten Thematik vor.

Es handelt sich dabei um eine informative Mischung aus biographischer Skizze, Selbstanalyse und investigativem Report über rechtsextreme Aktivitäten und Aktivisten. Geographisch beschränken sich die Berichte nicht etwa nur auf den Berliner Stadtbezirk Lichtenberg, in dem der Autor ehemals sein organisatorisches Umfeld hatte, sondern sie verdeutlichen die internationalen Verknüpfungen der rechtsextremen ideologischen Impulsgeber und ihrer Anhänger in den europäischen und außereuropäischen Staaten. H. bezeichnet seine ehemaligen Kameraden als Neonazis. An Beispielen, die diese Einordnung erhärten, fehlt es nicht: Beginnend von der Ausschwitzlüge, fortgeführt über Terrorbereitschaft, über den Gebrauch eines völkischen Nations- und Deutschtumsbegriff und über einen mystifizierten Kameradschaftstraum finden sich alle bekannten ideologischen und politischen Dogmen, die ungebrochen über die Niederlage des deutschen faschistischen Staates von den Altvorderen in das demokratische System der Bundesrepublik hinübergerettet wurden. Die Beschreibung dieser geistigen, motivativen und praktizierten Grundlagen der äußeren rechten Szene ist nicht neu, der Wissenszuwachs dementsprechend gering.

Wer sich dennoch auf die Lektüre einläßt, der wird auf einen Aspekt der Betrachtung stoßen, der den Leser zu eigenen Positionen – vielleicht sogar in ungewohnter Weise – zwingt. Schnell wird von den Andersdenkenden um des Prinzips willen kritisiert, ohne sich näher die innere Logik des geschlossenen, wenn auch falschen, politischen und organisatorischen Systems zu erschließen. Um diesen Versuch einzuleiten, kann das dritte Buch für jedermann dienlich sein.

H., der sich im Niemandsland zwischen Täter und Tatbetroffenem befindet, hat ein Schreibprinzip, dem er treu bleibt: Ehrlichkeit. Nicht alles davon ist überzeugend, wissenschaftlich nachweisbar oder auch nur akzeptabel für den Leser links der Mitte. Themen wie etwa Antisemitismus in der DDR, strafrechtliche Verfolgung rechter Terroristen in Österreich, Neonazismus in den USA, Umgang der Ermittlungsorgane mit Aussteigern u.v.a. werden aus der Sicht eines Menschen behandelt, der sich nicht mehr nur deklamatorisch von seinen Straftaten und den dazu-

gehörigen Motiven abwendet und der doch noch nirgends angekommen ist. Er spürt instinktiv diesen Schwebestand. Nahezu inflationär muten deshalb auch die mit dem Ende des Buches immer kurzatmiger werdenden »Enthüllungen« über einzelne Naziaktivisten und eigene Erfahrungen in der Szene an, die schließlich wie Perlen auf eine Schnur gereiht werden. Der Autor möchte gehört werden, möchte, bevor er sich aus der Öffentlichkeit zurückzieht, noch alles loswerden, was ihm wichtig erscheint. Seine Enttäuschung darüber, daß das BKA nur seine Informationen bereitwillig entgegennimmt und niemand ihm ein Schutzprogramm bietet, ist nachzuvollziehen. Man kann sich fast des Eindrucks nicht entziehen, daß immer wieder bewußt auch in anderen Ermittlungen zu viel Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt wird. Hier offenbart sich erneut Hasselbachs Naivität gegenüber der Gesellschaft wie sie ist. Es ist eben ein folgenschwerer Irrtum zu glauben, daß ein Interesse an rigoroser Aufklärung rechtsextremen Potentials und deren Vorstufen bestünde. Die Forschungen von Wissenschaftlern der FU Berlin haben in den letzten Jahren immer wieder in Auswertung von Bundes- und Landtagswahlen nachgewiesen, daß in »normalen« Zeiten die Wähler ca. zu einem Viertel bereit sind, ihre Stimme einer Partei des rechten Spektrums außerhalb der CDU/CSU zu geben. Nur weil es keine überzeugende politische Kraft an dieser Stelle gibt, tun die meisten es doch nicht!

Indem der Aussteiger H. in den letzten Jahren ständig von nationalen und internationalen Medien und schließlich den einheimischen Justizorganen vorgeführt wird, entsteht nach außen der fragwürdige Eindruck entschlossener Geschäftigkeit gegen rechts. Möglicherweise geschieht dies auch, um bei nächster Gelegenheit, ganz ausgewogen versteht sich, linke Aktivitäten über den gleichen Kamm zu scheren.

So kann der Leser den Wunsch nach einem friedlicheren und anderen Werten verpflichteten Leben von H. nachvollziehen, aber gleichzeitig entpuppt sich das Vorhaben als unrealistisch. Selbstverständlich empfindet der Leser die H. noch bevorstehenden Verurteilungen als notwendig, aber angesichts der Halbherzigkeit der Zuwendung zu diesem Thema

durch verantwortliche Stellen, erwartet man nicht gerade den großen Aussteigerboom in der Szene.

Zurück bleibt der Leser mit nach meinem Dafürhalten zu wenig Aussicht auf Veränderung der unakzeptablen Zustände, aber mit unzähligen Fragen und Denkansätzen. Für den am aktiven politischen Gespräch und der Beseitigung massenhaft vorhandenen ideologischen Restmülls deutscher Geschichtspropaganda Interessierten, sollte sich der Bucherwerb lohnen.

MARTINA DIETRICH

Widerspruch 31

»Globalisierung – Arbeit und Ökologie« ist das zentrale Thema des Heft 31 der in Zürich erscheinenden Zeitschrift »Widerspruch«, die sich selbst als Zeitschriftenprojekt begreift, »das jährlich zwei Themenhefte mit Beiträgen aus dem kritischen Wissenschafts- und Kulturbereich, aus Linksparteien und den Gewerkschaften, aus der Ökologie-, Friedens- und Frauenbewegung herausgibt«.

Den wohl lesenswertesten Beitrag zur Gesamtproblematik steuern *E. Altvater* und *B. Mahnkopf* bei, die sich der Frage nach dem Neuen an der marktwirtschaftlichen Globalisierungstendenz am Ende des 20. Jahrhunderts stellen. Dazu werden von den Autoren vier durchaus interessante Bestimmungen von »Globalisierung« geliefert. Das eigentlich Neue der Globalisierung sehen beide darin, daß »der Globus raum- und zeitkompakt geworden« (S. 23) ist. »Globalisierung (heißt) zunächst Globalisierung der Welt der Waren« (S. 30) und »Globalisierung ist (auch) das manchmal widerwillige Einschwenken auf eine durch die Attraktivität des modernen kapitalistischen Weltsystems vorgezeichnete Bahn. Globalisierung heißt daher auch Alternativlosigkeit...« (S. 29). Und schließlich »ist Globalisierung (heute) gleichbedeutend mit Deregulierung und daher mit einer Schwächung der politischen Gestaltungsmacht der Nationalstaaten« (S. 19). Wem nun jedoch nach mehr als diesen ersten Annäherungen an ein zweifellos komplexes neuzeitli-

ches Phänomen dürstet, der wird am Ende auf das im August 1996 wahrscheinlich erscheinende, lange angekündigte Buch der Autoren verwiesen.

Zum Problembereich Globalisierung und Arbeit schließen sich die Aufsätze von *K. Dräger* zur Frage »spaltet die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion die EU?« und von *H. Baumann*, *E.-L. Laux* und *M. Schnepf* zur »Tarifpolitik unter Globalisierungsdruck« an.

Den Einstieg in den Themenbereich Globalisierung und Ökologie eröffnet *M. Massarrat* mit dem Versuch, die historisch gewachsenen nichtnachhaltigen Wachstums- und Wohlstandsstrukturen der gegenwärtigen Weltwirtschaft mit Hilfe einer Theorie der globalen Externalisierung von sozialen und ökologischen Kosten zu erklären. Die von ihm vorgestellte Argumentation, daß es herrschenden Minderheiten bzw. ökonomisch vorherrschenden Nationen aufgrund von machtpolitischen Überlegenheitspositionen gelingt, ökologische und soziale »Kosten« auf die jeweils schwächeren Bevölkerungsgruppen oder Nationen überzuwälzen, verliert allerdings durch begriffliche Inkonsistenzen beträchtlich an Überzeugungskraft. Bei den von Massarrat festgestellten »Kosten« handelt es sich nämlich im Kern um im Produktionsprozeß aufgewandte Ressourcen, die im kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Sinne eben keine »Kosten« darstellen. Vor eine Diskussion über »Kostenexternalisierung« wäre daher eine Bestimmung der Substanz des Reproduktionswertes (resp. der Reproduktionskosten) in einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur zu setzen – ohne diese theoretische Leistung kann über die »ökologisch und sozial richtigen Marktpreise« (S. 13) kaum sinnvoll räsoniert werden.

Der thematisch anschließende Beitrag von *Th. Heim* über das Marktwirtschaften eigentümliche Prinzip der Nicht-Nachhaltigkeit liefert einen kurzen Abriss über verschiedene Richtungen der Öko-Debatte und kommt zu dem Ergebnis, daß Nachhaltigkeit in kapitalistischen Gesellschaften offenbar einen gravierenden »Evolutionsschritt« (S. 74) darstellt. In den sich anschließenden Erörterungen über Wege zu einer »nachhaltigen Gesellschaft« wird daraus jedoch keineswegs

der sich aufdrängende Schluß gezogen, daß Herstellung von Nachhaltigkeit etwas mit der Überwindung kapitalistischer Gesellschaftsformen zutun haben könnte.

Darauf, wie rigide sich die herrschenden kapitalistischen Strukturen in der westlichen Hemisphäre gegen auch nur die kleinsten Schritte in Richtung auf eine – wie auch immer geartete – Ökologisierung der Gesellschaft stellen, verweist *M.R. Krätke* in seinem Artikel über den möglichen Nutzen von Öko-Steuern. *W. Brüggén* wendet sich schließlich gegen eine Ökonomisierung der Umweltpolitik und fordert demgegenüber eine Politisierung der Ökonomie, um Perspektiven für einen sozial-ökologischen Umbau zu öffnen.

Hervorhebenswert im vorliegenden »Widerspruch 31« ist sicherlich noch der ausgezeichnete polemische Beitrag von *H. Gabathuler* über den »Durchmarsch des homo oeconomicus« in den neoliberalen Denkfabriken – demonstriert am Beispiel der Universität Basel. Indem er der Frage nach geht, »wie es möglich war, daß aus einer ihrer Grenzen bewußten »pragmatischen« Einzeldisziplin eine aggressive »imperialistische« Welterklärungslehre wurde« (S. 104), kommt Gabathuler zu einer Reihe bemerkenswerter Einsichten über die Konsequenzen einer selbstreproduktiven Vereinseitigung in der personellen Besetzung und im theorierelevanten Lehrangebot – »ein seriöses Studium, das sich kritisch mit den Grundlagen wie Begrenzungen des eigenen Fachs (der Nationalökonomie) und dessen Gegenstandes befassen würde, ist unter solchen Bedingungen nicht mehr möglich« (S. 105).

Ein umfangreicher Diskussionsteil zum Problemkreis Arbeit und Zeitökonomie – unter anderem auch aus feministischer Sicht – sowie Rezensionen und eine Zeitschriften-schau runden das Heft ab.

Zu beziehen ist »Widerspruch« über den Buchhandel oder direkt über: Widerspruch, Postfach, CH-8026 Zürich (Fon/Fax 01-2730302) – es darf auch abonniert werden.

ARNDT HOPFMANN

Wladislaw Hedeler, Mario Keßler,
Gert Schäfer (Hrsg.):

Ausblicke auf das vergangene
Jahrhundert.

Die Politik der internationalen Arbeiter-
bewegung von 1900 bis 2000,

Festschrift für Theodor Bergmann,
VSA-Verlag Hamburg 1996, 401 S.

Mit diesem Band, verfaßt anlässlich des 80. Geburtstages von Theodor Bergmann, kündigt sich ein weiteres Mal die »Welle der Bilanzierungsbücher« an, die in den nächsten Jahren über uns zusammenschlagen wird. Trotzdem wird der vorliegende Band recht singulär bleiben, zum einen des Themas wegen. Arbeiterbewegung und Sozialismus scheinen nicht mehr der Rede wert. Zum anderen wegen der Sichtweise, die – bei allen Unterschieden im einzelnen – den Autoren gemeinsam ist: antistalinistisch, aber nicht antisozialistisch und somit der Haltung verbunden, die der Jubilar über Emigration und Verfolgung, Kalten Krieg und persönlichen Erfolg in der wissenschaftlichen Arbeit hinweg in außergewöhnlicher Weise gelebt hat.

Von den Beiträgen, soweit sie nicht das Spezialgebiet des Jubilars, die Landwirtschaft, berühren, seien besonders die von *Friedrich I. Firsow*: »Der Stab der Weltrevolution«. Innenansichten; von *Peter von Oertzen*: Der junge Lukács und der Leninismus sowie von *Jochen Cerny*: KPO in der SED? hervorgehoben.

Im Anhang des Bandes kommen verschiedene Gratulanten zu Worte, die Bucharin-Witwe Anna Larina ebenso wie Walter Grab aus Tel Aviv. Hans Mayer erinnert in seinem Gruß noch einmal daran, wie sich die russischen Kommunisten – wohl nicht zuletzt aus Angst vor Trotzki – besten Glaubens an Stalin auslieferten. Auf die bei der Nachricht von Lenins Tod von deutschen Kommunisten gestellte Frage, wer nun Partei und Staat zusammenhalten werde, habe Bucharin weinend geantwortet: »»Das kann nur der Koba.« ... Zum Dank hat dann besagter Koba dem Genossen Bucharin den Genickschuß verordnet.« (S. 370)

JÖRN SCHÜTRUMPF

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten vorzugshalber darum, die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere AutorInnen, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15

Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1:5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichten, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der AutorIn(nen)/HerausgeberIn(nen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN
(V.i.S.d.P.), MARION KUNZE, ARNOLD SCHÖLZEL,
JÖRN SCHÜTRUMPF

Herausgeber.:

Förderverein Konkrete Utopien e.V. unter Vorsitz
von GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Geschäftsführerin: RUTH KAMPA
Verlagsleiterin: MONIKA NOACK
Satz: MARION KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030-24009-561)
Druck: Tribüne Druck GmbH,
Am Treptower Park 28, 12435 Berlin
Vertrieb: ASGmbH, Körnerstr. 26a,
13156 Berlin (Tel.: 030-4764527)
Einzelverkaufspreis: DM 7,50
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 80,00 (Inland), DM 98,00 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00